



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

46. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 18. Oktober 2000, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt	Harry Glawe, CDU	2944
	Heidemarie Beyer, SPD	2946, 2950
	Barbara Borchardt, PDS	2947
	Jürgen Seidel, CDU	2947
Mitteilungen des Präsidenten	Minister Dr. Rolf Eggert	2949
	Heike Lorenz, PDS	2950
	Dr. Arthur König, CDU	2951
	Minister Helmut Holter	2952
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern		2921
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff		2921
Eckhardt Rehberg, CDU	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Rechts- stellung des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern (Datenver- arbeitungszentrumsgesetz – DVZG M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	2929
Angelika Gramkow, PDS	– Drucksache 3/1381 –	2934
Volker Schlotmann, SPD		2937
	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 3/1540 –	2956
Aktuelle Stunde	Georg Nolte, CDU	2956
Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern	Ministerin Sigrid Keler	2941
Eckhardt Rehberg, CDU	Dr. Gerhard Bartels, PDS	2941
Reinhard Dankert, SPD		2942, 2955
Angelika Gramkow, PDS	Beschluss	2943
		2960

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen (Wirtschaftsprüferversorgungsgesetz – WVZG M-V –)

(Erste Lesung)

– Drucksache 3/1521 –	2961
Wolfgang Riemann, CDU.....	2961
Beschluss	2962

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag vom 29. September 2000 zur Änderung des Staatsvertrages vom 17. Dezember 1992 über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband (OSGV-Änderungsstaatsvertrag)

(Erste Lesung)

– Drucksache 3/1525 –	2962
Ministerin Sigrid Keler.....	2962
Georg Nolte, CDU.....	2963
Dr. Gerhard Bartels, PDS	2963
Heinz Müller, SPD.....	2964
Beschluss	2965

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Schaffung von Bestimmungen zum Maßregelvollzug

(Erste Lesung)

– Drucksache 3/1529 –	2965
Reinhardt Thomas, CDU.....	2965
Minister Erwin Sellerling	2968
Dr. Arnold Schoenburg, PDS.....	2969
Harry Glawe, CDU	2971
Dr. Manfred Reißmann, SPD	2973
Annegrit Koburger, PDS	2974
Dr. Ulrich Born, CDU	2975
Beschluss	2977

Unterrichtung durch die Landesregierung:

Bericht zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit

– Drucksache 3/1417 –	2977
Klaus Schier, SPD	2977
Harry Glawe, CDU	2978
Minister Helmut Holter.....	2979
Torsten Koplín, PDS	2980
Dr. Margret Seemann, SPD	2982
Beschluss	2984

Beschlussempfehlung und Bericht

des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)

– Drucksache 3/1539 –	2984
Beschluss	2984

Bestellung der Wahlausschüsse gemäß § 26 Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und gemäß § 23 Absatz 2 der Finanzgerichtsordnung (FGO).....

2984

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Bestellung der Wahlausschüsse gemäß § 26 Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und gemäß § 23 Absatz 2 der Finanzgerichtsordnung (FGO)

– Drucksache 3/1528(neu) –	2984
Beschluss	2984

Nächste Sitzung

Donnerstag, 19. Oktober 2000	2984
------------------------------------	------

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 46. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich dem Herrn Justizminister Sellering zu seinem heutigen Geburtstag und Herrn Norbert Baunach nachträglich zu seinem 50. Geburtstag herzlich gratulieren und Ihnen alles Gute wünschen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr 2000 ist das Jahr der 10-jährigen Jubiläen im Osten Deutschlands. Im Oktober 1989 setzten Tausende von Bürgern in der DDR eine Entwicklung in Gang, die uns die Deutsche Einheit brachte. In allen großen Städten gingen die Menschen auf die Straße, auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Als am 9. November 1989 tatsächlich die innerdeutsche Mauer fiel, konnten es viele kaum glauben. Plötzlich wurde wahr, wovon wir jahrzehntelang geträumt hatten. Unvergesslich bleiben die Erinnerungen an die Ereignisse im Gedächtnis haften, die sich bei der Maueröffnung abspielten – von Menschen, die sich spontan umarmten, obwohl sie sich nie zuvor gesehen hatten, von Verwandten, die sich zum ersten Mal die Hand schüttelten, von Geschwistern, die sich seit Jahrzehnten zum ersten Mal widersahen. Das, meine Damen und Herren, sind Bilder, die man nicht mehr vergisst. Auf deutschem Boden hatte erstmals eine große Revolution stattgefunden, die friedlich und erfolgreich zugleich war. Die ganze Welt staunte, am meisten staunten wir selbst.

Am 3. Oktober 1990 kam es zur staatlichen Vereinigung von Ost- und Westdeutschland. Mecklenburger und Vorpommern, die Menschen der ehemaligen Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg fanden im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern neu zusammen.

Zehn Jahre sind seitdem vergangen und seitdem haben wir viele neue Erfahrungen gesammelt. Unsere Welt ist größer geworden, bunter und vielfältiger. Wir können frei reisen. Wir können frei unsere Meinung sagen. Wir können in einem ungleich höheren Maße unseren Lebensweg selbst bestimmen.

Aber zugleich ist auch die Konkurrenz untereinander stärker geworden. Viele beklagen, dass der soziale Zusammenhalt schwächer geworden ist. Und für die meisten von uns waren die letzten zehn Jahre mit einer generellen Umorientierung verbunden, nicht nur in beruflicher Hinsicht. Die von Arbeitslosigkeit betroffen waren, hatten das Gefühl, nun plötzlich nicht mehr gebraucht zu werden. Andere beklagen, dass das, was sie in der DDR geleistet hatten, plötzlich wertlos geworden ist.

Der Staat nahm den Bürgern Entscheidungen nicht mehr ab wie früher. Plötzlich war jeder selbst verantwortlich. Und das bedeutete eine große Umstellung. Was für die jungen Menschen ein Glück und eine Herausforderung darstellte, bedeutete für die Älteren oftmals doppelte Anstrengung und doppelte Kraft.

Unterschiede taten sich in den letzten Jahren auf zwischen Wendegewinnern und Wendeverlierern, zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen Bürgern ostdeutscher und westdeutscher Herkunft. All dies stellte die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor große Herausforderungen.

Meine Damen und Herren, der Weg in den letzten Jahren war nicht immer leicht. Doch heute können wir feststellen, wir in Mecklenburg-Vorpommern sind in den letzten Jahren ein gewaltiges Stück vorangekommen. Nicht nur unsere Innenstädte sind schöner geworden und unsere Straßen besser, auch mit unserer Wirtschaft geht es inzwischen gut voran. Die Gräben in unserer Gesellschaft beginnen langsam flacher zu werden. Dies sind nicht Erfolge Einzelner, es sind die Erfolge aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Sie haben Mecklenburg-Vorpommern dahin gebracht, wo es heute steht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es sind auch die Erfolge aller demokratischen Parteien dieses Landes. Jede von ihnen hat ihren Beitrag dazu geleistet, dass dieses Land in den letzten zehn Jahren ein großes Stück vorangekommen ist. Es sind auch die Erfolge des Bundes und der Europäischen Union. Ohne deren große finanzielle Unterstützung wäre die gewaltige Aufbauleistung nicht möglich gewesen. Gemeinsam haben wir das Land dahin gebracht, wo es heute steht. Erinnern wir uns daran, welche immensen Aufgaben und Herausforderungen 1990 anstanden! Schauen wir auf das, was wir bis heute erreicht haben, und nehmen wir fest in den Blick, wohin wir wollen!

Meine Damen und Herren, eine besondere Aufgabe erwuchs uns aus der 40-jährigen Geschichte der DDR. Diese Aufgabe bestand darin, denen, die unter der SED-Herrschaft gelitten hatten, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und zugleich ein Klima der Versöhnung zu schaffen. Versöhnung war und ist die Voraussetzung für die gemeinsame Gestaltung unserer Zukunft, denn nur so bringen wir dieses Land voran.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Niemand, der zu diesem Staat steht, darf ausgegrenzt werden. Jeder hat Anspruch auf Würde. Und wir müssen auch akzeptieren, dass ein gelebtes Leben nicht nachträglich rückgängig gemacht werden kann. Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen oder verdrängen. Sie gehört unabänderlich zu unserer Geschichte und zu unseren Lebenserfahrungen. Die Vergangenheit darf der Politik aber nicht den Blick in die Zukunft verstellen. Denn Politik hat die Aufgabe, mit den Menschen die Probleme von heute und die Probleme der Zukunft zu lösen.

Die SPD/PDS-Koalition hat dafür gesorgt, dass sich das politische Klima im Land entspannt hat. Nicht mehr die Fragen der Vergangenheit stehen im Vordergrund, sondern die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft.

In den letzten zehn Jahren ist auch eine Basis für eine sachliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche entstanden. Die Landesregierung bezieht Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihre Arbeit ein. Sie sind geachtete und unverzichtbare Partner, die eine wichtige Funktion beim Auf- und Ausbau unseres Landes erfüllen.

Meine Damen und Herren, in einer Zeit des schnellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels ist das Bedürfnis nach Sicherheit, Stabilität und sozialem Zusammenhalt stark. Gerade in einer Zeit permanenter Herausforderung ist das tägliche Erleben von Heimat und Verbundenheit für das Zusammenleben der Menschen von größter Bedeutung. Voraussetzung dafür ist soziale Gerechtigkeit. Und für die Landesregierung ist soziale Gerechtigkeit keine Leerformel. Für uns ist Gerechtigkeit Tradition und lebendige Verpflichtung für heute und morgen. Und dabei konkretisiert sich soziale Gerechtigkeit unter veränderten Rahmenbedingungen immer wieder neu. Uns geht es um eine Gleichheit der Chancen. Seines Glückes Schmied ist aber jeder selbst.

Die letzten zehn Jahre waren geprägt von einer beispiellosen Aufbauleistung der Menschen dieses Landes, von demokratischer Erneuerung und der Umstrukturierung in allen Bereichen. Neben dem Aufbau einer an demokratischen Prinzipien orientierten Landesverwaltung, einschließlich einer modernen Polizei, galt es, eine leistungsfähige, bürgernahe und moderne Justiz aufzubauen, eine zukunftsfähige Bildungs- und Hochschullandschaft zu schaffen, eine verlässliche soziale Infrastruktur herzustellen, unsere einmalige Kulturlandschaft zu sichern, das Eigentum an Grund und Boden neu zu ordnen sowie die großen Altlasten im Umweltbereich abzubauen.

Eine vorrangige Aufgabe war und ist der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einer modernen Infrastruktur zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, einer Wirtschaft, die auf den vier Standbeinen steht: der maritimen Verbundwirtschaft, der Landwirtschaft mit Ernährungsgüterwirtschaft und dem Tourismus, den drei traditionellen Standbeinen des Landes, und den modernen Technologien, dem sich zunehmend entwickelnden vierten Standbein.

Mit der deutschen Wiedervereinigung wurde hier ein beispielloser Umstrukturierungsprozess von einer dirigistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft in Gang gesetzt. Leider führte aber die schnelle Privatisierung auch dazu, dass manchmal sanierungsfähige Betriebe keine Chance erhielten. Insgesamt gingen mit der Umstrukturierung gewaltige Veränderungen und tiefgreifende Einschnitte auf dem Arbeitsmarkt einher. Viele Menschen verloren ihre Beschäftigung. Von ehemals rund 168.000 Beschäftigten in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei zum Beispiel sind heute nur noch 24.000 verblieben. Ähnlich war es auf den Werften und in vielen anderen Bereichen. Heute arbeiten rund drei Viertel aller Beschäftigten in einem anderen Beruf oder an einem anderen Platz als vor der Wende und das zeigt deutlich, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern haben sich der enormen Dynamik des Veränderungsprozesses gestellt. Und das ist eine große Leistung gerade auch von denjenigen, die zur Zeit der Wende nicht mehr zur jüngsten Generation gehörten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, zehn Jahre nach der Wende ist die Arbeitslosenquote im gesamten Osten mit durchschnittlich rund 17 Prozent noch immer doppelt so hoch wie im Westen. Auch bei uns im Land sind 156.000 Menschen ohne Arbeit. Im vergangenen Jahr ist es uns in Mecklenburg-Vorpommern jedoch erstmals seit 1995 gelungen, die Zahl der Arbeitslosen wieder abzusenken. Im Jahresdurchschnitt hatten wir 1999 rund 8.000 Arbeitslose weniger als 1998 und die Zahl der Erwerbstätigen Mecklenburger und Vorpommern ist um mehr als 10.000 gestiegen. Der Trend steigender Arbeitslosigkeit in unserem Land scheint gestoppt, wenn auch noch nicht umgekehrt. Der Arbeitsmarkt beginnt sich zu stabilisieren.

Insgesamt ist unsere Lage auf dem Arbeitsmarkt dadurch gekennzeichnet, dass wir mit dem öffentlichen Dienst und der Baubranche zwei große Bereiche haben, in denen der strukturbedingte Beschäftigungsabbau noch nicht zu Ende ist. In zwei weiteren Bereichen, der Landwirtschaft und bei den Werften, wird mögliches Wachstum durch Produktionseinschränkungen der Europäischen Union gebremst. Und so lastet die Lösung unserer Arbeitsmarktprobleme auf dem restlichen Bereich, der gewerblichen Wirtschaft und den Dienstleistungen.

Es sind noch schmale Schultern, die hier eine große Last tragen müssen. Und dies tun sie durchaus erfolgreich. So hat sich das verarbeitende Gewerbe in den letzten zwei Jahren zu einem Wachstumsmotor in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Nach 6,3 Prozent im Jahr 1999 stieg die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich im ersten Halbjahr 2000 sogar um 12 Prozent an. Mit dieser Wachstumsrate liegen wir im Ländervergleich knapp hinter Thüringen mit an der Spitze in Deutschland. Erfreulicherweise schlägt sich dieser Zuwachs auch auf dem ersten Arbeitsmarkt nieder. So hatten wir in den ersten sechs Monaten dieses Jahres im Schnitt über 2.500 Beschäftigte mehr in der Industrie als vor einem Jahr. Das macht deutlich, unser Arbeitsmarkt ist durch eine große Dynamik gekennzeichnet, unsere Wirtschaftsstruktur hat sich verbessert. Es geht voran in Mecklenburg-Vorpommern, aber noch auf einer schmalen Basis. Und diese Basis gilt es zu verbreitern.

Zwar stabilisieren sich die Arbeitsmarktzahlen, doch mit dem bisher Erreichten kann sich noch niemand zufrieden geben, gerade vor dem Hintergrund der vielen arbeitslosen jungen Menschen. Gemeinsam mit der Wirtschaft und mit den Gewerkschaften haben wir erreicht, dass jedem ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt wurde. Und was neu abgeschlossene Ausbildungsverträge angeht, war Mecklenburg-Vorpommern mit 1.116 Ausbildungsverträgen je 100.000 Einwohner bundesweit Spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir bilden damit weit über Bedarf aus. Das führt aber dazu, dass leider nicht für alle ausgebildeten Jugendlichen später auch ein Arbeitsplatz da ist. Es darf aber nicht sein, dass die erste Erfahrung von jungen Menschen nach der Ausbildung die Arbeitslosigkeit ist,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

und deshalb müssen wir unsere Anstrengungen gemeinsam noch weiter verstärken – die Betriebe auf dem ersten Arbeitsmarkt und der Staat bis auf weiteres mit Beschäftigungsprogrammen.

Eines ist jedoch klar: Dauerhafte Arbeitsplätze können wir nur auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen. Grundbedingung dafür ist unter anderem ein stabiles und ausreichend hohes Wirtschaftswachstum. Nachdem Mecklenburg-Vorpommern von 1995 bis 1998 vom zweiten Platz auf den letzten Platz unter den ostdeutschen Bundesländern zurückgefallen war, haben wir uns seit 1999 wieder nach oben gearbeitet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Auf den vorletzten.)

Mit 2,3 Prozent Wachstum liegen wir in diesem Jahr bisher erstmals an der Spitze aller ostdeutschen Länder. Innerhalb von zwei Jahren vom Schlusslicht zum Spitzenreiter, meine Damen und Herren, das ist ein beachtlicher Erfolg!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine besondere Erfolgsgeschichte schreibt bei uns im Land der Tourismus. Im vergangenen Jahr sind wir bei der Tourismusintensität erstmals an die Spitze in ganz Deutschland gerückt. Kein anderes Urlaubsland hat – gemessen an seiner Einwohnerzahl – so viele Urlaubsgäste beherbergt wie Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Bei den Übernachtungen hatten wir im letzten Jahr mit 17,6 Prozent die höchste Zuwachsrate in ganz Deutschland und jetzt haben wir dieses Spitzenergebnis vom letzten Jahr noch einmal übertroffen. Vom Januar bis Juli hatten wir 21,6 Prozent mehr Übernachtungen als in den ersten sieben Monaten der Rekordsaison 1999. Und wer noch vor zwei Jahren behauptet hat, Rot-Rot verscheuche die Touristen, der ist durch die Realität überzeugend widerlegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, unsere Werften sind von Grund auf erneuert und gehören heute zu den modernsten der Welt. Die Landesregierungen haben dabei die maritime Industrie in den letzten Jahren aktiv auf dem Weg zu einem leistungsfähigen, innovativen und technologieorientierten Schiffbau unterstützt. Im Zusammenhang mit dem Konkurs der Bremer Vulkan AG hat das Land sich stark engagiert, um die betroffenen Werften in Wismar, Stralsund sowie weitere Unternehmen zu retten. Unsere Werften sind heute hoch produktiv, doch werden sie in ihren Möglichkeiten gehemmt durch die Kapazitätsbeschränkungen der EU. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Chancen unserer Werften nicht länger behindert werden.

Auch unsere Landwirtschaft ist heute nach einem tiefgreifenden, teilweise schmerzlichen Umstrukturierungsprozess europaweit konkurrenzfähig. Leider müssen wir heute mit der ungerechten Verteilung der Produktionsquoten im Zuge der Deutschen Einheit leben. Mit den Erträgen auf unseren Äckern wie auch mit den Leistungen in unseren Ställen brauchen wir den bundesweiten Vergleich nicht zu scheuen. Doch nicht nur in der konventionellen Landwirtschaft sind wir stark. Immer bedeutender wird bei uns der Anbau nachwachsender Rohstoffe. Im ökologischen Landbau halten wir die Spitze in Deutschland. Und von besonderer Bedeutung für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist in den vergangenen zehn Jahren die Neuordnung des Eigentums an Grund und Boden gewesen.

Die Landesregierung vertritt konsequent in Berlin und Brüssel die Interessen unserer Landwirte. So gelang es

uns im letzten Jahr, die Verlängerung der BVVG-Pachtverträge für die ostdeutschen Landwirte von ursprünglich 12 auf 18 Jahre durchzusetzen. Und die im Zusammenhang mit der Agenda 2000 befürchteten finanziellen Verluste in dreistelliger Millionenhöhe für unsere Bauern konnten vermieden werden. Durchgesetzt haben wir auch, dass es wieder steuerliche Erleichterungen in Form des Agrardiesels geben wird. Diese Ergebnisse, meine Damen und Herren, sind wichtig für unsere Landwirte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Um im harten Wettbewerb am Markt auch zukünftig bestehen zu können, gilt es, Bereiche auszubauen, die von Brüssel nicht reglementiert sind, und die Vermarktung der Produkte, vor allem der ökologischen Produkte noch zu verbessern und neue, ertragsstarke Vermarktungswege zu den Verbrauchern zu schaffen.

Meine Damen und Herren, neben den traditionellen Branchen, die sich nach einem notwendigen Anpassungsprozess konsolidiert haben, gibt es junge Wachstumsbranchen, die neue attraktive Arbeitsplätze bieten. Vor allem in der Bio- und Medizintechnologie haben Wissenschaftler und Unternehmen in unserem Land bereits frühzeitig Chancen gesehen, die anderswo erst heute erkannt werden. Deshalb liegen wir zurzeit bei der Zahl der Biotechnologieunternehmen – auf die Einwohnerzahl gerechnet – an zweiter Stelle hinter der Bundeshauptstadt Berlin. Mit bereits 71 Firmen in diesem Bereich entwickelt sich Mecklenburg-Vorpommern mehr und mehr zu einem bedeutenden Standort in einer Branche mit großer Zukunft. Und einige dieser Firmen haben auch bereits international auf sich aufmerksam gemacht. Die Teraklin AG Rostock beispielsweise wurde kürzlich für ihre künstliche Leber mit dem deutschen Mittelstandspreis ausgezeichnet und die Firma PlasmaSelect ist das erste börsenorientierte Unternehmen unseres Landes.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jetzt geht es darum, unsere gute Position schnell und gezielt weiter auszubauen. Mit der Gründung von BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern wollen wir unsere Aktivitäten noch besser bündeln und durch die Partnerschaft mit dem schwedisch-dänischen Technologieverbund MediCon Valley, dem größten Technologieverbund Skandinaviens, eröffnen sich neue internationale Perspektiven für den Technologiestandort Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auch auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie sind wir vorangekommen. Wir haben eines der leistungsfähigsten digitalen Netze,

(Beifall Harry Glawe, CDU: Ja.)

an der Universität Rostock eine vorbildliche drahtlose Netzinfrastruktur und zur weiteren Profilierung unseres IT-Standortes sind wir Partnerschaften zum Beispiel mit der Deutschen Telekom, mit Cisco oder mit Microsoft eingegangen. Unser Multimediakonzept wird umgesetzt und weiter fortgeschrieben und bereits im nächsten Jahr wird mit der Einführung des elektronischen Grundbuches begonnen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

In Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, sind in den letzten Jahren 16.000 Arbeitsplätze im

Multimediabereich entstanden, davon allein über 6.000 im Callcenter-Bereich. Und gerade für ein dünn besiedeltes Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern eröffnet natürlich auch das Internet neue Perspektiven. Über Telearbeitsplätze wird es in der Zukunft möglich sein, hoch qualifizierte Arbeitsplätze aus der Großstadtheftik in Urlaubsgebiete zu verlegen. Und dann gilt: In Mecklenburg-Vorpommern kann man da arbeiten, wo andere Urlaub machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die aufgezeigten Entwicklungen machen deutlich, unsere Wirtschaft im Land ist dabei, sich strukturell zu festigen. Der InnoRegio-Wettbewerb zur Verbesserung der Beschäftigungssituation und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Regionen hat gezeigt, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern zu Spitzenleistungen fähig sind. Vier Bewerberregionen aus Mecklenburg-Vorpommern sind für die Umsetzungsphase positiv bewertet worden. Und von 500 Millionen DM, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, gehen 95 Millionen DM allein nach Mecklenburg-Vorpommern. Das macht deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei SPD und PDS)

Um aber unser Wachstum weiter zu steigern, müssen wir die industrielle Basis in unserem Land noch verbreitern. Und ich freue mich ganz besonders für den strukturschwachen Landkreis Demmin, dass wir seit zwei Wochen einen neuen amerikanischen Investor aus der Lebensmittelindustrie in Malchin haben. In Saßnitz-Mukran wird im Jahr 2002 das modernste Fischverarbeitungswerk der Welt seine Produktion aufnehmen. Und die Holzindustrie hat sich in der jüngsten Vergangenheit vor allem dank der Ansiedlung auf dem Hafffeld in Wismar entwickelt, wo das modernste Holzverarbeitungszentrum Europas entstanden ist. Mehr als 1 Milliarde DM wurden dort investiert und weitere Unternehmen stehen bereit, in unserem Land große Investitionen vorzunehmen, zum Beispiel in Lubmin.

Meine Damen und Herren, das Land bewirbt sich jetzt auch um die Ansiedlung von BMW zusammen mit mehr als 100 anderen Bewerbern weltweit. Wir können in Mecklenburg-Vorpommern gute und geeignete Standorte anbieten. Aber ich bin sicher, andere können das auch. Es wäre gut für unser Land, wenn auch wir – was für andere selbstverständlich ist – nach außen deutlich machen könnten, dass hier im Land alle politischen Kräfte hinter dieser Bewerbung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Bei solchen für das Land entscheidenden Projekten müssen alle zusammenstehen! Jedes parteipolitische Taktieren schadet unserem Land!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren von der Opposition, appelliere ich eindringlich auch an Ihr Verantwortungsbewusstsein!

(Zurufe von Lutz Brauer, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, um unser Wirtschaftswachstum voranzubringen, setzen wir auch weiterhin auf den

Mittelstand. Er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und die Landesregierung setzt hier einen deutlichen Schwerpunkt. Allein in dieser Legislaturperiode wurden beispielsweise schon 3.300 Arbeitslose bei Existenzgründungen gefördert. Durch das Existenzgründerinnenprogramm konnten seit 1996 allein 200 Unternehmen von Frauen gegründet werden. Zwar ist Mecklenburg-Vorpommern heute – bezogen auf die Einwohnerzahl – das Land mit der höchsten Zahl an Firmenneugründungen, insgesamt ist aber in unserem Land noch viel Platz für weitere Firmen und wir brauchen sie. Bereits in der Schule müssen wir dafür die Grundlage legen durch die frühe Einübung wirtschaftlichen Denkens. Existenzgründungen aus den Hochschulen müssen weiter motiviert und gefördert werden. Und gerade im Zusammenhang mit den Technologiezentren gibt es hier bereits attraktive Beispiele. Entscheidend ist aber, dass wir es noch besser als bisher schaffen, Ideen und Geld zusammenzubringen, damit aus Ideen auch Innovationen werden, die das Land weiter voranbringen. Und die Veranstaltungen unter dem Titel „Idee sucht Kapital – Kapital sucht Idee“ sind, denke ich, erfolgreiche Schritte, um Kontakte zwischen Kapitalgebern und Existenzgründern herzustellen.

Meine Damen und Herren, trotz Arbeitslosigkeit in unserem Land höre ich nicht selten die Klage von Unternehmern, dass sie für Stellen keine Bewerber finden. Und hier muss die Frage gestellt werden, ob es für alle genügend Anreize gibt, eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt auch tatsächlich anzunehmen. Oder ist es am Ende für einige attraktiver, ein Arbeitsangebot abzulehnen? Wenn dem so wäre, dann läuft etwas falsch. Denn dies ist zutiefst sozial ungerecht, es ist ungerecht gegenüber denen, die arbeiten, und denen, die arbeitslos und hoch motiviert sind, um eine neue Stelle zu finden. Neben dem Recht auf Hilfe in der Not gibt es die Pflicht, sich engagiert um neue Arbeit zu bemühen. Wer also zumutbare Arbeit ablehnt, muss dies auch finanziell zu spüren bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich finde es gut, dass zu diesem Thema inzwischen eine breite Diskussion in Gang gekommen ist.

Meine Damen und Herren, Grundlage unserer wirtschaftlichen Zukunft ist eine moderne Infrastruktur. Vor allem bei der Infrastruktur hat Ostdeutschland noch einen großen Nachholbedarf. In Mecklenburg-Vorpommern kommt, obwohl bereits vieles geschehen ist, der Ausbau des Fernstraßennetzes erst jetzt so richtig in Gang. Im Zeitraum 1995 bis 1998 wurden Bundesverkehrsstraßenmittel in Höhe von 333 Millionen DM für den Straßenbau in Mecklenburg-Vorpommern aufgewendet. Im Zeitraum 1999 bis 2002 wird der Bund über 1,8 Milliarden DM dafür ausgeben. Das ist mehr als eine Verfünffachung der Bundesfernstraßenmittel für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Die A 20 einschließlich der Rügenanbindung wird bis zum Jahr 2005 fertig gestellt und die Autobahn von Schönberg bis Rostock noch in diesem Jahr voll befahrbar sein. Mit dem Bund haben wir vereinbart, die Ortsumgehungen in Stralsund, Crivitz, Alt-Strelitz und Ribnitz-Damgarten früher als geplant zu bauen, und auch die Umgehungen von Greifswald und Anklam wollen wir früher als geplant fertig stellen. Der Bund stellt dafür in

den nächsten Jahren die Mittel zusätzlich zur Verfügung. Im Bereich der Schiene wird jetzt neu die Strecke Rostock-Berlin auf eine Geschwindigkeit von 160 Kilometern pro Stunde ausgebaut.

Natürlich ist es insgesamt in unserem dünn besiedelten Land ein Problem, dass hier das Fahrgastaufkommen auf einzelnen Strecken relativ niedriger ist als in Ballungsgebieten. Aber es darf nicht sein, dass Mecklenburg-Vorpommern vom Fernverkehr abgekoppelt wird! Hier stehen Bund und Bahn in der Pflicht.

(Beifall bei der SPD und
Abgeordneten der CDU und PDS)

Wichtig für unsere Verkehrsinfrastruktur sind auch die Häfen, deren Umschlag sich nach der Wende deutlich erhöht hat. In Mecklenburg-Vorpommerns Häfen sind 1999 11,6 Prozent mehr Güter umgeschlagen worden als im Jahr zuvor. Bundesweit, ich erinnere daran, war lediglich ein Anstieg von 2,9 Prozent zu verzeichnen. Und der Rostocker Hafen erzielte sogar sein bestes Ergebnis seit 1960. Der Fährhafen Mukran hat sich nach seinem Ausbau einen guten Platz im Wettbewerb gesichert.

Eine Ansiedlung internationaler Unternehmen, meine Damen und Herren, ohne Luftverkehrsanbindung ist nur noch schwer möglich. Wir brauchen daher, was die Infrastruktur angeht, regelmäßige Flugverbindungen von Mecklenburg-Vorpommern aus zu wichtigen Ballungsgebieten in Deutschland, vornehmlich in Süddeutschland und im westdeutschen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, wer heute durch unsere Dörfer und Städte geht, stellt fest, alles ist viel heller und freundlicher geworden. Vieles ist neu oder saniert. Was wir zu bieten haben, ist nicht weniger als das Erbe eines ganzen Jahrtausends, unsere Hansestädte mit ihren mittelalterlichen Giebelhäusern, Stadttoren und Backsteinkathedralen, die über 1.500 Schlösser, Gutshäuser, Klöster und Burgen. Doch nicht nur unsere Städte und Dörfer sind schöner geworden. Viele von uns wohnen heute auch in einer modernen oder modernisierten Wohnung oder in einem Neubau. Die Wohnsituation in unserem Land hat sich seit 1990 erheblich verbessert. Im Gegensatz zu früher – viele, meine Damen und Herren, werden sich noch lebhaft daran erinnern – gibt es bei uns im Land keinen Wohnungsmangel mehr. Auch die Eigenheimquote ist deutlich angestiegen.

Angesichts des großen Nachholbedarfs hatte die Baubranche nach der Wende Kapazitäten aufgebaut, die auf Dauer nicht zu halten sind. Das Land versucht so weit wie möglich diesen Abbauprozess abzufedern. So halten wir beispielsweise die Bauinvestitionen weiter hoch. In diesem wie im letzten Jahr liegt Mecklenburg-Vorpommern, was die öffentlichen Bauausgaben pro Kopf angeht, an der Spitze aller Flächenländer in Deutschland.

Wir haben unser Land in den letzten zehn Jahren ein großes Stück vorangebracht. Der notwendige Strukturwandel in Mecklenburg-Vorpommern ist in vollem Gang, aber noch nicht zu Ende. Inzwischen reichen die neuen Arbeitsplätze zwar in etwa aus, um die wegbrechenden Arbeitsplätze zu kompensieren, zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist aber mehr erforderlich und deshalb können wir auf absehbare Zeit auch auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik nicht verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schließlich ist es sinnvoller, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. So haben wir mit Arbeitsmarktprogrammen in den vergangenen zwei Jahren die Einstellung von 2.300 Personen gefördert, die berufsbegleitende Weiterbildung von 9.600 Personen finanziell unterstützt und rund 700 Personen in gemeinwohlorientierten Beschäftigungsprojekten beschäftigt. Zugleich haben im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ Wirtschaft, Gewerkschaften und Regierung konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Arbeitsmarkt weiter zu entlasten.

Mit dem „Ausbildungspakt 2000 +“ ist es gelungen, die Grundlage zu legen für eine bis in das Jahr 2002 reichende Lehrstellenförderung. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Initiativen, um den Landesteil Vorpommern weiter nach vorne zu bringen, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Vorpommern-Regionalbahn, die Installation eines Medianetzes und gezielte Kooperationen zur Verbesserung der Tourismusinfrastruktur. Am Standort Lubmin wollen wir Dampf- und Gasturbinenkraftwerke errichten und zugleich bemühen wir uns um weitere Industrieansiedlungen in Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unser Ziel ist die Stärkung der Wirtschaft und der Abbau der Arbeitslosigkeit gerade auch in dieser Region. Und wir werden deshalb auch weiter den Wissenschaftsstandort Vorpommern stärken mit der Universität Greifswald im Zentrum.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Und auch die in Greifswald installierte Fusionsforschungsanlage Wendelstein 7-X ist dabei ein Meilenstein für die wissenschaftliche Infrastruktur in Vorpommern. Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung müssen wir uns auch rechtzeitig auf die Bedingungen eines größeren Binnenmarktes einstellen. Abschottung hilft nicht. Einem fairen Wettbewerb stellen wir uns, aber es bedarf auch eines überzeugenden und transparenten Beitrittskonzeptes, das die Belange der Grenzregionen berücksichtigt.

Viele Menschen fühlen sich im Hinblick auf die Veränderungen überfordert und fürchten um ihre Arbeitsplätze, andere haben Angst vor unkontrolliertem Zuzug. Wir müssen diese Ängste ernst nehmen und versuchen, sie auszuräumen, indem wir diesen Prozess mit den Menschen gemeinsam gestalten. Vor allem dürfen wir das Feld nicht jenen am rechten Rand überlassen, die die Sorgen der Menschen für ihre politischen Zwecke missbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, die Zukunft unseres Landes beginnt nicht erst in den Fabrikhallen oder Technologielabors. Die Zukunft beginnt bereits im Klassenzimmer. Wir wollen, dass Begabungspotentiale möglichst vollständig erschlossen werden, ein höchstmögliches Maß an Chancengleichheit gewährleistet wird und Schüler fürs Leben qualifiziert werden. Durch systematische und langfristige Maßnahmen der Qualitätssicherung wird sichergestellt, dass Schülerinnen und Schülern Wissen und Fertigkeiten so vermittelt werden, dass sie im nationalen und internationalen Wettbewerb – vor allem im Berufsleben – konkurrenzfähig sind.

(Lutz Brauer, CDU: Zwölf Jahre Abitur.)

Die Landesregierung wird in dieser Legislaturperiode die schrittweise Rückkehr zum Abitur nach zwölf Schuljahren einleiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU – Lutz Brauer, CDU: Ein Schritt vor, zwei zurück.)

Dabei – hören Sie zu, meine Damen und Herren von der Opposition – werden die Voraussetzungen für die bundesweite Anerkennung des Abiturs sichergestellt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Insbesondere für Schüler auf dem Lande muss gewährleistet werden, dass die Belastungen durch lange Unterrichtszeiten und Schulwege zumutbar bleiben. Unsere Kinder müssen lernen, mit den neuen Medien umzugehen. Die Ausstattung unserer Schulen mit modernen Computern ist daher weiter voranzutreiben. Zudem müssen die Lehrer den Umgang mit den neuen Techniken erlernen. Bis zum Herbst 2002 werden deshalb insgesamt 12.000 Lehrer für den Einsatz von Computern im Fachunterricht und für die unterrichtliche Nutzung des Internets fortgebildet.

Meine Damen und Herren, gab es in den 80er Jahren jährlich noch etwa 30.000 Geburten, waren es 1994 nur noch 9.000 mit der Folge, dass die Zahl der Schüler bis zum Jahr 2005 dramatisch sinken wird. Die dadurch erforderliche Anpassung der Zahl der Lehrkräfte wurde 1995 unter Vermeidung von Kündigungen mit dem Lehrpersonal konzept sozialverträglich sichergestellt. Durch den enormen Schülerrückgang ergibt sich aber auch die Notwendigkeit zur Reorganisation des Schulnetzes und der Schulstrukturen. Mit der kürzlich vorgelegten Verordnung zur Neufassung der Schulentwicklungsplanung wird dafür gesorgt, dass auch zukünftig ein regional ausgewachsenes Schulnetz erhalten bleibt, das ein qualitativ gutes, vollständiges und für die Schüler erreichbares Bildungsangebot sicherstellt.

Werden an den Schulen erste Grundlagen gelegt, so sind die Hochschulen für die wirtschaftliche, die soziale und die geistige Zukunft unseres Landes die zentralen Entwicklungsmotoren. Die beiden Universitäten in Rostock und Greifswald, die drei Fachhochschulen und die Hochschule für Musik und Theater stellen eine gute Verbindung aus Tradition und Neuanfang dar. Hinzu kommt eine exzellente außeruniversitäre Forschungslandschaft.

Die steigende Attraktivität unserer Hochschulen schlägt sich sichtbar in steigenden Studentenzahlen nieder. Von rund 13.000 im Jahre 1992 haben sich die Zahlen auf annähernd 27.000 zum Wintersemester 2000/2001 verdoppelt. Und die Investitionen gehen zügig voran. In den nächsten Jahren wird einer der Schwerpunkte das Universitätsklinikum Greifswald sein. Unsere Hochschulen sind inzwischen alle miteinander vernetzt und diese Vernetzung ist Grundlage dafür, dass unsere Hochschulen im bundesweiten Vergleich bei der Nutzung von Multimedia in Forschung und Lehre und bei der Ausbildung in den informatischen Fächern vordere Plätze einnehmen. Auch in anderen Fächern nehmen unsere Hochschulen im Urteil der Studenten Spitzenplätze ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Die Landesregierung arbeitet an der ständigen Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Hochschul- und Forschungslandschaft. Insbesondere forciert sie die Einführung neuer international kompatibler Studiengänge und -abschlüsse über alle Fächergruppen hinweg. Und zur weiteren Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen unseres Landes sollen die Möglichkeiten für eine selbständige und zeitgerechte Profilbildung geöffnet werden. Mit der Neufassung des Landeshochschulgesetzes werden die Hochschulen erweiterte Entscheidungsspielräume erhalten. Die Mittelverteilung soll nach leistungsbezogenen Kriterien erfolgen. Spitzenleistungen in einigen strategischen Fächern mit hohen Transferchancen für die wirtschaftliche Entwicklung sind das Ziel. Durch die systematische Verknüpfung der Arbeit außeruniversitärer Forschungseinrichtungen mit Forschung und Lehre in den Hochschulen entwickelt sich ein dichtes und produktives Wissenschaftsnetz in Mecklenburg-Vorpommern. Spitzenleistungen und Leistungswillen – das sind die Grundorientierungen unserer Hochschul- und Forschungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nach der Wende galt es auch, eine moderne und demokratische Verwaltung und Polizei aufzubauen. Daneben war der gesamte landesgesetzliche Rahmen zu überarbeiten beziehungsweise neu zu schaffen. Heute sehen wir es als selbstverständlich an, dass alles funktioniert. Die kommunale Selbstverwaltung wird von insgesamt 10.000 ehrenamtlichen Mandatsträgern im Land mit großem Selbstbewusstsein und viel Engagement wahrgenommen. Im Zuge der laufenden Verwaltungsmodernisierung wird die Behördenstruktur regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit überprüft. Die Zahl der Landesbediensteten wurde in den vergangenen Jahren stetig reduziert. Es gilt auch für die Zukunft die Maxime: So viel Bürgernähe wie möglich, so wenig Verwaltung wie möglich. Auch die Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen wurden in den vergangenen Jahren effektiver gestaltet. Durch freiwilligen Zusammenschluss hat sich die Zahl der Gemeinden seit 1997 immerhin schon um 79, die Zahl der Ämter um 4 reduziert. Doch das reicht bei weitem noch nicht aus. Eine Enquetekommission des Landtages wird daher weitere Empfehlungen zur Verwaltungsvereinfachung und zur Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit für die Bürger erarbeiten.

Meine Damen und Herren, trotz sinkender Einnahmen des Landes erhalten die Kommunen auch in diesem Jahr 2,5 Milliarden DM aus dem kommunalen Finanzausgleich. Mit dieser Summe hat Mecklenburg-Vorpommern sowohl 1999 als auch 2000 die zweithöchsten Finanzausgleichsleistungen gewährt. Die Bäume wachsen so zwar nicht in den Himmel, aber wir haben für unsere Kommunen Verlässlichkeit geschaffen auf einem im Ländervergleich sehr hohen Niveau. Entscheidend, meine Damen und Herren, sind nicht nur die Quoten und Prozente, entscheidend sind Mark und Pfennig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Polizei unseres Landes hat sich in den letzten zehn Jahren einen festen und anerkannten Platz im Land erworben. Auch hier waren die ersten Jahre Aufbauarbeit. Heute verfügen wir über eine mit modernster Technik ausgestattete Landespolizei, die konsequent das Gewaltmonopol des Staates durchsetzt. Die Zielstellung der Sicherheitspolitik der Landesregie-

rung, sowohl den Kampf gegen das Verbrechen als auch gegen die Ursachen von Kriminalität gleichermaßen energisch zu führen, wird konsequent umgesetzt. Darüber hinaus wollen wir die Qualität der Polizeiarbeit weiter verbessern. Dazu wurde ein umfassendes Polizeientwicklungskonzept auf den Weg gebracht, das mit verbesserten Organisationsstrukturen auch für noch mehr Bürgernähe sorgen wird.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das soll wohl ein Witz sein?!)

Ein besonders wichtiges Feld ihrer Arbeit sieht die Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Auch hier wird ressortübergreifend gehandelt. Die Polizei geht konsequent gegen die rechte gewalttätige Szene vor und die Justiz bearbeitet derartige Verfahren schnellstmöglich. Darüber hinaus haben wir eine Bundsratsinitiative eingebracht, um wirksamere Strafen für oder gegen rechte Gewalttäter verhängen zu können. Und zugleich wird die bisherige Präventionsarbeit im Polizeibereich, aber auch im Sozial- und Schulbereich verstärkt. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen hier zusammenwirken. Jeder muss sich an seinem Platz der Verantwortung stellen. Niemand darf sich – aus welchen Gründen auch immer – abseits stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, nur gemeinsam können wir das gesellschaftliche Klima so verändern, damit rechte Gewalttäter deutlich zu spüren bekommen, dass die Gesellschaft ihre Taten nicht toleriert, auch nicht stillschweigend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich bedanke mich bei allen, die bisher meinen Aufruf gegen Gewalt und Rechtsextremismus unterstützt haben, sogar durch Zeitungsanzeigen. Wir alle dürfen aber in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Auch wenn inzwischen die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten in unserem Land zurückgeht, so gilt unverändert: Jeder rechtsextremistische Vorfall ist einer zu viel. Und deshalb werden wir hier weiter mit äußerster Konsequenz vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, zu einem funktionierenden Rechtsstaat gehört auch eine leistungsfähige, bürgernahe und moderne Justiz sowie ein zeitgemäßer Strafvollzug. 1990 stand man vor einem Berg von zu bewältigenden Aufgaben. Seitdem haben wir, denke ich, viel erreicht in unserer jungen Justiz. In vielen Bereichen brauchen wir heute den Vergleich mit den alten Bundesländern nicht mehr zu scheuen. Wir verfügen heute über eine moderne und effektive Gerichtsstruktur im Land. Durch eine Vielzahl organisatorischer und technischer Maßnahmen konnte in vielen Bereichen eine zügige Bearbeitung von Verfahren erreicht werden. Straftaten werden konsequent und effektiv verfolgt. Die Leistungsfähigkeit unserer Staatsanwaltschaft haben wir erhöht – auch durch personelle Maßnahmen. Wir haben einen modernen Strafvollzug geschaffen. Wir haben die Sicherheit in den Gefängnissen verbessert. Und ich meine, die Sicherheit der Bürger vor Straftaten muss beim Strafvollzug im Vordergrund stehen. Auch bei psychisch kranken Tätern handelt es sich um Straftäter.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ein Jahr hat es gebraucht bis zu dieser Erkenntnis.)

Weil die Sicherheit für uns Vorrang hat, haben wir die Zuständigkeit für den Maßregelvollzug zum Justizministerium gegeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aufgrund der besonderen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung wurde der Verbesserung der Situation bei den Grundbuchämtern seit 1998 besonderes Augenmerk geschenkt. Wir haben in den letzten zwei Jahren einen Abbau der anhängigen Bestände um mehr als ein Drittel erreicht. Damit wird sich die Landesregierung aber noch nicht zufrieden geben. Bis Ende 2002 soll erreicht werden, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit für Grundbuchvorgänge in allen Ämtern nur noch sechs Wochen beträgt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern bedeuten auch zehn Jahre Bemühen um soziale Gerechtigkeit, Gerechtigkeit zwischen Ost und West, Gerechtigkeit zwischen Alten und Jungen. Es bedeutet auch zehn Jahre Bemühen um mehr Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen. Es ist ein langer und mühsamer Prozess, das gesellschaftliche Bewusstsein zu ändern. Wir stellen uns dieser Aufgabe und sind zuversichtlich, dass wir Stück für Stück mehr Gerechtigkeit erreichen werden. Es ist uns gelungen, in unserem Flächenland ein Netz der sozialen Sicherung so auf- und umzubauen, dass alle Bürger in vertretbarer Entfernung die Information, Beratung und Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Vor allem auch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe haben große Anstrengungen unternommen, um den Mitmenschen Hilfe und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen in unserem Land war und ist dabei ein wertvoller Beitrag für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der PDS und Harry Glawe, CDU)

Zum Aufbau der sozialen Infrastruktur gehört auch der in den letzten Jahren erfolgte gewaltige Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft unseres Landes. Dabei waren die Erfordernisse einer bürgernahen, qualitativ hochwertigen und zugleich finanzierbaren Versorgung in einem Flächenland gegeneinander abzuwägen. Das Ergebnis trägt sowohl dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach ihrem Krankenhaus in erreichbarer Nähe als auch nach dem Bedürfnis nach Versorgung mit Hochleistungsmedizin an bestimmten hervorragenden Standorten und in den Zentren des Landes Rechnung. Nach Abschluss der technischen und baulichen Erneuerungen werden die Patienten und Patientinnen in unseren Krankenhäusern überall einen Standard vorfinden, der auch in den alten Bundesländern nicht überall selbstverständlich ist. Gleiches gilt auch für die Alten- und Pflegeheime.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Ja, richtig.)

Meine Damen und Herren, es ist in den letzten Jahren gelungen, ein flächendeckendes, an den Bedürfnissen von Eltern und Kindern ausgerichtetes Netz der Kindertagesbetreuung zu erhalten. Im Freizeit- und Bildungsbereich stellen Land und Kommunen ein breites Spektrum an Freizeit- und Bildungsangeboten bereit. Und dabei hat das 1998 in Kraft getretene Kinder- und Jugendförderge-

setz des Landes eine verlässliche Grundlage für die gewachsene Partnerschaft zwischen öffentlichen und freien Trägern auf den Gebieten der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes geschaffen.

Auch der Sport hat in unserem Land einen hohen Stellenwert. Die Landesregierung erkennt dieses zum Beispiel an durch eine Verdopplung des Investitionszuschusses für den Landessportbund.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der PDS und Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, was die Vereinheitlichung der Leistungen aus den Sozialgesetzen in West und Ost angeht, so bleiben Aufgaben bis heute. Die Landesregierung hat sich gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich dafür eingesetzt, einen gesamtdeutsch wirkenden Risikostrukturausgleich in die gesetzliche Krankenversicherung einzuführen. Der Risikostrukturausgleich soll nun stufenweise bundeseinheitlich ausgestaltet werden und die noch verbleibenden Aufgaben gilt es zügig zu lösen. Dafür werden wir uns im Bund stark machen.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern verfügt auch über ein reiches Kulturleben. Kulturelle Traditionen aus Mecklenburg und Vorpommern fließen hier zusammen. Vieles ist im Bereich der Kultur-, Heimat- und Traditionspflege in den vergangenen Jahren angesprochen und bewegt worden, auch was die Pflege unserer plattdeutschen Muttersprache angeht, denn Kultur ist immer auch Heimat.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD, und Thomas Nitz, CDU)

Neben unserem einzigartigen Erbe aus tausend Jahren Vergangenheit sind es auch die Kulturereignisse der Gegenwart, die Mecklenburg-Vorpommern zu einem attraktiven Lebensraum, Reiseziel und Wirtschaftsstandort machen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Deshalb machen die ja auch so viel. Das ist der Punkt.)

Kulturereignisse wie die Aida-Aufführung, die Picasso- und die Munch-Ausstellungen oder die Störtebeker-Festspiele steigern die Attraktivität unseres Kulturstandortes Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Auf dem gesamten Gebiet der Kultur- und Denkmalpflege wurde bis heute eine Menge geleistet und wir können zu Recht behaupten: Unsere allgemeine Kultur- und Theaterförderung bewegt sich auf einem bundesweit anerkannt hohen Niveau.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Und ein hohes Niveau wollen wir auch halten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

doch kommen wir nicht umhin, unsere Theater- und Orchesterstrukturen im Land auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen, um sie zukunftsfähig zu machen. Und diesen notwendigen Prozess gestalten wir gemeinsam mit den Kommunen.

Meine Damen und Herren, eine verantwortungsvolle Politik für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes

heißt, die Grundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten. Im Bereich des Umweltschutzes ist es uns in den letzten zehn Jahren gelungen, den überwiegenden Teil der Altlasten aus DDR-Zeiten abzubauen.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Im Gewässerschutz sowie beim Klima- und Immissionsschutz wurden erhebliche Verbesserungen erzielt. Das Thema Schiffssicherheit auf der Ostsee ist für uns als Urlaubs- und Wirtschaftsregion von entscheidender Bedeutung. Hier streben wir im Verbund mit den anderen Ostseeanrainern und dem Bund kontinuierliche Verbesserungen an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als eines der ersten Länder haben wir unsere FFH-Gebiete bei der EU angemeldet mit dem Ergebnis, dass wir als erstes Bundesland Zahlungen aus den EU-Strukturmittelfonds erhalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Mit dem neuen Abfallwirtschaftsplan gehen wir neue Wege in der Müllentsorgung. Die Städte und Gemeinden können zukünftig selbst entscheiden, wo sie ihren Müll entsorgen.

(Lutz Brauer, CDU: Das stimmt.)

Und damit wird ein Wettbewerb der Technologien und Standorte ermöglicht, der zu einer Stabilisierung der Müllgebühren für die Bürgerinnen und Bürger führen soll.

Meine Damen und Herren, entscheidend für unsere Zukunft ist, dass wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates nicht einengen durch immer höhere Schulden. Hier sind wir in Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg. Durch einen konsequenten haushaltspolitischen Konsolidierungskurs fahren wir die Neuverschuldung kontinuierlich zurück. Insgesamt wollen wir die Nettokreditaufnahme in den vier Jahren von 1999 bis 2002 auf 2,7 Milliarden DM begrenzen. Das ist in vier Jahren gerade mal so viel, wie die ehemalige CDU/F.D.P.-Regierung 1994 in einem einzigen Jahr aufgenommen hat. Unseren klaren Konsolidierungskurs verbinden wir mit gezielten Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Im kommenden Jahr werden wir einen Zukunftsfonds schaffen, mit dem unser Land weiter vorangebracht werden soll.

Trotz aller Erfolge ist der Aufbau in unserem Land aber noch lange nicht abgeschlossen und deshalb setzt sich die Landesregierung für eine Fortführung des Aufbaus Ost und einen Solidarpakt II ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Da sollten Sie Herrn Mehdorn dazuholen.)

Gemeinsam mit der Mehrheit der anderen Länder setzen wir alles daran, dass bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleiches die unsolidarischen Angriffe der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zurückgewiesen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:

Herr Eichel hat die Klage eingebracht vorm Bundesverfassungsgericht. Herr Eichel war das.)

Meine Damen und Herren, zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern – das sind zehn Jahre Wandel und Heraus-

forderung. Und wir haben heute allen Grund, stolz zu sein auf das Erreichte und doch zugleich uns mit dem Erreichten nicht zufrieden zu geben. Heute überwiegt die Freude über die Einheit in Ost und West und das ist gut so, denn das macht stark für die Herausforderungen, die vor uns liegen. Unser Land Mecklenburg-Vorpommern hat gute Chancen für die Zukunft. Wir wollen sie nutzen und dabei gilt es, Tradition und Innovation, Altes und Neues miteinander zu verbinden. Wir wollen keinen Fortschritt um jeden Preis. Wir wollen eine Politik, die sowohl der Freiheit des Einzelnen, dem gesellschaftlichen Fortschritt, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem solidarischen Zusammenhalt gerecht wird. Wir werden nicht die am Rande des Weges zurücklassen, die nicht genug eigene Kraft haben, doch muss sich jeder auch seiner Eigenverantwortung bewusst sein.

Unsere Kinder lernen mit uns, sie lernen aber vor allem auch von uns. Nur wenn wir unsere Demokratie aktiv leben, wenn wir verantwortungsvoll und achtungsvoll miteinander umgehen, sind wir der heranwachsenden Generation ein gutes Vorbild.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nur miteinander und im gegenseitigen Respekt für unsere Kompetenzen, unsere Lebenserfahrungen und unsere unterschiedlichen Lebenswege können wir auch die Brücken von der Vergangenheit in die Zukunft bauen. Und das gilt nicht nur für das Miteinander in Mecklenburg-Vorpommern, das gilt auch für das Miteinander in Deutschland und in ganz Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, Optimismus ist die Schubkraft des Fortschritts. Mit unserer Grundeinstellung, unserem Pessimismus oder unserem Optimismus bestimmen wir selbst, welche Farbe unsere Zukunft annimmt. Nutzen wir also den Blick auf das bisher Erreichte, um mit Zuversicht nach vorne zu schauen! Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit Zukunft.

(Beifall bei SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 75 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern, was war das für eine Zeit? Welche Quantensprünge der Entwicklung auf allen Ebenen haben wir durchgemacht und gestaltet? Welche Erwartungen wurden erfüllt, welche aber auch enttäuscht? Waren es letztendlich zehn gute Jahre oder waren es zehn schlechte Jahre? Es waren zehn gute Jahre und es blüht so manches.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jeder von uns hat in den vergangenen Wochen erneut eine persönliche Bilanz der Entwicklung seit 1989 gezogen und hat sich sicherlich auch gefragt, was wäre, wenn die Mauer nicht gefallen wäre? Was wäre aus uns gewor-

den, was wäre aus der DDR geworden? Zumindest letztere Frage lässt sich aufgrund der Kenntnisse von heute sehr deutlich beantworten. Die DDR wäre so oder so untergegangen, weil sie schlichtweg pleite war.

(Harry Glawe, CDU: Richtig!)

Der Schürer-Bericht zur Lage der DDR-Wirtschaft aus dem Herbst 1989 und die aktuellen Gutachten zur Vorbereitung des Solidarpaktes II belegen dieses Urteil nachdrücklich.

Aber es geht nicht nur um diesen messbaren und belegbaren wirtschaftlichen Bankrott, es geht mir auch um den immateriellen Aspekt der mangelnden Lebensfähigkeit der DDR. Die Freiheit des Denkens wurde systematisch, zumindest in den öffentlichen Auseinandersetzungen, verwehrt, was zu einer Art der Deformation des Geistes im Leben der DDR führte, die allein zum Untergang führen musste. Deshalb ist die Lehre aus dem weltweiten Untergang sozialistischer Staaten nicht bestreitbar, meine Damen und Herren: Zur Freiheit, zur Demokratie, zum Rechtsstaat gibt es letztendlich keine Alternative.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die alten Länder hatten das Glück, nach 1945 von den Westmächten die Demokratie zu lernen. Die Menschen in den neuen Ländern haben sich diese Demokratie erkämpft – mit den Kerzen in den Händen und vor allen Dingen mit zitternden Knien, aber wohlwissend, dass es zu ihr keine Alternative gibt.

Es fällt gerade den Jüngeren heute manchmal schwer nachzuvollziehen, wie sich die Situation im Jahre 1989 darstellte. Jörn Mothes wies uns unlängst in einem Gespräch mit der „Schweriner Volkszeitung“ darauf hin, dass viele Jugendliche gar nicht mehr wissen, wie es damals zuging.

Meine Damen und Herren! Im Umgang mit dieser Entwicklung gilt es für uns auch zu beachten, dass Geschichte nicht teilbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Morde und Misshandlungen in Sachsenhausen und Buchenwald vor 1945 gehören ebenso dazu wie die dort in der darauf folgenden Zeit begangenen Verbrechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie selbstverständlich nehmen wir heute die Demokratie und die Freiheit, die 1989 erkämpft wurden? Meine Damen und Herren, mir ist dieser Tage ein Aufruf vom 1. November 1989 an die Landessynode der Evangelischen Landeskirche Greifswald in die Hände gefallen, den ich für so authentisch halte, dass ich die Kernforderungen gerne einmal vortragen möchte:

„Die Evangelische Kirchengemeinde St. Marin Loitz hat am 25. Oktober zu einem Friedensgebet eingeladen. Über die Grenzen der Kirchengemeinde hinweg waren über 1.500 Menschen gekommen. Alle einte der Wille, das gemeinsame Zimmer im Haus Europa wohnlich zu gestalten. Nicht Hass und Instabilität sollten unter uns um sich greifen, sondern Hoffnung, Hoffnung auf ein gleichberechtigtes Miteinander. Nur so wird hohe Produktivität und demokratische Erneuerung möglich. Gleiche Rechte und Pflichten bedeutet, dass keiner mehr verpflichtet ist oder größere Rechte und Privilegien hat. Die Versammlung wurde mit einem Gebet für alle Inhaftierten und Verletzten,

die Gutes wollten, sowie für alle, die unser Land verlassen haben, begonnen. Folgende Schwerpunkte und Blickrichtungen nach vorne wurden gemeinsam gefunden:

1. Reisen für alle
2. freier Zugang zu Zeitung, Rundfunk und Fernsehen
3. Veränderung des Wahlgesetzes
4. eine ideologiefreie Schule, die es möglich macht, dass Kinder nicht zwei Sprachen sprechen – eine daheim und eine in der Schule –, Erziehung zum Frieden, statt Wehrkunde, Einrichtung eines sozialen Wehrersatzdienstes
5. Wirtschaftsreformen, die gleichberechtigtes Nebeneinander aller Eigentumsformen ebenso möglich machen wie den freien Zugang zum Markt
6. Alle, die uns schon verlassen haben und es vorhaben, machen deutlich, wie wichtig es ist, dass Verkrustungen im gesellschaftlichen Überbau zugunsten der produktiven Basis der Gesellschaft abgebaut werden.
7. soziale Gerechtigkeit in der Lohn- und Rentenpolitik sowie gleichberechtigter Zugang zu allen Konsumgütern
8. Rechtssicherheit und eine überparteiliche Justiz
9. Nur die gewählten Vertreter verfügen während der Wahlperiode über die vorgesehene Macht.
10. Hinführung zu einem ökologischen Denken und Handeln aller“

Meine Damen und Herren, 25. Oktober 1989!

Wir sehen an diesen Forderungen und Thesenpapieren, dass hier nicht irgendwie abgehobene Weltverbesserer standen, sondern Menschen, die mitten im Leben standen, die etwas vom Leben verstanden. Es ging um freie Wahlen, um Demokratie und Freiheit, um Chancengerechtigkeit und Pressefreiheit, um Schule, die bildet und nicht indoktriniert, um Frieden, um Menschenrechte, um die Achtung der Opfer und – das ist für uns heute besonders wichtig – um das Leben im gemeinsamen europäischen Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber es ging nicht nur um politische Rechte, es ging auch um die wirtschaftliche Lage. Es ist nicht nötig, statistisch die Millionen, ja, die Milliarden zu erfassen, die in den vergangenen zehn Jahren in den neuen Ländern investiert wurden. Es ist vielmehr mit den Händen zu greifen, welche Entwicklung mit diesem Geld in Gang gesetzt wurde, ob es die Straßen sind, die Wohnungen, die Hochschulen und die Kindergärten, die Schulen, Krankenhäuser und Seniorenheime, die Theater, Kinosäle, Einkaufszentren oder Marktplätze. An jeder Stelle ist zu begreifen, dass niemand sich nach den Verhältnissen der DDR zurücksehnt, weil es uns heute einfach besser geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es überrascht mich deshalb nicht, dass sich 86 Prozent aller Mecklenburger und Vorpommern trotz der noch bestehenden Defizite über die Deutsche Einheit freuen. Es bleibt unsere Aufgabe, die restlichen 14 Prozent auch noch zu überzeugen.

Dabei bin ich besonders froh darüber, dass diese mehrheitlich positive Einstellung zur Einheit unseres

Vaterlandes von den Menschen im Osten wie im Westen getragen wird, denn letztendlich ist die Deutsche Einheit ein gemeinsames Projekt. Die Mauer, meine Damen und Herren, wurde von Ost nach West gestürzt, die Trümmer aber haben wir dann gemeinsam weggeräumt. Die Werkzeuge hierfür waren und sind der Aufbauwille der Menschen im Osten und die Solidarität der Menschen im Westen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Angesichts dieses im wahrsten Sinne des Wortes gesamtdeutschen Projektes halte ich es für überflüssig, die Anteile der Beteiligten an dem historischen Prozess heute neu zu verteilen. In jedem Geschichtsbuch ist nachzulesen, wer wann und an welcher Stelle die Hand zur Abstimmung gehoben und wer wann sich negativ zur Deutschen Einheit geäußert hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr.)

Ich freue mich, dass Skeptiker von damals heute überzeugte Verfechter der Einheit sind, achte jedoch die besonders hoch, die damals die Kraft hatten, den Weg zur Einheit trotz oder wegen der Skeptiker politisch zu bahnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich nenne heute ausdrücklich Lothar de Maizière, Günther Krause und Richard Schröder als aktive Politiker des Neuanfangs, die urplötzlich in die Rolle der politischen Führung geradezu gespült wurden und die Einheit aus der ersten frei gewählten Volkskammer heraus organisierten. Ich nenne Willy Brandt und Walter Scheel, deren Ostpolitik eine wichtige Grundlage deutsch-deutscher Kontakte war. Die Willy-Willy-Rufe aus Erfurt sind mir bis heute eine deutliche Erinnerung. Ich meine jedoch mit dem Bundespräsidenten Johannes Rau, dass es vollkommen unangemessen wäre, die historische Leistung Helmut Kohls zur Erlangung der Einheit herunterzustufen. Was immer heute passiert, Helmut Kohl ist und bleibt der Kanzler der Einheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Angelika Gramkow, PDS)

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die Öffnung des Brandenburger Tors als rein deutsche Angelegenheit zu definieren, denn die innerdeutsche Grenze war der eiserne Vorhang zwischen den politischen Blöcken, der ebenfalls von Ost nach West fiel. Ohne die Solidarnosc in Polen und die Liberalität der Ungarn wäre die Mauer in Berlin nicht gefallen. Und ohne die Einsicht Gorbatschows, dass die Forderung der Menschen in der Sowjetunion nach Glasnost und Perestroika erfüllt werden muss, säßen wir heute nicht hier.

Wenn wir allerdings den Menschen, die im Jahr 1989 mit Kerzen in den Händen zu Friedensgebeten zusammengekommen waren, um das System zu stürzen, heute sagen müssen, dass kaum neun Jahre später die Nachfolgepartei der damals bekämpften SED in Mecklenburg-Vorpommern mitregiert, dann hätten dies die meisten nicht für möglich gehalten. Viele wären enttäuscht und hätten vielleicht nicht mehr weitergekämpft. Auch deshalb, das lassen Sie mich an dieser Stelle betonen, ist die Aufarbeitung heute noch nicht abgeschlossen. Die soeben eingetretene Verjährung vieler Taten darf nicht zu deren Vergessen führen. Eine Politik des „Schwamm drüber“ darf und wird es nicht geben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Organisation der Einheit war vor allem für uns im Osten jedoch nur der erste Schritt in eine zunächst ungewohnte Zukunft. Die nächsten Schritte wurden dann schnell zu einem Lauf, der so rasant wurde, dass es aus der Rückschau fast unvorstellbar ist, was die Menschen im Osten im wiedergegründeten Mecklenburg-Vorpommern geleistet haben.

Es galt, Demokratie und soziale Marktwirtschaft gleichzeitig zu lernen und zu gestalten, wobei sich die Rahmenbedingungen schnell veränderten, wenn ich nur an die fest eingeplanten, dann jedoch wegbrechenden Absatzmärkte in Osteuropa denke. Wir haben den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten zehn Jahren vieles abverlangt. Der Umbruch war notwendig, war dramatisch. Und dieser Umbruch, darauf sind meine Freunde und ich trotz mancher Fehler stolz, trägt wesentlich auch in Mecklenburg-Vorpommern die Handschrift der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Mecklenburger und Vorpommern bauten ein demokratisches Gemeinwesen auf, das auf Gewaltenteilung ausgerichtet war, um die Rechte des Einzelnen für die Zukunft zu sichern. Wir schafften eine Verwaltung, die die Aufgabe bekam, den Bürger nicht als Bittsteller zu betrachten, sondern sich selbst als Dienstleister. Wir verabredeten eine kommunale Struktur, die das Engagement der Menschen für ihre unmittelbare Lebensumwelt annimmt und fordert, wie es das Subsidiaritätsprinzip vorsieht. Das System wuchs von unten nach oben: Den Gemeinden folgten die Ämter- und die Kreisgebietsreform, die trotz mancher Wunden nicht vor Gericht entschieden wurde, sondern politisch.

Wir konnten der Wahrheit nicht ausweichen. Insbesondere die Lage auf dem Arbeitsmarkt veränderte sich abrupt, das theoretische Phänomen der Arbeitslosigkeit wurde für zu viele zu harter Realität, weil die Strukturen der DDR-Wirtschaft von der Landwirtschaft bis zu den Werften einfach nicht wettbewerbsfähig waren. Der wirtschaftliche Neuanfang konnte zwar geschafft werden, aber es ging nicht schnell genug, um den Arbeitsplatzabbau anderenorts zu kompensieren.

Meine Damen und Herren! Es war zunächst notwendig, die Infrastruktur zu modernisieren, damit ein wirtschaftlicher Aufschwung langfristig unabhängig von staatlichen Subventionen vor allem durch private Investitionen erfolgen kann. Deshalb wurden die Ärmel aufgekrempt und es wurde schnell gearbeitet. Vergessen wir nicht, dass eine Maßnahme wie der Bau der A 20 in der alten Bundesrepublik in dieser kurzen Zeit nicht möglich gewesen wäre. Erst das Investitionsmaßnahmegesetz und beschleunigtes Planungsrecht machten diese Lebensader des Landes möglich.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Wahrheit gehört Folgendes: Wenn die A 20 nicht bis 1994 in der Grundsatzentscheidung gesichert worden wäre, dann frage ich mich: Wäre sie dann danach noch zu realisieren gewesen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Die PDS wollte sie
nicht. – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig!)

In diesem Landtag sitzt eine Partei wie die PDS, die sich 1994 und danach gegen die A 20 ausgesprochen hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genauso ist es.)

Und, Herr Ministerpräsident Ringstorff, natürlich werden heute mehr Mittel bereitgestellt, müssen mehr Mittel bereitgestellt werden,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

aber diese Autobahn ist in Rekordzeit für Deutschland geplant und genehmigt worden. Und das ist ein Verdienst insbesondere der Bundesregierung unter Helmut Kohl und der Regierung Berndt Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Bei diesen Tatsachen müssen und bei diesen Tatsachen wollen wir bleiben!

Und, meine Damen und Herren, die A 20 ist zum Glück unumkehrbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie ist nicht so unumkehrbar, Herr Ministerpräsident, wie die Schienenverbindung. Sagen Sie den Menschen in diesem Land die Wahrheit! Weder Rostock-Berlin ist gesichert und über die Fernverbindungen zwischen Berlin-Stralsund und Berlin-Schwerin reden Sie ja gar nicht mehr, die vom Bund gestrichen werden sollen. Wie wollen Sie dieses Land entwickeln ohne Fernverbindungen für die Schiene, ohne eine Anbindung für die Häfen an der Ostsee? Dann können Sie dieses Land nicht entwickeln! Setzen Sie sich endlich gegenüber dem Bundeskanzler dafür ein, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht vom Fernnetz der Deutschen Bundesbahn abgeschnitten wird!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir schafften es im zweiten Anlauf, die Werftenstandorte im Küstenland Mecklenburg-Vorpommern zu retten, obwohl es viele Schwierigkeiten zu überwinden galt. Die widersinnigen Obergrenzen für die modernsten Werften Europas belegen bis heute, wie hart der Kampf damals war.

Wir entwickelten das Agrarland Mecklenburg-Vorpommern zum Lebensmittelland Mecklenburg-Vorpommern fort und müssen heute unsere Unternehmen unterstützen, gelistete Absatzmärkte zu erobern. Wir wichen dabei nicht der Debatte um die Bodenreform aus, sondern führten sie offensiv. An dieser Stelle wird bis heute die Debatte um das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit wohl besonders emotional geführt. Dabei ist eines sicher richtig: Früheres Unrecht konnten und wollten wir durch neues Unrecht nicht ungeschehen machen.

Wir schafften es, den Tourismus im ganzen Land zu einem Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung mit besonderer Perspektive auszubauen, ohne dabei der wichtigsten Erfolgsgrundlage – unserer intakten Umwelt – zu schaden. Im Gegenteil, die Luft, das Wasser, der Boden sind heute reiner als zuvor. Wenn sich heute der Ministerpräsident – sicher berechtigterweise – hinstellt und die Tourismuszahlen lobt, dann sage ich, Herr Ministerpräsident, die sind aus zwei Gründen entstanden, und zwar erstens, weil wir die letzten Jahre Glück mit dem Wetter gehabt haben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber in diesem Jahr gab es nun wirklich schlechtes Wetter.)

und zweitens, weil insbesondere Jürgen Seidel eine gute Politik zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur gemacht und Betten gefördert hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir würden heute nicht in solch kurzer Zeit so viele Urlauber im Land begrüßen können,

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Für Sonnenschein ist die CDU zuständig.)

wenn wir nicht im Hinterland diese Kapazität im Beherbergungsgewerbe hätten. Und ich sage Ihnen eines voraus: Wenn Sie weiter Ihre restriktive Politik in diesem Bereich fortführen, werden Sie in Zukunft nicht mehr diese Zuwachsraten haben, so, wie wir sie heute zu verzeichnen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD –
Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, ja, hätt' der Jürgen nicht, ... –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Meine Damen und Herren, wir etablierten ein Bildungssystem, um unseren Kindern die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Zukunft im globalen Wettbewerb zu meistern. Wir schufen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu unseren Nachbarn, die es uns ermöglicht, die Rolle des Landes Mecklenburg-Vorpommern als Drehscheibe der Ostsee anzustreben und den Staaten Mittel- und Osteuropas als Tor in die Europäische Union zu dienen.

Meine Damen und Herren! In den vergangenen zwei Jahren ist Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der Politik der rot-roten Landesregierung nicht vorangekommen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach!)

hat teilweise sogar Rückschritte hinnehmen müssen. Mecklenburg-Vorpommern – und das sind die Tatsachen – ist hinsichtlich der Wachstumsrate in den neuen Ländern 1999 hinter Brandenburg auf den vorletzten Platz zurückgefallen und hält mit dem ebenfalls rot-rot-regierten Sachsen-Anhalt die rote Laterne kräftig und fest in der Hand.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das hatten wir aber vorher auch!)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, der wichtigste Maßstab dieser Landesregierung war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Tatsachen sind folgende: Heute, nach zwei Jahren Rot-Rot, sind 7.600 Menschen mehr arbeitslos als im Oktober 1998. Wir haben 34.300 Menschen weniger in Beschäftigung als im Oktober 1998.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Und dramatisch ist die Tatsache, dass heute 4.100 Jugendliche unter 25 Jahren mehr arbeitslos sind als vor zwei Jahren.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja! –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Herr Ministerpräsident, das sind die Ergebnisse Ihrer rot-roten Landesregierung und darüber kann Ihre Zahlentrickserei und Schönrederei nicht hinwegtäuschen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Versprochen haben Sie mehr Gerechtigkeit, besonders im Osten. Tatsache ist, dass in Mecklenburg-Vorpommern das Landeserziehungsgeld abgeschafft wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Tatsache ist, dass das Landesblindengeld eingefroren wurde.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Tatsache ist, dass die Rentner in den Seniorenheimen Ihre Investitionen mittragen müssen. Tatsache ist, dass Sie nichts gegen die sozial unerträgliche Ökosteuer,

(Dr. Berndt Seite, CDU: So ist es.)

insbesondere für Rentner und Sozialschwache im ländlichen Raum, unternommen haben. Tatsache ist, dass Sie nichts gegen die Steuerreform unternommen haben, die Mecklenburg-Vorpommern in hohem Maße benachteiligt als Flächenland.

Sie haben Versöhnung versprochen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Mit der CDU wäre es noch schlechter geworden.
Das ist auch Tatsache. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Ich habe, Herr Dr. Schoenenburg, mit Freude der Rede des Ministerpräsidenten zugehört.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch die Verantwortung bei Herrn Mehdorn abgegeben.)

Ich kann konstatieren, er schreibt sich Ergebnisse auf seine Fahne, zu denen er nichts, aber auch gar nichts beigetragen hat!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es!)

Unter diesem Ministerpräsidenten ist nicht eine entscheidende Investition nach Mecklenburg-Vorpommern geholt worden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es!)

Wenn Sie von Wendelstein in Greifswald reden, wenn Sie von Lubmin reden, wenn Sie vom Hafffeld reden, wenn Sie von Göhren-Lebbin reden, alles dieses sind Arbeiten von CDU-geführten Landesregierungen bis 1998.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie werden an Ihren Leistungen gemessen, nicht an den Ergebnissen bis 1998, die Sie sich heute auf die Fahne schreiben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Bei Einweihungen ist er immer dabei.)

Versöhnung war ein weiteres Projekt dieser Landesregierung. Meine Damen und Herren, individuelle Versöhnung von Tätern und Opfern, dieser höchst persönliche Akt kam nicht voran. Oder wo war die Hilfe für diejenigen, deren Angehörige an der Mauer starben, für diejenigen, die in Bautzen misshandelt wurden, für diejenigen, die wegen ihrer Auffassung Berufsverbote bekamen? Herr Dr. Ringstorff, Herr Ministerpräsident, wo ist Ihr morali-

scher und politischer Einsatz für diese Menschen? Es reicht nicht, sich mit der PDS zu versöhnen, zu meinen, dass die PDS ausgegrenzt war. Die PDS wurde nie ausgegrenzt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das war Ihnen nicht gelungen. Das stimmt. – Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)

sie sitzt seit 1990 hier im Landtag. Versöhnung werden Sie nur dann erreichen, wenn Sie auch wirklich auf alle Gruppen zugehen und nicht dieses Thema so einseitig behandeln, so einseitig, wie Sie es in den letzten zwei Jahren behandelt haben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ihre Brille hat auch nur ein Glas, Herr Rehberg!)

Ich konstatiere weiter: Herr Ministerpräsident, Sie brauchen der CDU keine Vorhaltungen zu machen, was die Ansiedlung von Technologien und Investitionsprojekten in diesem Land betrifft. Fragen Sie sich selber, was Sie beim Transrapid geleistet haben!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Trari, trara!)

Aus rein machttaktischen Erwägungen haben Sie ein Technologie-, Verkehrs- und Innovationsprojekt für dieses Land ausgeschlagen, haben es massiv bekämpft und sich nicht dafür eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Die Zukunft des Landes verspielt hat er.)

Sie haben leichtfertig die Chance vertan, bei der Airbusansiedlung kräftig alleine für Mecklenburg-Vorpommern zu werben. Ihre vermeintliche Kooperation mit Hamburg hat sich letztendlich als größter Flop in der Investitionsgeschichte der letzten zehn Jahre erwiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Es kommt jetzt darauf an, dass wir nach dem strukturellen Neuaufbau des Landes nunmehr einen Modernisierungsschub einleiten. Das Motto der Zukunft muss lauten: Probleme meistern, stärken, ausbauen und dabei den Mut der Erfahrungen aus zwei Systemen einsetzen!

Es ist richtig, wir müssen die Verwaltung modernisieren, sie muss effizienter sein. Deshalb ist es falsch, Herr Ministerpräsident, den Apparat weiter aufzublähen, wie Sie es mit Ihrem neunten Ministerium nun wieder getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Es ist richtig, wir müssen unsere Unternehmensstrukturen verbessern. Deutschland ist das Land des Mittelstandes. Die bestehenden Unternehmen machen noch zu wenig Umsatz und die Eigenkapitalausstattung ist vielfach zu gering. Deshalb ist es falsch, Herr Wirtschaftsminister, Existenzgründerhilfen und Markteinführungsprogramme in den Keller zu fahren.

Es ist richtig, wir müssen eine stetig hohe Investitionsquote erhalten, denn noch liegt der infrastrukturelle Nachholbedarf in Ostdeutschland bei 300 Milliarden DM. Deshalb ist es falsch, Frau Finanzministerin, am falschen

Ende zu sparen und die Investitionssumme in den letzten drei Jahren um 550 Millionen DM zu kürzen.

Es ist richtig, wir müssen Bildung endlich weniger als Kostenbelastung betrachten, sondern vielmehr als Zukunftsinvestition.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern ebenso um Leistung. Und Leistung bedeutet auch die Wiedereinführung des zwölfjährigen Abiturs. Und, Herr Ministerpräsident, Sie sind wenig glaubwürdig. Sie haben 1996 mit dafür gesorgt, dass nicht wie in Thüringen und Sachsen bei uns das zwölfjährige Abitur weitergeführt werden konnte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es!)

Schon damals sind die Chancen da gewesen. Stellen Sie sich bitte heute nicht hin und sagen, wir wollen das zwölfjährige Abitur wieder einführen! Welche Verunsicherung schaffen Sie denn überhaupt an den Schulen? Wenn Sie 1996 Ihre bildungspolitische Ideologie beiseite gepackt hätten, pragmatisch gehandelt hätten, wäre Mecklenburg-Vorpommern heute gemeinsam mit Thüringen und Sachsen ein Vorreiter in der Bildungspolitik für Deutschland!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: War das nicht die Regierung Seite? Die CDU hatte wohl zu dem Zeitpunkt nichts zu sagen?)

Deshalb ist es falsch, Herr Bildungsminister, angesichts des Nachwuchsmangels bei den Lehrern die Schultern zu zucken, den Stundenausfall schön zu rechnen und die Baumaßnahmen in den Schulen den Kommunen zu überlassen.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Es ist richtig, die demographische Entwicklung wird das gravierende Problem der Zukunft sein. Deshalb ist es falsch, diese Entwicklung zu ignorieren. Ich weiß, dass wir uns bei dieser Aufgabe hart an der Quadratur des Kreises bewegen. Wir können uns leider noch nicht in jedem Fall leisten, die gleichen Löhne und Gehälter wie im Westen zu zahlen. Deshalb entscheiden sich heute leider viele unserer gut ausgebildeten jungen Leute, in den Westen oder ins Ausland zu gehen.

Aber es ist grundsätzlich falsch, Herr Bauminister, die Eigenheimförderung für junge Familien zu kürzen. Ich bleibe dabei, wer in Mecklenburg-Vorpommern sein Häuschen hat, überlegt sich zweimal, ob er das Land verlässt. Ich sage Ihnen eines: Wer eine Plattenbauwohnung kauft, der kauft sie nicht, um sie seinen Kindern zu überlassen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wer in jungen Jahren ja zum Kind sagt, bedarf einer besonderen Förderung. Deshalb war es ein verheerendes Signal, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen mit der Begründung, Leistungsgesetze gehören auf den Prüfstand. Auf den Prüfstand gehört vielmehr der, der so kurzfristig denkt und handelt, nämlich Sie, meine Damen und Herren von der SPD und PDS!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie Ihre Argumentation von damals noch ernst nehmen, dann lassen Sie das Bildungsfreistellungs-

gesetz, denn das ist nämlich auch ein Leistungsgesetz, in der Schublade liegen und bringen es gar nicht erst in den Landtag ein!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Sehr richtig! –
Angelika Gramkow, PDS: Das werden wir
nicht tun. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Also Sie haben doch was gegen
Bildung, habe ich den Eindruck.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen deshalb die Kraft finden, nochmals in staatliche Verwaltungsstrukturen einzugreifen. Wir brauchen erstens nicht mehr als sieben Ministerien und müssen insbesondere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in eine Hand geben, damit Förderpolitik aus einem Guss entsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch hinsichtlich der Bündelung von Planungs- und Genehmigungsverfahren waren wir mit dem BLUM der letzten Legislaturperiode bereits wesentlich weiter als mit dem Kunstprodukt „Arbeit und Bau“ sowie der Trennung von Landwirtschaft und Umwelt.

Zweitens müssen alle Landesämter hinsichtlich ihrer Effektivität auf den Prüfstand. Externe Experten müssen die Verwaltung nach bürokratischen Wasserköpfen hinterfragen. Diese Verwaltungsreform muss umfassend sein, bei den obersten Landesbehörden beginnen und bis in den kommunalen Bereich greifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Drittens muss die gesamte Verwaltung auf die vorzunehmende Prioritätensetzung ausgerichtet werden, denn nur so können Erfolge erreicht werden. Die staatliche Verwaltung muss häufiger einmal den Blick auf erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen werfen.

Viertens bleibt ein solcher Modernisierungskurs natürlich weitestgehend nutzlos, wenn er nicht bekannt wird. Deshalb muss der Weg begleitet werden durch ein nachhaltiges und konsequentes Marketing.

Fünftens, dieses Land braucht eine Landesregierung mit kompetenter Führung, mit dem Willen zum politischen Handeln, nicht zur politischen Friedhofsruhe, mit dem Willen zu gestalten und sich für dieses Land einzusetzen. Diese Regierung führt nicht, sie handelt nicht, sie verwaltet nur und deshalb ist die entscheidende Perspektive für dieses Land ein Regierungswechsel im Jahre 2002. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

(Beifall und Heiterkeit bei
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, sehr gut!)

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wann immer ich mit Freunden, Kollegen, Bekannten über zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern gesprochen habe, haben wir uns gestritten. Ja, zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern werden unterschiedlich gewertet, so viele Male unterschiedlich wie die Zahl der Menschen, die in diesem Land leben. Das sind immerhin mehr als 1,7 Millionen. Niemand kann den Anspruch erhe-

ben, ein vollständiges Bild zu zeichnen, schon gar nicht in 20 Minuten. Und so will ich versuchen, mich auf zehn mögliche Sichten auf zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern zu beschränken.

(Heiterkeit bei
Dr. Christian Beckmann, CDU: 10 Gebote.)

Erste Sicht

Es waren auch Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in Rostock, Schwerin, Stralsund, Pasewalk und anderswo, die im Herbst 1989 für grundlegende politische und ökonomische Veränderungen in der DDR auf die Straße gegangen sind. Ihnen allen sei hier ausdrücklich gedankt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich schäme mich heute dafür, noch am 29. Oktober 1989 an der Demonstration gegen das Neue Forum auf dem Schweriner Alten Garten freiwillig teilgenommen zu haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch wenn es damals noch um eine bessere DDR ging, so ist seit langem klar, es gab zur Deutschen Einheit keine Alternative.

(Beifall Lutz Brauer, CDU)

Alternativen hätte es zu dem Weg gegeben, Alternativen muss es zur weiteren Gestaltung in Mecklenburg-Vorpommern geben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Heute dürfen wir uns in der Betrachtung der vergangenen Zeit und beim Ausblick keine Einseitigkeiten leisten.

Materiell geht es vielen von uns viel besser – das Auto, das Haus, Konsum mehr als wir brauchen, demokratische Teilhabe, bürgerliche Freiheiten. Wir übersehen nicht die Entwicklung in der Infrastruktur, im Wohnungsbau, bei der Städtebausanierung und im Umweltschutz. Aber: Das Versprechen einer schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse wurde gebrochen, weil es von Anfang an unrealistisch war. Biographien waren plötzlich wertlos, unterschiedliche Lebenserfahrungen gemeinsam zu verarbeiten chancenlos. Rückgabe vor Entschädigung, Bestrafung durch Rentenpolitik, Nichtanerkennung von Berufsabschlüssen, juristische Ungleichbehandlungen von Ostdeutschen waren und sind zum Teil heute noch vorhanden. Die DDR-Bürokratie wurde um ein Vielfaches übertroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehr wahr!)

In vielen Gesetzen strichen wir schließlich „Schleswig-Holstein“ einfach durch und ersetzten es durch „Mecklenburg-Vorpommern“ – ohne die Chance gehabt zu haben zu prüfen, ob es etwas Besseres gäbe. Wir verfassten unser Land und bestimmten die Rechte und Pflichten. Die sozialen Rechte auf Arbeit und Wohnung bestimmten wir nicht.

Wenn wir heute über funktionierende Strukturen und Verwaltungen nachdenken, wenn wir sie haben, gilt der Dank all denjenigen, die dazu beigetragen haben: den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, den unzähligen Verbänden und Vereinen, Mitgliedern in den Gewerkschaften,

den Männern und Frauen aus der ersten Stunde, auch denen aus der alten Bundesrepublik, über alle Parteibücher hinweg.

(Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zweite Sicht

Ich bin Jahrgang 1958. Kindergartenplätze gab es nicht genügend und Mutti blieb zu Hause, als meine Schwester zur Welt kam. Ich bin zehn Jahre zur Schule gegangen, entschloss mich für die Lehre als Baufacharbeiterin mit Abitur, studierte und arbeitete als Fachschullehrerin. Wir hatten für unsere beiden Kinder Krippen-, Kindergarten- und später Hortplätze. Wir haben das Babyjahr genommen.

(Norbert Baunach, SPD: Ach ja?! Beide?)

Ach ja – wir haben zwei Wunschkinder, aber wir hätten auch anders entscheiden können. Die DDR kannte seit 1971 den Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, Volker Schlotmann, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Ja, es gab ideologische Zugangsbeschränkungen, wenn ich an meine Freundin denke, die Christin ist und deshalb nicht zur erweiterten Oberschule durfte. Ja, nicht alle Führungspositionen konnten Frauen besetzen. Es gab auch damals schon Vorzeigebumentöpfe.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, ökonomisch konnte sich die DDR das alles nicht leisten. Warum kann es die reiche Bundesrepublik auch nicht?

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

Der gleichberechtigte Zugang von Mädchen und Frauen auf den Ausbildungs- und Arbeitsplatzmarkt, kostengünstige Kinderbetreuung, Chancengleichheit in Qualifizierung, in den sozialen Sicherungssystemen sowie im Ehe- und Scheidungsrecht stehen auf der Tagesordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Mutti wollte, dass es ihrer Tochter besser geht. Ich will dieses auch für meine.

Dritte Sicht

Ich gehöre einer Partei an, deren Vorgängerin Verantwortung getragen hat. Eine Politik „Schwamm drüber“ hat sie nicht betrieben. Wir haben uns dazu bekannt – zu Fehlern, zu Unrecht, zum Bruch mit dem Stalinismus sowie zur Wiedergutmachung und Rehabilitierung der Opfer. Wir haben uns bekannt zu einer DDR, wie sie war, zu einem Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu bauen, die nicht zuletzt an den eigenen Fehlern, an verfehlter Ökonomie, verkrusteten Strukturen und fehlender Demokratie zugrunde gegangen ist.

(Harry Glawe, CDU: Späte Erkenntnis, ne?!)

Was schrie mir ein vielleicht 19-Jähriger bei der Demonstration der Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter 1992 vor der Staatskanzlei entgegen: „Die rote Hure müsste man aufhängen! Sie hat uns 40 Jahre lang unterdrückt.“ Ich war damals 34 Jahre alt. Zehn lange Jahre

haben wir in Dörfern, in Städten, in Kreisen hart gearbeitet, auf der Straße, in Vereinen, in Verbänden, beim Ausfüllen von Formularen geholfen und in der knallharten achtjährigen Oppositionsarbeit machbare Alternativen aufgezeigt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na!)

Ich danke an diesem Tag all denjenigen, Ihnen nicht, Herr Riemann,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

die für uns, mit uns dieses geleistet haben:

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, Wählerinnen und Wähler der PDS.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Es gab 1998 keine vernünftige Alternative zu einem Regierungsbündnis mit der SPD. Es geht in diesem darum, Optionen für eine neue Politik zu ermöglichen und sie mehrheitsfähig zu gestalten – nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Heike Polzin, SPD)

Vierte Sicht

Wir haben Milliarden D-Mark an Investitionen zu feiern. Sie sind eine riesige Kraftanstrengung in Ost und West – inklusive Solidaritätszuschlag, Sonderabschreibungen und Solidarpakt. Trotzdem ist auch in Mecklenburg-Vorpommern die Wirtschaft fast zur Außenstellenökonomie geworden. Marktberreinigung und Konkurrenzeseitigung war das Motto. Für 1 DM verkauft, mit Millionen an Investitionen subventioniert, heute verschwunden oder geschrumpft. Leuchtturmförderung war angesagt – BESTWOOD oder die Elbwerft oder Nordbräu. Wir haben heute die modernsten Werften der Welt. Das kostete das Land 340 Millionen DM zusätzlich, weil im Bremer Vulkan circa 850 Millionen DM strandeten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und dem Kanzler Geschenke gemacht wurden.)

Die Werften sind heute die einzigen industriellen Kerne in Mecklenburg-Vorpommern.

Das Rückgrat unserer Wirtschaft sind Kleinbetriebe. Viele Frauen und Männer haben sich in das Abenteuer der Firmengründungen begeben, hohe Schulden auf sich genommen und tagaus und tagein ein Höchstmaß an Selbstausbeutung vollzogen. Sie alle zusammen haben zehntausende neue Arbeitsplätze geschaffen. Von 1990 bis 1999 sind 174.388 Unternehmungen neu gegründet worden, 81.197 haben wieder aufgegeben. Das sind 47,3 Prozent. Die Masse der Unternehmensgründungen erfolgte im Handel, bei Dienstleistungen und Gastronomie, was für ein Tourismusland unabdingbar ist.

Natürlich gibt es in unserem Land wirtschaftliche Entwicklung. BioCon Valley, Technologieförderung, Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind solche Signale. Aber in den letzten Jahren haben Insolvenzen dramatisch zugenommen. Eigenkapitalschwäche, erschwelter Zugang zu Wagniskapital, Außenstände wegen ungenügender Zahlungsmoral sind doch die Achillesfersen in

Handwerk und Gewerbebetrieben. Hier sind die notwendigen Rahmenbedingungen durch uns auszubauen. Wirtschaft sichert und schafft dann Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Fünfte Sicht

Die tiefsten Einschnitte im Leben der Bürgerinnen und Bürger sind auch in Mecklenburg-Vorpommern die Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit. Nicht nur, dass durch den Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige viele schnell der Illusion beraubt wurden, dass sie und ihre Qualifikation für den Aufbau des Landes gebraucht werden, nein, nur jeder Fünfte behielt einen Arbeitsplatz. Besonders betroffen waren Frauen. Übergangsregelungen wie Altersübergangsgeld halfen besonders den über 55-Jährigen, sozialverträglich aus den Arbeitsprozessen auszuscheiden. Das betraf 287.000 Frauen und Männer unseres Landes. Andere haben in den letzten zehn Jahren eine so genannte ABM- beziehungsweise Fortbildungs- und Umschulungskarriere hinter sich gebracht, ohne sich jemals Hoffnung auf einen festen Arbeitsplatz machen zu können. Begleitet wurde dieser Prozess von einer entwürdigenden Missbrauchsdebatte, was, so hoffte ich, hinter uns liegt und gerade in Mecklenburg-Vorpommern nicht wieder beginnen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber Menschen haben nicht aufgegeben. 61.000 fanden in den alten Bundesländern eine Arbeit, sie pendeln täglich. Aber viele haben auch unser Land verlassen.

Investitionen hatten immer zwei Seiten: Zum einen wurden moderne Arbeitsplätze geschaffen, zum anderen wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Allein in der Landwirtschaft waren es 195.000. Die konsequente Bindung von Investitionen an die Schaffung von Arbeitsplätzen ist ein notwendiger Schritt. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass für viele der so genannte zweite Arbeitsmarkt oder gar das Sozialamt die einzige Alternative ist. Öffentlich geförderte Arbeit ist unabhkömmlich.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Rudolf Borchert, SPD)

Kultur und Kunst, Jugend und soziale Strukturen werden oft genau mit diesen Mitteln aufgebaut und erhalten. Dies zu erkennen, zu akzeptieren und dann auch auszufinanzieren, ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Klar ist eins: Persönliche bürgerliche Freiheiten sind nur noch die Hälfte wert, wenn sie nicht durch Arbeit und Rente sozial gesichert sind. Was nützt die Reisefreiheit, wenn ich sie mir nicht leisten kann? Was nützt ein großes Kultur- und Kunstangebot, wenn es das Portemonnaie nicht hergibt?

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Sechste Sicht

Es gibt zwei Begriffe, die Menschen eines gemeinsamen Landes in zwei unterschiedliche Kategorien einteilen: den Wessi und den Ossi. Es war von großer Bedeutung, ob man in die Kaufhalle oder in den Supermarkt ging. Es war von großer Bedeutung, ob man am Imbiss-Stand einen Broiler oder ein Hähnchen bestellte,

(Kerstin Kassner, PDS: Schmeckt beides genauso fad. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

noch dazu, ob es dann auf einem Plaste- oder auf einem Kunststoffteller angeboten wurde.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Plastik.)

Einem war das völlig egal – dem Hahn. Der wurde so und so gegessen.

(Heiterkeit bei Kerstin Kassner, PDS,
und Heike Lorenz, PDS)

Nach zehn Jahren können wir schon schmunzeln. Ossi- und Wessiwitze haben Konjunktur. Das ist ein gutes Zeichen, denn Witze haben, wie wir aus DDR-Zeiten wissen, eine entkrampfende Wirkung. Sie zeigen, dass vieles nicht so ernst genommen werden muss, wie wir es oft meinen. Ich glaube, wenn unsere Kinder uns fragen, was ist eigentlich ein Ossi und ein Wessi, dann sind wir der inneren Einheit ein gutes Stück näher gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die siebente Sicht

Was hat sich seit 1990 in Vorpommern getan? Der Tourismus boomt auf den Inseln.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

Er bringt dort Aufschwung, der sichtbar wird in den Kur- und Badeorten an der Küste. Die Hansestädte Greifswald und Stralsund mit ihrem Wissenschafts- und Wirtschaftspotential sind die Leuchttürme, die aus dem Umland hervorragen, aber noch nicht genügend ausstrahlen. Die künftige Entwicklung von Lubmin ist noch umstritten. Sie kann Hoffnung vermitteln, wenn es gelingt, die widerstreitenden Interessen – hier Erhalt und Entwicklung des Seebades, dort Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen – unter einen Hut zu bringen.

Das Hauptproblem ist die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit trotz erhöhter Landesförderung. Besonders betroffen sind die ländlichen Räume und damit vor allem die Kreise Demmin und Uecker-Randow. Das korrespondiert mit dem Abwandern besonders der jüngeren und qualifizierten Bevölkerung. Den Uecker-Randow-Kreis haben seit 1990 rund 12.000 Einwohnerinnen und Einwohner verlassen. Diesen Prozess konnten wir nicht stoppen. Mit anderen Worten: Die rot-rote Regierungskoalition hat vieles in der Region angeschoben, für eine Trendwende insbesondere zur Senkung der Arbeitslosigkeit muss aber weiter geackert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Achte Sicht

In zehn Jahren Deutscher Einheit sind alle Mauern leider noch nicht verschwunden. Es ist eine Tatsache: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Angestellte und Beamte in Ost und West werden trotz gleicher Arbeit bei gleicher Qualifizierung unterschiedlich bezahlt. Das ist unakzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Rudolf Borchert, SPD)

Bedauernd ist in diesem Zusammenhang auch, dass es mit den jüngsten Tarifabschlüssen im öffentlichen

Dienst nicht gelungen ist, einen schon längst überfälligen Stufenplan zu verabschieden. Es muss doch klar sein, wann gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Aber nicht nur im öffentlichen Dienst gibt es diese Unterschiede, nein, wir haben eine Entwicklung zu verzeichnen, dass die Anzahl der Betriebe, die nicht tarifgebunden sind, zunimmt. Auch diese Entwicklung muss gestoppt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Neunte Sicht

Lichtenhagen und Leisten, Ahlbeck und Neubrandenburg sind auch zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern. Gewalt und Ausländerfeindlichkeit scheinen immer mehr gesellschaftlich akzeptiert zu sein. Die Ohnmacht gegenüber der Macht des Geldes und der Bürokratie und Unzufriedenheit lassen sogar in den Familien Aggressivität wachsen. Die Ansicht, der Schwächere, der Andere, der Fremde ist schuld, also trete ich ihn, um von meinen Problemen abzulenken, nimmt immer mehr zu. Dafür darf es keine Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern geben!

(Beifall bei der PDS und Abgeordneten der SPD)

Bei uns leben gegenwärtig 4.500 Asylsuchende. Insgesamt beträgt der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung weit weniger als fünf Prozent. Viele haben Angst, auch ausländische Investoren sind skeptisch. So lange wir nicht gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt für Toleranz arbeiten, so lange wir den Begriff „Antifa“ noch im Verfassungsschutzbericht des Bundes sehen, so lange wir uns über den so genannten verordneten Antifaschismus der DDR, der tausendmal besser war als gar keiner, streiten, so lange werden wir unser Land beschädigen.

(Siegfried Friese, SPD: Na?!)

Unsere Chance ist ein fremdenfreundliches, ein tolerantes Mecklenburg-Vorpommern und dafür müssen wir alles tun.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zehnte Sicht

Wenn ich meine Kinder frage, dann sehen sie sehr wohl Positives, positiv vor allem bezogen auf ihre Chancen und Möglichkeiten, alles zu wissen, sich über alles zu informieren, demokratisch mitzubestimmen und mitzugestalten, zu reisen, andere Menschen und Kulturen kennenzulernen. Aber sie erkennen auch die Risiken, nicht so sehr, weil es sie unmittelbar persönlich betrifft, sondern vor allem, weil sie diese in der Gesellschaft und in der Familie hautnah erleben. Und wenn es sie persönlich betrifft, dann wenden sie sich sehr berechtigt an uns, die Erwachsenen.

Der entscheidende Punkt für die Verwertung von Chancen und Möglichkeiten ist die Bildung. Aber leistet die Bildung das, was sie könnte? Sichert sie Chancengleichheit? Trägt sie zur Persönlichkeitsentwicklung bei? Haben alle Kinder den gleichen Zugang zu allen Möglichkeiten, unabhängig vom sozialen Status der Eltern oder ihrer Herkunft? Oder fragen sie sich auch, warum haben meine Eltern kein Geld für einen Computer? Ja, sie wollen viel-

leicht nicht wissen, ob wir für Chancengleichheit in der Schule sind. Sie wollen, dass wir etwas tun für einen schöneren Schulhof, dass die Lehrerinnen und Lehrer nicht immerzu wechseln, dass die Schulbusse nicht so voll sind und die Wege nicht so lang.

(Harry Glawe, CDU: Na dann müssen Sie dafür Geld bereitstellen.)

Wir haben – das wird häufig vergessen – eine intakte Demographie in die Einheit mitgebracht. Circa 30.000 Geburten und Kinder pro Jahr und eine der Gesellschaft zugewandte Kinderfreundlichkeit. Es wäre sinnvoll gewesen, etwas aus diesen Erfahrungen zu lernen, ich betone ausdrücklich, differenziert und kritisch.

Meine rote Lampe leuchtet.

(Harry Glawe, CDU: Richtig. – Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU: Da ist Ihnen wohl jetzt ein Licht aufgegangen?!)

Ich lege drei Seiten beiseite und bitte für wenige Sätze um Nachsicht.

Zu diesem Rückblick gehört aber auch ein Ausblick. Ich wünsche mir ein Mecklenburg-Vorpommern gleichberechtigt im Chor aller Bundesländer und kooperativ mit den Nachbarländern. Ich wünsche mir ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem junge Menschen gern bleiben, weil sie Bildung und Ausbildung erhalten und Arbeit. Ich wünsche mir ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem die Ideen genauso boomen wie der Tourismus und in dem wirklich wieder einmal nach zwölf Jahren das Abitur gemacht werden kann.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich wünsche mir ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern, in das nicht nur viele Besucherinnen und Besucher gern kommen, sondern in dem auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger gerne bei uns leben.

Im Übrigen, Herr Rehberg, hat der Ministerpräsident dieses Landes die Leistungen aller Bürgerinnen und Bürger und aller demokratischen Parteien im Land gewürdigt.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich habe nicht gehört, dass er die Leistungen der CDU ignoriert hätte. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Da haben wir offensichtlich verschiedene Reden gehört, Frau Gramkow. Oder Sie hatten die schriftliche Fassung vorliegen und die hat er nicht vorgetragen.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in einer Zeit – es ist heute schon mehrmals angeklungen – der Jubiläen. Vereine, Verbände und Institutionen feiern ihr 10-jähriges Bestehen. Und auch wir im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gedenken der 10-jährigen Jubiläen in dieser Woche gleich zweimal, einmal auf den Landtag bezogen und heute debattieren wir über das 10-jährige Bestehen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren! Ein französischer Schriftsteller und Politiker hat einmal gesagt: „Nur wer die Vergan-

genheit buchstabieren kann, kann auch in der Zukunft lesen.“ In Vorbereitung auf die heutige Rede habe ich mich gefragt, ob der Titel der heutigen Debatte eigentlich richtig formuliert ist. Sicherlich, das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wurde auf Grundlage des Ländereinführungsgesetzes dann mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 gebildet. Das Territorium des neuen Bundeslandes umfasste dabei die ehemaligen Bezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. Mit dem Wirksamwerden des neuen Territoriums trat im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zugleich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Aber das ist nur der eine Teil der Geschichte, gewissermaßen der Akt der staatlichen Ordnung. Der andere Teil dessen, was das neue Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ausmacht und ausmacht, sind seine Menschen, seine Landschaft, sind seine Strukturen im sozialen wie im wirtschaftlichen Bereich. Hier aber gilt doch, Mecklenburg und Vorpommern existieren nicht erst seit 1990. Und was auf den ersten Blick wie eine Binsenweisheit aussehen mag, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als eine Feststellung, über die es sich nachzudenken lohnt.

Meine Damen und Herren, die Umbrüche für die Menschen vor zehn Jahren waren gewaltig. Je nach eigener Lage aber, je nach eigenen Fähigkeiten, je nach Alter und familiärer Situation konnten diese Umbrüche als Chance oder auch als Last begriffen und in ihrer ganzen Brutalität erlebt werden. Eins ist aber dabei klar: Jeder Mensch brachte auch seine eigene Geschichte, seine eigene Biographie mit in das neue Bundesland. Und parallel dazu: Auch die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche brachten ihre jeweils eigene Situation mit ein. Das führte dazu, dass die Politik 1990 vor einer Reihe unterschiedlicher Herausforderungen stand. Der Ministerpräsident hat sie in seiner Rede ausdrücklich aufgeführt.

Eins allerdings ist auch klar – es gebietet die Ehrlichkeit, wenn wir heute zweierlei feststellen:

1. Nicht alles, was in der Zeit vor 1990 bestand, war schlecht, wie auch nicht alles, was aus dem Westen golden glänzte, wirklich Gold war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Kerstin Kassner, PDS: Das ist wahr.)

2. Trotzdem, viele Probleme und Herausforderungen, mit denen wir es bis heute zu tun haben, haben ihren Ursprung in den Strukturen der Zeit vor 1990, und zwar beiderseits der Elbe.

In dem Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Positionen bewegen wir uns heute, wenn wir nach der richtigen Politik, nach den besten Lösungswegen und Alternativen für das Land Mecklenburg-Vorpommern suchen. Aus diesem Spannungsfeld ergeben sich aber auch die Chancen für dieses Land. Politik hat hier die Aufgabe, beide Positionen zu bedenken, wenn sie ein modernes, lebens- und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern gestalten will.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dazu einige Schwerpunkte aus meiner Sicht nennen:

Erstens. Das drängendste Problem in Mecklenburg-Vorpommern ist und bleibt die hohe Arbeitslosigkeit. Ich muss an dieser Stelle nicht die Zahlen wiederholen, die

der Ministerpräsident vorhin eindrucksvoll genannt hat und die dramatisch beschreiben, Welch tiefgreifenden Umbruch etwa die Werften im Land oder auch die Land- und Forstwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern durchmachen mussten. Fakt ist, Mecklenburg-Vorpommern hat bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erste Erfolge zu verzeichnen. Fakt ist aber auch, nach wie vor haben wir es mit einer stabilen, viel zu hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und zu hoher Jugendarbeitslosigkeit zu tun. Arbeitslosenquoten von beständig 17 Prozent dürfen und werden wir nicht auf Dauer hinnehmen, denn hinter jeder und jedem Arbeitslosen verbirgt sich ein persönliches Schicksal. Hier ist die Politik, hier sind wir alle aufgefordert, gemeinsam für den Erhalt der bestehenden und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter zu kämpfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

Klar ist aber auch – und da warne ich immer einige davor, hier irgendwelchen Wunschträumen hinterherzurennen –, zurzeit reicht die konjunkturelle Kraft der Wirtschaft alleine nicht aus, um auf dem ersten Arbeitsmarkt die notwendigen Arbeitsplätze auch zu schaffen. Von daher sehe ich es als absolut notwendig an, auf absehbare Zeit die Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes zu nutzen. Und zwar gibt es da kein Entweder-oder, vielmehr ist der zweite Arbeitsmarkt die notwendige Brücke auf dem Weg zurück in die geregelte Arbeit.

Meine Damen und Herren! Die Koalition von SPD und PDS stellt sich diesen Herausforderungen. Wichtig ist uns dabei, diese Diskussion ohne ideologische Scheuklappen zu führen, denn dafür ist uns das Thema viel zu ernst.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Wir haben bereits einiges auf den Weg gebracht: Ein funktionierendes Bündnis für Arbeit, Jahr für Jahr Spitzenwerte bei den angebotenen Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft unseres Landes, aber eben auch ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit seien hier nur als Stichworte angezeigt. Das alles zeigt uns, für SPD und PDS bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Aufgabe von höchster Priorität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und um den Kritikern – von welcher Seite auch immer – entgegenzuhalten, es gibt dabei keinen Königsweg. Den haben auch Sie nicht erfunden, meine Damen und Herren der Opposition.

Ich halte es auch für völlig unredlich zu erwarten, dass die anhaltend hohe strukturelle Arbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren beseitigt werden kann. Und ich wehre mich massiv dagegen, dass wir hier über Programme sprechen,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben wohl Ihre Wahlprogramme alle vergessen, oder was?!)

die wir gemeinsam in diesem Parlament auch beraten haben und teilweise ja sogar gemeinsam eingebracht haben.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben den Bürgern was versprochen. Daran werden Sie gemessen werden.)

Ihr Gedächtnis ist immer sehr kurz, Herr Glawe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, nee, nee! Das ist gut. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zweitens. Wenn wir von Strukturen sprechen, dann müssen wir auch über die gegenwärtige kommunale Situation in Mecklenburg-Vorpommern reden. Denn es ist eigentlich jedem klar, dass die jetzige kommunale Struktur auf Dauer nicht zukunftsfähig ist.

(Friedbert Grams, CDU:
Wer sagt das? Wer sagt das?)

Aus diesem Grund haben wir auch eine Enquetekommission im Landtag ins Leben gerufen. Und dabei handelt es sich um eine wichtige Frage, bei der ich es sehr bedauerlich finden würde, wenn die Kommission durch parteipolitisch motivierte Auseinandersetzungen geschwächt werden würde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Heiterkeit und Zurufe von
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und so hoffe ich, trotz des Gelächters von der Oppositionsbank, das selbige in der Kommission konstruktiv mitarbeiten wird,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

zumal für die weit gefassten Aufgaben, an denen Sie sich ja beteiligt haben an der Formulierung, gar nicht so viel Zeit bleibt bis zum Vorlegen eines Abschlussberichtes. Bei dem Termin sind wir Ihnen ja auch entgegengekommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das machen
Sie doch mit der PDS alleine. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Drittens. Meine Damen und Herren, wir stehen heute vor der großen Herausforderung, der Wirtschaft und den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gleichermaßen eine moderne, gut ausgebaute, funktionsfähige und sozial hochstehende Infrastruktur zu schaffen. Klar ist, das kann die Politik nicht allein. Sie kann aber die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Und im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sind wir auf einem großartigen Weg, der aber seine Zeit braucht. Und hier will ich gar nicht Ihre Verdienste in der Vergangenheit bestreiten, das liegt mir fern. Wir haben aber auch hier trotz allem mit strukturellen Problemen zu tun, die aus der Zeit vor 1990 herrühren. Ich denke, da sind wir uns einig. Die A 20 wird 2005 fertig sein und die Mittel für Bundesfernstraßen – wir haben es vom MP gehört – werden bis 2002 verfünffacht.

Aber in Zeiten von Globalisierung und Internet geht es nicht allein um Autobahnen. Investitionen in die Infrastruktur bedeuten heute viel mehr, nämlich die Förderung von der A 20 bis hin zur Datenautobahn, meine Damen und Herren. Auch hier hat sich sehr viel getan. So verfügt Mecklenburg-Vorpommern heute über eines der modernsten Kommunikationsnetze der Welt. Und wer heute die Chancen für morgen erkennt, der wird gerade hier weiter investieren. Deshalb bleibt es eine ständige Aufgabe für uns, etwa im Bereich Multimedia an den Schulen und Hochschulen unseres Landes weiter zu investieren, denn wir müssen die Infrastruktur auch in diesem Bereich stärken, wollen wir unsere Chance als Zukunftsstandort nutzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Viertens. Meine Damen und Herren, nicht allein die Hardware unseres Landes gilt es besonders zu fördern, wir müssen auch das Potential der Köpfe im Lande halten

und besser ausnutzen, denn die Menschen hier sind ein wesentlicher, wenn nicht gar der wesentlichste Standortfaktor von Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb beschäftigen wir uns zurzeit ausführlich damit, ein modernes, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werdendes Landeshochschulgesetz auf den Weg zu bringen. Es wird den Hochschulen mehr Autonomie und Flexibilität, aber auch mehr Verantwortung zuweisen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir dürfen uns auf Dauer nicht damit abfinden, dass junge Menschen nur deshalb unser Land verlassen, weil sie für die gleiche Arbeit hundert Kilometer weiter westlich mehr Geld bekommen als hierzulande. Womit ich ein Problem habe, ist, darüber zu diskutieren, wie man zum Beispiel die Frage der Tarifautonomie auf die Tagesordnung hievt, um hier entgegenzuwirken, dass zum Beispiel Arbeitgeber aus dieser Verpflichtung, aus dieser gesellschaftlichen Verpflichtung flüchten. Ich glaube, hier kommt die Verantwortung wirklich den Tarifpartnern zu, dass diese sich verständigen, wie sie mit diesem Problem umgehen. Wir können und dürfen hier allenfalls Rahmenbedingungen stellen.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir sind
auch Tarifpartner als Landesregierung.)

Ein fünfter Punkt. Meine Damen und Herren, ich sehe einen Schwerpunkt auch darin, Mecklenburg-Vorpommern als Ort zu entwickeln, an dem man leben und arbeiten kann. Und ich spreche damit die Frage an, was so etwas wie eine gemeinsame Identität in unserem Land ausmachen könnte. In vielen Orten und Städten wächst glücklicherweise wieder das Interesse daran, traditionelle kulturelle oder lokale Bräuche aufleben zu lassen. Ich meine hiermit nicht Deutschtümelei, damit wir uns hier nicht falsch verstehen. Wir haben dieses Jahr erstmals auch einen Mecklenburg-Vorpommern-Tag gefeiert. Ich denke, Politik ist hier gefordert, die Herausbildung landestypischen Bewusstseins zu unterstützen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Aus genau diesem Grunde ist eine Diskussion nach meinem Dafürhalten – wie sie oft ja auch von anderer Seite eingebracht wird – zum Beispiel über einen zukünftigen Nordstaat völlig überflüssig. Diese Diskussion passt einfach nicht in die Landschaft!

Sechstens. Wenn wir Mecklenburg-Vorpommern als einen Ort gestalten wollen, an dem es sich gleichermaßen leben und arbeiten lässt, dann müssen wir uns besonders mit einem Thema auseinander setzen, das uns in den vergangenen Monaten sehr bewegt hat. Ich meine das energische Eintreten aller gegen Fremdenhass, Gewalt und Rechtsextremismus. Es darf einfach nicht sein, dass in unserem Bundesland Menschen nur wegen andersartigem Aussehen, anderer Hautfarbe oder auch ihrer Sprache gehetzt, geschlagen und zu Tode getreten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Es darf auch nicht sein, dass Mecklenburg-Vorpommern außerhalb seiner Grenzen allein mit rechtsextremistischen Ausschreitungen verbunden wird, bis hin zu merkwürdigen Reiseführern. Das sei mir mal an dieser Stelle erlaubt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Es darf aber auch nicht sein, dass es uns hier in diesem Landtag nicht gelingt, all jenen in unserem Land, die mit persönlichem Einsatz mit der so oft beschworenen Zivilcourage tagtäglich solchen Bestrebungen entgegentreten, gemeinsam unsere Unterstützung zu erklären,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

und – ich sage es an dieser Stelle – das nur deswegen, weil sich die CDU aus Kalkül weigert, einer gemeinsamen Resolution zuzustimmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich habe heute den Leserbrief eines Ihrer Fraktionskollegen gelesen und ich hätte mir gewünscht, diese Meinung, die Ihr Kollege da vertreten hat, die ich zu einhundert Prozent unterstütze, dass die mal in Ihrer Fraktion ernsthaft diskutiert worden wäre. Dann würden wir jetzt zu dem Thema anders dastehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und – auch in der Rede des Kollegen Rehberg klang es an – ich halte es fast schon für infam, uns hier mit irgendwelchen Vorwürfen zu konfrontieren, während gleichzeitig auch wieder aus parteitaktischen Gründen heraus Ihr Kollege in der Bundestagsfraktion der CDU, also der Herr Merz, großspurig ankündigt, das Thema Einwanderung, möglicherweise sogar Asyl als Wahlkampfthema nach vorne zu schieben. Also wenn das nicht Infamie ist, dann weiß ich es nun wirklich nicht. Da können Sie sich eigentlich alle lobenswerten Sprüche sparen, denn das zeigt schon, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Jürgen Seidel, CDU: Na, na, na! –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Und ich sage Ihnen auch ganz deutlich, meine Damen und Herren, wer beim Thema „Abwehr gegen Rechts“ auch nur ein klein wenig zögert, so, wie Sie es ständig tun, der spielt mit dem Feuer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie tun doch gar nichts.)

Und lachende Dritte sind die rechten Schergen, die sich über die Zerstrittenheit von uns Demokraten lustig machen, ich habe es hier schon einmal gesagt. Ich sage Ihnen nur: Wehret den Anfängen, meine Damen und Herren! Und so, denke ich mir, können wir uns auch dem, was der Innenminister und der Justizminister tun – die ja nach Aussagen von Herrn Jäger nichts tun, aber Herr Jäger interpretiert so etwas ja immer sehr merkwürdig –, anschließen. Null Toleranz gegenüber den Rechten, das muss für uns der klare Spruch sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Jaja. Ja, zu Ihnen komme ich doch noch, Herr Rehberg. Sparen Sie sich die Luft für nachher!

Meine Damen und Herren, zehn Jahre Bestehen von Mecklenburg-Vorpommern weisen uns aber über die zeitliche Begrenzung der vergangenen zehn Jahre hinaus. Wir stehen in der Verantwortung, die Vergangenheit zu beachten, wollen wir Mecklenburg-Vorpommern für die Zukunft gestalten. Und ich sage Ihnen, die ersten zwei Jahre der rot-roten Koalition haben gezeigt, dass wir dazu fähig sind. Wir haben Mecklenburg-Vorpommern auf einen guten Weg gebracht – ob es Ihnen nun passt oder nicht. Dass das nicht ganz so laut ging wie mit Ihnen zusammen,

ist ein Verdienst und kein Mangel. So viel zu Ihrer Grabesstille, Kollege Rehberg.

Und lassen Sie mich zum Schluss noch einige grundsätzliche Anmerkungen zu unserer politischen Arbeit hier im Parlament und in der Öffentlichkeit machen, denn ich denke, zehn Jahre Mecklenburg-Vorpommern als Land sollten auch genutzt werden für eine Zäsur in unserer gemeinsamen Arbeit. Die Opposition ist zum Kontrollieren und vor allem zum Streiten da, im positiven Sinne natürlich. Ich sage aber streiten, nicht zanken.

(Dr. Arthur König, CDU:
Wenn die Regierung das möchte.)

Feststellbar ist aber für jeden geneigten Zeitungsleser, jeden geneigten Radiohörer und jeden Fernsehzuschauer, das sieht die CDU wohl anders. Die CDU will nicht streiten, deren Metier ist nämlich das Zanken, und zwar im Wortsinne. Herr Rehberg, dass Sie eine besondere Rolle dabei spielen, ist uns allen bekannt. Sie zeichnen sich ganz besonders dadurch aus, dass Sie nach unseren Feststellungen eigentlich nur drei Formen der Kommunikation beherrschen: erstens krakeelen, zweitens jammern, drittens beschimpfen.

Meine Damen und Herren, was ist nur aus der CDU geworden? Alles, ganz besonders die Oppositionsarbeit,

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

wird nur noch halbherzig gemacht.

(Harry Glawe, CDU: Ach nee?)

Der Fraktionsvorsitzende macht nichts Halbes und nichts Ganzes. Er spielt sich als selbsternannter TÜV auf mit einer angeblichen Mängelliste der Koalition. Eigene Ideen – Fehlanzeige! Der ehemalige Ministerpräsident glänzt durch ständige Abwesenheit, er ist wohl Halbtagsabgeordneter.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ein ehemaliger Minister – er hatte sich gerade auch schon zu Wort gemeldet – spielt in allen möglichen Gremien, wie man ständig berichtet bekommt, den Trotzkopf und das finanzpolitische Genie der Unionsfraktion versucht sich als Sternfahrer und außerparlamentarische Opposition.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wollen Sie
damit von Ihren Schwächen ablenken? –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und zu guter Letzt agiert die Landesvorsitzende, als wenn sie eine Marionette des Fraktionsvorsitzenden sei,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Was ist das
wieder für ein Niveau! Das ist wieder
furchtbar, Herr Schlotmann!)

und hält schlechte Reden wider besseres Wissen wie zuletzt beim Thema Rechtsextremismus.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Schlotmann,
diese Rede hätten Sie sich sparen können.
Können Sie eigentlich mal zur Sache
reden? Das ist ja furchtbar.)

Getroffene bellen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, kommen Sie zu sich, nehmen Sie den Ihnen zustehenden Platz ein

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sollten sich schämen für das, was Sie da erzählen!)

und vergessen Sie vor allen Dingen den letzten Satz in der Rede von Herrn Rehberg zum Thema Regierungswechsel, denn da machen Sie sich was vor!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da können Sie von Frau Gramkow wirklich mal lernen.)

So viel zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS, auch an Sie zu diesem Anlass einige Worte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Peinlich, peinlich! – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Nein, hören Sie doch erst mal zu! Kollege Rehberg, Sie können nicht zuhören, das ist Ihr Problem.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Lutz Brauer, CDU: Die PDS haben Sie doch angesprochen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie nehmen Ihren Job nicht ernst, das wird es sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Schlotmann, Sie können zur Sache nichts sagen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der PDS, auch an Sie noch mal einige Worte.

(Lutz Brauer, CDU: Haben Sie das auch wirklich selbst geschrieben?)

Neben allem Positiven in unserer Zusammenarbeit – gehen Sie mit dem Geleisteten in diesem Land doch mal offensiver und auch positiver um!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ein Niveau!)

Wenn wir gefragt werden, ob Mecklenburg-Vorpommern ein tolles Land sei,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

sollte unsere Antwort, unsere gemeinsame Antwort aus ganzem Herzen kommen und „Ja“ lauten.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Leider, leider kommt viel zu oft von Ihnen ein entschiedenes „Vielleicht“.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.10 Uhr fortgesetzt.

Unterbrechung: 12.11 Uhr

Wiederbeginn: 13.11 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Aktuelle Stunde Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Nachdem das Thema der letzten Aktuellen Stunde BioCon Valley ja mit außerordentlichem Bedacht von SPD und PDS gewählt worden war, nämlich möglichst unkritisch zu sein und ja keine Probleme des Landes ansprechen zu wollen, wollen wir uns heute einmal mit der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Landesregierung befassen. Apropos Leistungsfähigkeit, Herr Kollege Schlotmann, das, was Sie hier vor ein paar Minuten geboten haben, das kann man nur dann anderen bieten, wenn man selber wirklich ein Vorbild ist, was Leistungsfähigkeit, Wahrnehmung von Terminen, Kompetenz und so weiter betrifft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich weise den Stil, den Sie hier gewählt haben, auf das Schärfste zurück.

(Beifall Jürgen Seidel, CDU)

Wer wie Sie vier Termine mit Frau Gramkow und mir zur Diskussion nicht einmal persönlich wahrgenommen hat, den muss ich fragen, wie er es mit dem politischen Streit oder, wie ich meine, auch Zank in diesem Lande hält. Wer wie Sie, Herr Schlotmann, und wie Ihre Fraktion seit Monaten keinen substantiellen Antrag in diesen Landtag einbringt – der jetzige und der vorherige sprechen Bände –, wer wie Sie in der Koalition ganze 30 Gesetzentwürfe zustande gebracht hat, davon mehr als zwei Drittel Verwaltungsausführungsgesetze, der muss sich wirklich fragen lassen, was er die letzten zwei Jahre hier gemacht hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Minister Dr. Gottfried Timm: Zu viele Gesetze, viel zu viele Gesetze.)

Und wer wie Sie vor zwei Jahren allen Ernstes den Gedanken hatte, alle zwei Monate eine Landtagssitzung durchführen zu wollen, den muss ich wirklich fragen, ob Ihre Vorwürfe, die Sie in den Mund genommen haben, überhaupt ansatzweise berechtigt waren.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Wir brauchen weniger Gesetze und nicht mehr.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Timm, ich lasse mir alles vorwerfen, aber nicht, dass die CDU-Fraktion nicht arbeitet. Alles lassen wir uns vorwerfen, aber dieses nicht!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ist es um das Thema „Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern“ nach zwei Jahren Rot-Rot bestellt? Hier hilft keine Schönrederei, hier hilft keine Schönfärberei. Wir haben die seit Jahren höchste Arbeitslosigkeit. Sie haben, Herr Ministerpräsident, im Oktober 1998 eine Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen unter 25 Jahren von 18.430 vor-

gefunden. Heute, im August 2000, haben wir 23.041. Das ist eine Steigerung von sage und schreibe 25 Prozent!

(Heidmarie Beyer, SPD: Das hat ja auch etwas mit den Geburtenzahlen zu tun.)

Nein, das hat nichts mit den Geburten zu tun, Frau Beyer. Gucken Sie sich die Geburtenjahrgänge in den achtziger Jahren an, die sind relativ gleichbleibend. Die Schulabgängerzahlen sind in den letzten zwei Jahren auch nicht gestiegen. Dies ist eine Mär, die Sie hier erzählen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Die Folge sind Resignation und Abwanderung junger Menschen in andere Länder. Die Landesregierung verspielt damit die Zukunft des Landes.

Ein weiteres Problem: Wir haben den Höchststand von vorzeitig abgebrochenen Ausbildungsverträgen, 4.791 im vergangenen Jahr. Das ist ein absoluter Negativrekord. Hier drängt sich die Frage auf, ob die optimale Vermittlung der Jugendlichen dem Ziel der Bundesregierung untergeordnet wurde, ihr JUMP-Programm zum schnellen Erfolg zu machen.

Herr Ministerpräsident Ringstorff, letztes Jahr haben Sie sich noch hier hingestellt und die Erfolge bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verkündet. Sie haben sich einfach mit diesem Programm der Bundesregierung die Augen verkleistert. Die Tatsachen treten heute deutlich zutage. Sie haben bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit versagt in den letzten zwei Jahren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber was tut der Wirtschaftsminister dagegen? Er fordert, dass Berufsfrühorientierung und Firmenpraktika stärker gefördert werden sollen. Herr Professor Eggert, hier widerspricht Ihnen in der CDU niemand. Nur wie sehen hier denn die Tatsachen aus? Zur Erhöhung des Ansatzes im Titel „Wirtschaft, Tourismus und Schule“ – dieses soll den Besuch von Schulklassen in Unternehmen und auf Messen ermöglichen – hatten wir eine Aufstockung von 45.000 auf 70.000 Mark beantragt. Das wäre ein kleiner Schritt in die richtige Richtung gewesen, Herr Eggert. Dieser Antrag hat nicht die Mehrheit von SPD und PDS gefunden und offenbar auch nicht Ihre politische Unterstützung. Allein dieses Verhalten zeigt – hier geht es ja nur um Kleinigkeiten, aber manchmal sind Kleinigkeiten sehr, sehr wichtig –, dass Sie keine Konzeption zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben. Es hilft den jungen Menschen überhaupt nichts, wenn das Kind wie jetzt in den Brunnen gefallen ist, dass Sie mit Hektik und Aktionismus ein Programm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit auflegen wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das aber nichts kosten darf, hat Frau Keler schon gesagt.)

Denken Sie bitte daran, ob das nun 10, 20 oder 30 Millionen DM sind, Sie hatten schon einmal ein Zweite Schwellenprogramm 1995 durchgesetzt. Und denken Sie daran, dieses Programm ist gescheitert, sogar der DGB hat es kritisiert. Denken Sie lieber darüber nach,

(Heike Lorenz, PDS: Der DGB sagt, legt es neu auf, macht es besser.)

wie Sie endlich die Investitionen aufstocken, damit wir mehr Arbeit für die Menschen in diesem Land fordern und fördern können! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Ich habe es mir gedacht, Herr Rehberg, dass die Rede so und nicht anders kommt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es stimmt, es ist ein großes Problem. Mecklenburg-Vorpommern ist ein junges Land. Deswegen trifft die hohe Jugendarbeitslosigkeit besonders hart und sie hat sich Jahr für Jahr aufgebaut. Auch das ist eine Tatsache. Wenn man bedenkt, dass diese 22.736 Menschen alle noch vor der Vereinigung geboren wurden, sicher auch in dem Gefühl, eine Perspektive zu haben, ist das schon ein großes Problem, was sich eben nicht nur allein in Statistiken widerspiegelt.

Ich möchte hier einmal Daniel Goedewert, den ehemaligen Topmanager der Automobilbranche zitieren, der da sagt: „Ein Mensch ohne Arbeit wird ja nicht nur von existenziellen Ängsten heimgesucht, sondern sieht sich in seiner gesamten Persönlichkeit bedroht. Er verliert den Respekt vor sich selbst und die Anbindung an die Wirklichkeit und je länger der Zustand andauert, desto gravierender wirkt er auf das Gemüt, desto geringer wird die Chance, eine neue Aufgabe zu finden.“ Umso wichtiger ist es, Jugendarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen beziehungsweise, wenn sie da ist, sie umgehend zu beseitigen.

Es gibt – wie wir alle wissen – eigentlich vier Problemzonen, vier Problembereiche, in die Jugendliche im wahrsten Sinne des Wortes hineintappen können. Es beginnt mit der Berufsfrühorientierung. Dort muss aktive Arbeitsmarktpolitik bereits ansetzen. Eigene, nicht nur einmalige Erfahrungen mit der Berufswirklichkeit sind notwendig.

Wir haben die erste Schwelle – Berufsausbildung. Die wird jedes Jahr wieder geschafft mit einem Wahnsinnsaufwand und mit hoher Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen und Einrichtungen in unserem Land.

Das schwierigste Problem – Herr Rehberg hat das auf seine Art und Weise angedeutet oder auch hier gesagt – ist natürlich nüchtern betrachtet die zweite Schwelle. Der Widerspruch zwischen der hohen Ausbildungsbereitschaft der Betriebe einerseits und dem tatsächlichen Übernahmbedarf wird gerade hier an dieser Schwelle besonders deutlich.

Dass wir überbetrieblich ausbilden und nicht in Praktika den jungen Menschen etwas darbringen können, ist ein weiteres Problem an dieser Stelle.

Das vierte Problemfeld sind natürlich die arbeitslosen Jugendlichen. Hierbei geht die Spanne von den Jugendlichen ohne Schulabschluss bis hin zu Absolventen von Universitäten und Hochschulen.

Wovon können nun allerdings Jugendliche im Jahr 2000 profitieren? Da gibt es natürlich neben dem SGB III, den Standardmaßnahmen, auch staatliche Maßnahmen. Ich will das Sofortprogramm JUMP trotzdem erwähnen, auch wenn es Herrn Rehberg nicht passt. Es ist sicherlich nicht

dazu geeignet und gedacht gewesen, Statistiken zu beschönigen, wie Sie in Ihrer gestrigen Presseverlautbarung deutlich machen, sondern es ist ein echtes Hilfeangebot an Jugendliche. Sie können auch nicht verleugnen, dass es fast 200.000 Jugendliche in Anspruch genommen haben.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Für wie lange? Was kam danach? –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ferner möchte ich nennen ...

Ja, Herr Riemann, das liegt ja ganz einfach daran, wenn man eine hohe Jugendarbeitslosigkeit hat, kann man mit Wahlkampf-ABM auch nichts erreichen. Das müssten Sie doch von 1998 am besten wissen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

... Verbesserungen bei der Altersteilzeit. Es sind Verbesserungen, die bundesweit eingeführt wurden, sowohl für Betriebe unter als auch über 50 Beschäftigten, und die werden auch den Jugendlichen zugute kommen. Ich nenne auch die Beteiligung Dritter bei der Vermittlung gerade von Arbeitslosenhilfebeziehern. Die Verlängerung dieses Programms bis 31.12.2001 wird auch den Jugendlichen helfen. Das strukturelle Kurzarbeitergeld ist auf 24 Monate ausgeweitet worden und kommt sicherlich auch Jugendlichen zugute. Und letztendlich ist das Schlechtwettergeld ja als Winterausfallgeld wieder eingeführt worden. Auch dieses wird insbesondere jungen Bauarbeitern zugute kommen.

Im Bündnis für Arbeit auf Bundesebene ist verabredet worden, 40.000 Ausbildungsplätze im IT- und Medienbereich in drei Jahren zu schaffen. Die Weiterbildungsangebote der Bundesanstalt für Arbeit sollen auf 35.000 Plätze bis 2003 ausgeweitet werden mit dem Ziel, in diesem Bereich dann 100.000 Fachkräfte zu gewinnen. Und zuletzt sei erwähnt der Ausbildungsfonds der IT-Branche als Public Private Partnership.

Ein weiterer wichtiger Punkt – ich nenne hier immer nur einige wesentliche Bestandteile der gesamten Problematik – ist die Verbesserung der Qualifikationsstruktur von der Universität hin bis zur Schule, unter anderem durch Patenschaftsverträge von Studierenden, verstärkte Weiterbildung von Berufsschullehrern und mehr Information durch Unternehmen in den Schulen. Insgesamt sollen somit in dieser Branche 250.000 Fachkräfte mehr entwickelt werden. Die Jugend wird auch davon verstärkt profitieren, wobei ich an dieser Stelle gleich der Kritik entgegenwirke: Es ist natürlich immer nur ein Teil von Maßnahmen und für diese gewaltige Jugendarbeitslosigkeit braucht man ein ganzes Bündel.

Ein vierter Punkt ist, glaube ich, im Bündnis für Arbeit recht gut beschrieben worden. Das sind die verbesserten Berufsausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche – so heißt es im Fachjargon – vorwiegend als präventive Maßnahme. Hier sind vor allen Dingen bessere Übergänge und Zugänge zu Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit geplant und auch durchgesetzt worden. Unter anderem wird dazu beitragen, dass die Jugendarbeitslosigkeit herabgesenkt werden kann, dass es einfach auch neue Tätigkeitsfelder gibt. Allein sieben neue Berufe in der Tierbranche sind ausgelobt worden. Wir haben in der Dienstleistungsbranche im Bereich Tourismus, Hotel und Gaststätten eine ganze Menge von Beschäftigungsmög-

lichkeiten. Ich meine ausdrücklich nicht die geringfügig Beschäftigten oder die minderqualifizierten Jobs, sondern qualifizierte Jobs.

Frau Präsidentin, ich werde dann in der vierten Runde weitermachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Jugendarbeitslosigkeit brennt uns unter den Nägeln, und das nicht erst seit heute, seitdem auch die CDU dieses Thema für die Aktuelle Stunde im Landtag entdeckt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Fakt ist, dass trotz aller Anstrengungen der Landesregierung und der Fortführung des 100.000-Stellen-Programms der Bundesregierung im August diesen Jahres – und diese Zahl ist offiziell im Arbeitsamtsbericht nachzulesen – 23.041 junge Menschen in unserem Land ohne Arbeit waren, und das ist jeder Fünfte unter 25 Jahren.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, bei der Darstellung der Situation sollten wir auch nicht verschweigen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit Jugendlicher seit 1997 kontinuierlich zurückgegangen ist. Besorgniserregend ist allerdings, dass immer mehr junge Leute, und hier vor allen Dingen Frauen und Fachkräfte, unser Land verlassen. Welche Auswirkungen diese Tendenz auf die Entwicklung unseres Landes haben wird, kann ich an dieser Stelle natürlich nicht ausführen. Ich will nur etwas erwähnen, was ein Kollege neulich einmal zu mir sagte: Unser Land verliert seine Jugendlichen und damit ein Stück seiner Zukunftsfähigkeit und Dynamik, die wir so dringend brauchen, um Veränderungen bewirken zu können.

Wenn wir uns diesem Thema, Herr Rehberg, hier ernsthaft stellen wollen, dann müssen wir uns über die Gründe, die Ursachen und die Alternativen klar werden. Ich habe von Ihnen nicht eine einzige Alternative gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Frau Gramkow,
dann haben Sie eben vorhin nicht zugehört.)

Die Strategie der CDU in Ihrer Regierungszeit, auf die Kräfte des Marktes zu setzen, frei nach dem Motto „Der Markt wird es schon richten.“, ist eben nicht aufgegangen. Investitionsförderung von mehreren Milliarden D-Mark, die Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Riemann, eben eingefordert hat, haben eben nicht den gewünschten Zuwachs an Arbeitsplätzen gebracht. Dieses Land sichert auch in diesem und im nächsten Jahr 3 Milliarden Mark an Investitionsförderung. Glauben Sie allen Ernstes, dass durch Investitionen in Infrastruktur, in Schulen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Weiter! Weiter!)

in Abwasser- und Wasseranlagen die notwendigen Facharbeitsplätze für junge Leute in diesem Land geschaffen werden können?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Unter anderem, ja.)

Die Zahlen beweisen doch, dass es in den letzten zehn Jahren nicht gelungen ist.

(Jörg Vierkant, CDU: Nicht gelungen ist nicht wahr. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Frau Gramkow, dann müssen Sie aber noch weitere zehn Jahre gucken, welche Ursachen das hat.)

Das Wirtschaftswachstum hat sich auch in unserem Land vom ...

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Fakt ist, dass sich das Wirtschaftswachstum auch in unserem Land vom Arbeitsmarkt abgekoppelt hat. Dabei unterschätzen wir natürlich nicht die Anstrengungen der kleinen und mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bin vorhin sehr ausführlich darauf eingegangen, unter welchen Bedingungen Kleinstfirmen in diesem Land hier Arbeitsplätze vorhalten und auch Ausbildungsplätze realisieren.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Bereits im Februar 1998 waren 17.978 Jugendliche in dieser Altersgruppe von Erwerbslosigkeit betroffen und wir hatten es damit beim Regierungsantritt mit einem sehr hohen Sockel an jugendlicher Arbeitslosigkeit zu tun.

(Harry Glawe, CDU:
Den Sie noch gefestigt haben.)

Aber – und das will ich hier auch sagen –

(Harry Glawe, CDU:
Den Sie noch gefestigt haben.)

aufgrund der demographischen Entwicklung ...

Ja, richtig, Herr Glawe.

... war bereits zur Regierungszeit von CDU und SPD klar, was hier passieren wird. Und es stimmt nicht, was Herr Rehberg gesagt hat. Der stärkste Jahrgang in der DDR war 1982, das sind die 18-Jährigen, die jetzt auf den Arbeitsmarkt kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Trotz der Bereitschaft der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land mussten mehr Jugendliche überbetrieblich ausgebildet werden, mehr finanzielle Mittel haben wir eingesetzt. Jeder Jugendliche, jede Jugendliche bekommt in Mecklenburg-Vorpommern einen Ausbildungsplatz und wenn dann nicht genügend Arbeitsplätze da sind, steigt die Jugendarbeitslosigkeit.

Das 100.000-Stellen-Programm der Bundesregierung von 1999 wurde zwar fortgeführt, was wir ausdrücklich begrüßen, aber aufgrund der Bindung der finanziellen Mittel können 1.000 Jugendliche weniger als im Vorjahr in diesem Programm Arbeit finden. Diese Entwicklung wird sich, wenn die Bundesregierung das begonnene Programm nicht finanziell aufstockt, leider weiter fortsetzen.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Und, Herr Seidel, dessen müssen wir uns bewusst sein, es wird durch weitere eigene landespolitische Anstrengungen notwendig sein, an dieses Problem heranzugehen, und hier hat die Landesregierung bewiesen, dass das geht: „Jugend baut“,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Förderung von Jugendfirmen.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Sie können gern darüber lachen. Die Jugendlichen, die durch dieses Programm heute in Arbeit gekommen sind, lachen nicht über dieses Programm.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, oh, oh!)

Wir stehen hier in der Pflicht ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Gramkow, fragen Sie mal Ihren Bauminister, was er dazu berichtet hat im Bauausschuss!)

Ich denke, das wird Ihnen der Bauminister nachher selber sagen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der gerade!)

Wir stehen hier in der Pflicht, und das nicht nur, weil wir uns im Koalitionsvertrag dazu verständigt haben, für den Bereich der Jugendarbeitslosigkeit mehr zu tun. Hier fordern wir natürlich die Bundesregierung auf, das Stellenprogramm über das Jahr 2000 fortzuführen und gemeinsam zu prüfen, inwieweit man hier Jugendlichen längerfristige Arbeit und Perspektiven ermöglichen kann. Im Ergebnis dieser Diskussion, der sich die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen gestellt haben, meine Damen und Herren von der CDU – und das hätten Sie bereits sehen können, aber Sie bezeichnen das ja als unproduktive Hektik –, hat die Landesregierung beschlossen, sich zu Programmteilen eines Programms „Jugend in Arbeit“ zu verständigen, und zwar die gesamte Regierung in Gesamtverantwortung zu diesem Problem in diesem Land.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ohne zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, Frau Gramkow?)

Dieses Programm, Herr Riemann, wird nicht ohne finanzielle Mittel realisierbar sein und dafür tragen wir als Abgeordnete

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

dieses Hohen Hauses und als Gesetzgeber für den Landeshaushalt unsere Verantwortung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler hat die Hände schon hoch.)

Ich lade Sie ein, diese auch wahrzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern – ein Thema, das sich im Wahlkampf 1998 so anhörte: Sie wollten nicht alles anders machen, aber vieles besser. Die Zahlen sprechen heute gegen Sie. Sie sind ausgegangen von einem Level, der zugegebenermaßen damals auch sehr hoch war. Heute haben Sie es aber geschafft, 25 Prozent mehr arbeitslose Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern zu produzieren, trotz eines 100.000-Stellen-Programmes,

das Sie vor zwei Jahren noch als die große Rettung gepreist haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS: Gepriesen!)

Gepriesen haben, ja, Entschuldigung.

Heute stehen Sie vor Ihrem eigenen Scherbenhaufen. Heute bemühen Sie sich in der Ankündigung eines neuen Programmes „Jugend in Arbeit“. Wissen Sie, das, was Sie hier alles machen, denke ich, ist mehr Schaumschlagen. Sie brauchen für jeden Arbeitsplatz im Prinzip netto 70.000 DM. Das rechnen Sie mal hoch auf die jetzigen jugendlichen Arbeitslosen! Das sind über ...

(Angelika Gramkow, PDS: Na, Herr Glawe?!)

... 23.000, also 23.041 genau. Dann können Sie sich ausrechnen, wie viel Geld Sie in die Hand nehmen müssten, um diese Jugendlichen in Arbeit zu bringen. Und dieses Geld haben Sie im Haushalt bei weitem nicht. Aber Sie tun so, als wenn Sie es haben.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Meine Damen und Herren, Zukunftsangst macht sich bei den Jugendlichen in unserem ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sagen Sie doch mal Alternativen an!)

Meine Damen und Herren, Sie müssen den Realitäten ins Auge schauen und nicht laufend Programme ankündigen, die letzten Endes nichts bringen.

(Annegrit Koburger, PDS: Sie müssen uns unterstützen. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Jugendlichen müssen befürchten, dass Arbeitslosigkeit ihr unvermeidliches Schicksal im Land Mecklenburg-Vorpommern ist. Sie haben genug von den ewig neuen, schmerzlosen Patentrezepten unseres Arbeitsministers Herrn Holter,

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

sie haben genug von den roten Irrwegen dieser Landesregierung

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

auf dem zweiten und auf dem dritten Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren. Immer mehr staatliche Interventionen können nicht die Lösung des Jugendbeschäftigungsproblems bringen.

(Gabriele Schulz, PDS: Jetzt bin ich gespannt auf Ihren Vortrag. – Barbara Borchardt, PDS: Was wollen Sie denn von uns?)

Wenn diese Regierung nicht endlich beginnt, den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche zuzulassen, zu wagen und positiv unterstützend zu begleiten, dann hat dieses Land auf lange Sicht seine jungen Leute verloren.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wohin treibt's den Wettbewerb dann?)

Das beste Rückholprogramm wird müde belächelt werden, meine Damen und Herren. Gucken Sie sich an, wie viel Jugendliche

(Barbara Borchardt, PDS: Machen Sie doch mal Vorschläge!)

gezwungenermaßen Mecklenburg-Vorpommern verlassen müssen!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber doch nicht erst seit 1998!)

Wer einmal weggegangen ist, der kehrt in der Regel nicht wieder zurück.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Glawe, was haben Sie denn gemacht acht Jahre lang?)

Was wir gemacht haben, das sieht in dem Licht von heute dreimal besser aus als das, was Sie vorweisen können.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Jaja. Jaja.

(Barbara Borchardt, PDS: Er ist aber bescheiden.)

Sie haben bis jetzt außer heißer Luft nichts produziert.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Eine Erfolg versprechende Jugendarbeitsmarktpolitik braucht Eckdaten.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Bei allem wahlpolitischen Kalkül müssen langfristige Lösungen, das heißt eine stabilitätsorientierte Nachfragepolitik als Beschäftigungspolitik

(Gabriele Schulz, PDS: Was immer das heißt!)

mit maßvollen staatlichen Wohltaten Grundlage eines arbeitsmarktpolitischen Handelns sein. Mecklenburg-Vorpommern muss umfassend die immobilen Produktionsfaktoren anbieten, das heißt seinen hoch qualifizierten

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Timm, interessiert Sie das Thema gar nicht? Weil Sie Zeitung lesen. – Minister Dr. Gottfried Timm: Sehr.)

und zu qualifizierenden, leistungsbereiten jungen Menschen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, was schwatzen Sie denn, Herr Riemann?! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gucken Sie mal hinter sich, Herr Riemann?!)

bestmögliche institutionelle Rahmenbedingungen anbieten, meine Damen und Herren. Das vermisste ich bei dieser Landesregierung. Die endgültige Verantwortung für die Arbeitsmarktsituation Jugendlicher muss eindeutig den Tarifpartnern zugewiesen werden. Also Tarifautonomie heißt auch Verantwortung der Tarifpartner für die Beschäftigungssituation. Und Sie haben ja immer das Bündnis für Arbeit, mit dem Sie jeden Tag durchs Land laufen,

(Angelika Gramkow, PDS: Also ich nicht!)

hervorgehoben. Nur, die Effekte sind nicht so hoch, dass man sagen kann, da kommt richtig was rüber. Die Bürger erwarten Antworten, die Jugendlichen erwarten Antworten von dieser Landesregierung.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber genauso von der CDU. Und ich habe auch in Ihrer Rede wieder keine gehört.)

Und Sie, Frau Gramkow, machen immer nur Nischenprogramme, dicke Wolken,

(Heike Lorenz, PDS: Ach!)

Sie vernebeln den jungen Leuten das Hirn,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Barbara Borchardt, PDS: Sie trauen den Jugendlichen ja was zu!)

versprechen ihnen viel und dann kommt bei der Arbeitsmarktsituation,

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

bei den Beratungsgesprächen auf den Arbeitsämtern oder auch bei den Bewerbungen nichts raus, außer dass die Jugendlichen Mecklenburg-Vorpommern verlassen müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Glawe, Herr Glawe!)

Ihre Programme greifen nicht. Sie sind unfähig, dieses Land zu regieren, meine Damen und Herren!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Beifall und Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Gabriele Schulz, PDS: Sie müssen's ja wissen!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Beyer von der Fraktion der SPD.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Glawe! Nein, aber auch!)

Heidemarie Beyer, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Jugend kann nicht warten“, das war die Kernaussage der Job-Parade in diesem Jahr. Jugend braucht Arbeit und damit eine Zukunft in unserem Land, und das heute und nicht erst später. In diesem Punkt scheinen wir uns ja alle einig zu sein. Das Thema bewegt Jugendliche – das zeigte auch die Woche „Jugend im Landtag“ –, aber auch Eltern und Großeltern. Das Thema bewegt aber auch Akteure der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaft und der Politik. Und sie lassen uns bewegen und sie bewegen auch etwas.

Unser Ziel ist es, aus vorhandenen EU-, Bundes- und Landesprogrammen mehr zu machen. Mein Kollege Reinhard Dankert ist in seiner Rede bereits darauf eingegangen, was getan wird, um vorhandene Modelle mit Hilfe des Bundes auf eine breitere Basis zu stellen oder weiterzuentwickeln. Aber auch im Land gibt es eine Reihe von Ansätzen, die es gilt weiterzuentwickeln, wie zum Beispiel das Programm „Jugend baut“. Ich nenne es gerne und ganz besonders noch einmal, denn für dieses Programm gibt es einen wachsenden Bedarf bei kommunalen und freien Trägern. Deshalb werden wir die Mittel dafür auch im nächsten Jahr aufstocken.

(Reinhard Dankert, SPD: Gut.)

Aber auch die Initiative des Landwirtschaftsministers zur Beseitigung von ungenutzten Gebäuden oder zum Ausbau von Gebäuden im ländlichen Bereich lässt sich gut dazu nutzen, Investitionen mit zusätzlicher Arbeit für junge Menschen zu kombinieren – mit sinnvoller Arbeit am ersten Arbeitsmarkt. Ein weiteres gutes Beispiel ist das Projekt „PC-Net“, das seit zwei Monaten in Güstrow läuft. 15 Computerfreaks, die aufgrund einzelner schlechter Zensuren auf ihrem Zeugnis keinen einschlägigen Beruf erlernen konnten, arbeiten jetzt alte Computer auf,

machen sie kompatibel und geben sie an Schulen weiter. Dabei erwerben sie Fähigkeiten als Techniker, wie sie von vielen Firmen unterhalb der Informatikerebene gebraucht werden. Bereits bei der Eröffnung haben Firmen ihr Interesse an diesen Jugendlichen bekundet mit festen Einstellungszusagen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Auf der anderen Seite bekommen aber Schulen in den nächsten Jahren sehr viel Computertechnik. Und ich sehe es nicht ein, dass Lehrer Abminderungsstunden bekommen für die Wartung der Technik. Lehrer sollen sich um die Schüler kümmern.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD)

Aber für solche Techniker, wie ich eben beschrieben habe, ist das doch ein sehr gutes Betätigungsfeld und wirklich sinnvolle Arbeit. Ich sehe in diesem Bereich vielfältige Betätigungsfelder, Qualifizierungsmöglichkeiten und zusätzliche Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Und ich möchte gern noch mal auf Herrn Rehberg eingehen, der fehlende Initiativen des Wirtschaftsministers benannte. Mir ist dabei spontan eingefallen das Assistentenprogramm, das sich besonders an leistungskräftige Jugendliche richtet, um sie hier bei uns im Land zu halten. Der Venturekapitalfonds steht besonders jungen Existenzgründern zur Verfügung, sämtliche Existenzgründerprogramme stehen für junge Menschen zur Verfügung.

(Harry Glawe, CDU: Das gilt auch für Frauen.)

Und ich denke, sehr wichtig ist auch die Förderung der Kooperation zwischen Schulen sowie Hochschulen und der Wirtschaft mit dem Ziel einer Motivation für mehr Existenzgründungen von jungen Leuten hier bei uns im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Nur, wenn sie dann beraten werden, hat der Wirtschaftsminister kein Geld mehr. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben doch so viele schwarze Koffer. Holen Sie doch mal ein bisschen Geld raus dafür!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Beyer.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion.

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit eindrucksvollen Worten hat die CDU auf die Situation der Jugendlichen in unserem Land aufmerksam gemacht. Aber was ich vermisse, sind Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation. Eine reine Situationsbeschreibung nutzt den Betroffenen und unserem Land wohl wenig. Nach wie vor sind Sie der Auffassung, dass die Wirtschaft das Problem schon lösen wird. Dass dem nicht so ist, müsste angesichts der Situation wohl allen so langsam klar sein. Nein, was wir brauchen, sind neue Ansätze, neue Ideen und Angebote, ja vielleicht auch mehr Phantasie.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Fraktionskollegin hat darauf hingewiesen, dass die PDS-Fraktion gemeinsam mit fachkompetenten Partnern in den letzten Wochen und Monaten an einem möglichen Landesprogramm „Jugend in Arbeit“ gearbeitet hat. Bei der Diskussion haben wir uns folgende Fragen

gestellt: Reichen die vorhandenen Förderprogramme des Landes aus, um dieses Problem zu lösen? Ist es überhaupt möglich aus Sicht eines Landes, eigene Landesprogramme aufzulegen, auch unter Berücksichtigung der finanziellen Situation? Was hindert eigentlich Unternehmen unseres Landes, jugendliche Fachkräfte einzustellen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Ökosteuer zum Beispiel. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Welche Bereiche gilt es neu zu erschließen? Wo liegen Reserven?

Ich möchte hier an dieser Stelle auf die Beantwortung der einzelnen Fragen verzichten. Übereinstimmend sind wir aber zu der Auffassung gekommen, dass es für unser Land unerlässlich ist, für die Jugend spezielle Arbeit im Land zu fördern und anzusiedeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deshalb sind wir auch froh, dass die Landesregierung sich diesem Thema gestellt hat, auch ohne Aufforderung durch das Parlament.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dabei sind wir uns bewusst, dass nicht alles mit eigenen Mitteln zu finanzieren ist, es also darauf ankommt, die vorhandenen Förderinstrumente intelligent und zielgerichtet miteinander zu verknüpfen.

Nun zu einigen möglichen inhaltlichen Schwerpunkten:

Als Erstes möchte ich etwas zum generationsübergreifenden Beschäftigungsprojekt sagen. In Gesprächen mit Unternehmen in unserem Land wurde uns auf die Frage, warum von Altersübergangsregelungen sowohl von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern so wenig Gebrauch gemacht wird, geantwortet: Einerseits haben die Betroffenen Sorgen bezüglich der Auswirkungen auf ihre Altersrente, andererseits trennen die Unternehmen sich ungern von ihren bewährten Fachkräften. Deshalb wollen wir die ergänzende Landesregelung zur verstärkten Inanspruchnahme von Altersteilzeitregelungen, die gekoppelt ist mit der Einstellung von jungen Fachkräften. Diese Einstellung soll parallel verlaufen. Das könnte heißen, beide – Jung und Alt – arbeiten eine Zeit lang gemeinsam zusammen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Hier bietet sich eine Chance, Erfahrungen zu übertragen, die Einarbeitung zu qualifizieren und einen nahtlosen Übergang zu ermöglichen.

Ein weiterer Ansatz ist die Förderung von Eigeninitiative, Unternehmergeist und neuer Arbeit. Hier gehen wir davon aus, dass junge Fachkräfte und Akademiker die Chance erhalten sollten, sich mit neuer Arbeit, neuen Ideen und Technologien selbständig zu machen. Nun werden Sie sicherlich sagen, das haben wir doch schon. Ich frage aber: Ist das wirklich so? Sind die vorhandenen Förderinstrumente wirklich geeignet, den jugendspezifischen Ausgangssituationen gerecht zu werden? Ich meine, nein. In Mecklenburg-Vorpommern liegt die Unternehmensdichte nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt. Warum also sollten wir junge Menschen nicht gesondert motivieren, sich mit eigenen oder eingeworbenen Unternehmensideen selbständig zu machen, auch in Kooperation mit anderen bestehenden Unternehmen?

Ein weiterer Ansatz ist die so genannte Übergangsarbeit. Ich weiß, meine Damen und Herren von der CDU, das Wort allein ist schon ein rotes Tuch für Sie. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass wir auch diesen Schritt gehen müssen. Darunter verstehen wir nicht in erster Linie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wir verstehen darunter den Ausbau der Modellversuche „Duo“, die verstärkte Qualifizierung entsprechend des Bedarfes, aber auch den gemeinwohlorientierten Dienst. Hier wollen wir Jugendlichen die Möglichkeiten geben, in berufsspezifischen Tätigkeitsfeldern Erfahrungen zu sammeln, sich auszuprobieren und insbesondere auch neue Wertvorstellungen zu erhalten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich könnte unsere konkreten Vorstellungen weiter fortsetzen, kann aber aufgrund der zur Verfügung stehenden Zeit nur ein paar Stichworte nennen: so zum Beispiel Förderung von Arbeitsverhältnissen in Gemeinschaftsbüros oder, anders gesagt, Arbeit durch Kooperation,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Verstärkung der internationalen Gemeinschaftsdienste mit den MOE-Staaten, Arbeit durch Abbau von Überstunden, Verstärkung der regionalen Einstellungsbeihilfen und so weiter und so weiter.

Sie sehen also, dass konkrete Vorstellungen vorhanden sind. Dem einen oder anderen mag es immer noch zu wenig sein. Wir erheben auch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, im Gegenteil. Wir würden uns freuen, wenn weitere Ideen dazukommen würden. In diesem Sinne freue ich mich auf eine bevorstehende Diskussion und natürlich auch auf die konkreten Vorstellungen von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Reinhard Dankert, SPD: Freuen Sie sich wirklich darauf?)

Na klar!

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition! Sie wünschen sich immer eine kritische und eine konstruktive Opposition.

(Heike Lorenz, PDS: Ja genau!)

Ich denke, wenn Sie jetzt mal ein bisschen ehrlich sind,

(Reinhard Dankert, SPD: Wir sind nicht nur ein bisschen ehrlich.)

dann müssen Sie sagen, das ist doch völlig klar, dass ein solches Thema jetzt aufgegriffen wird von der Opposition. Dafür müssten Sie uns eigentlich sogar danken.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sind wir doch auch, dankbar. – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Und jetzt will ich Ihnen doch mal sagen, ich bestreite ja gar nicht, dass Sie da nichts getan haben. Im Gegenteil, Sie haben uns ja geprügelt im Wahlkampf mit dem Sofortprogramm zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, mit 2 Milliarden DM finanziert, ein Bundesprogramm. Sie haben das JUMP-Programm in die Welt gesetzt. Sie haben ...

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist das Gleiche.)

Die PDS meine ich jetzt.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir?)

... sogar den jungen Leuten versprochen mit einer Unterschriftenaktion, dass wir einen ...

Nein, nein, das waren nicht Sie. Das wissen Sie schon gar nicht mehr, glaube ich.

(Heike Lorenz, PDS: Das haben wir gefordert.)

Also das war die PDS, die hat versprochen, den jungen Menschen ein Recht, ein verbrieftes Recht auf einen Ausbildungsplatz einzuräumen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Das haben Sie nachher zurückgenommen.

(Gabriele Schulz, PDS:
Woher wissen Sie denn das?)

Das Ergebnis?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Was ist das Ergebnis?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Das Ergebnis sind heute 23.000 junge arbeitslose Menschen, 25 Prozent mehr.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das müssen Sie sich nun schon mal sagen lassen.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Und Sie wissen auch, dass diese Entwicklung eben schlecht ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber einen Ausbildungsplatz hatten sie.)

Und jetzt will ich das mal auf die Ausbildungssituation beziehen. Wollen wir uns doch mal die Zahlen etwas konkreter angucken. Wir haben eine Situation in Mecklenburg-Vorpommern, wo im September 2000 – nur diese Zahlen will ich jetzt mal herausgreifen – ...

(Heike Lorenz, PDS: Das sind auch immer die negativsten, das wissen Sie.)

Nix, nix, das können Sie alles nachlesen.

... bei den Bewerbern die Zahl um 1.369 zurückgegangen ist. Um 1.369 zurückgegangen! Bei den gemeldeten Stellen – das ist ja spannend für die jungen Leute – geht das Ganze aber auch um 1.065 Stellen zurück, minus.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Bei den noch nicht vermittelten Jugendlichen im September sieht die Situation so aus, dass wir 138 mehr haben als im vergangenen Jahr. Und bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen – Herr Wirtschaftsminister, ich hatte Sie da gefragt im Finanzausschuss –, das sind schon keine Peanuts, das sind immerhin knapp 320 betriebliche Ausbildungsplätze weniger in diesem Jahr. Ich gebe Ihnen nur die Zahlen bekannt, die die Statistik Ihnen vorlegt. Die können Sie lesen.

(Angelika Gramkow, PDS: Haben wir sie denn bestritten? Aber Sie müssen die Ursachen benennen und Alternativen, Herr Seidel!)

Und nun müssen Sie doch zunächst mal registrieren, dass das eine sehr schlechte Entwicklung, eine ungünstige Entwicklung für Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, habe ich getan.)

Gut, wenn wir uns so weit einig sind, haben wir ja schon einen Schritt getan.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie das gehört.)

Schauen Sie in die Arbeitsmarktregion Neubrandenburg! Da sieht das so ähnlich aus. Wir haben dort im September noch 49 freie Stellen bei 393 Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Jetzt muss ich sagen, die Zahl stammt nicht von mir, sondern von dem zuständigen Bearbeiter dort im Arbeitsamt. Der sagt, dass dort 320 betriebliche Ausbildungsplätze weniger zur Verfügung stehen. Die Zahl kann nicht ganz stimmen, weil sie eigentlich nicht korrespondiert mit der anderen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Nehmen wir es mal so: Es sind deutlich weniger betriebliche Ausbildungsplätze.

(Angelika Gramkow, PDS: Es wird wohl die wirtschaftliche Situation unserer Unternehmen sein, die dafür ursächlich verantwortlich ist.)

Und es sind 450 Bewerber mehr, 450 Bewerber mehr um Ausbildungsplätze, die also dort zurzeit noch einen Ausbildungsplatz suchen. Und jetzt sagen Sie, das ist einfach so vom Himmel gefallen.

(Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS – Heike Lorenz, PDS: Wer sagt denn das?)

Frau Gramkow, ich habe hier mehrfach dazu gesprochen.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie das nicht sagen dürfen.)

Bei der Förderung ...

Jetzt bin ich dran mit dem Reden. Jetzt müssen Sie vielleicht mal zuhören.

(Angelika Gramkow, PDS:
Nein, ich muss gar nichts.)

Doch! Sie sollten vielleicht mal zuhören.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Ach, ist gut. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Bei dem Programm zur Förderung der betrieblichen Ausbildung hat die Finanzministerin sich eben durchgesetzt. Das Programm ist so zusammengestrichen, dass Sie es eigentlich ganz einstampfen können. Ich streite mich gar nicht um die Differenzierung, die da gemacht worden ist. Da bin ich voll der Meinung des Wirtschaftsministers, das ist okay.

(Reinhard Dankert, SPD:
Experten empfehlen das übrigens.)

Aber das Programm ist im Volumen so zusammengestrichen, dass es eigentlich nicht mehr wirkt. Und die Ergebnisse haben Sie jetzt. Dieses Programm hätte man noch drei Jahre – ungefähr, sage ich mal – laufen lassen müssen und dann kann man es ja runterstreichen, das sehe ich doch ein, weil die Zahlen sich dann dramatisch verändern.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Also, meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns einig, wir haben es hier mit einer sehr sensiblen Materie zu tun. Nicht ich, aber – worüber ich mich sehr gewundert habe – Herr Ingo Schlüter sagt ja, das führt dazu, das Land verblödet. Ich wiederhole jetzt nur mal seine Worte, ich würde mich so nie ausdrücken. Ich halte das übrigens, Herr Ministerpräsident, auch für kritikwürdig. Aber wir haben ein Riesenproblem. Und nun bitte ich Sie ganz einfach: Schauen Sie dieser Realität ins Auge! Nehmen Sie eben nicht gleich alles weg, wenn man dort vermutet, Einsparungen realisieren zu können, sondern überlegen Sie sich erst mal, welche Effekte dann eintreten könnten! In diesem Fall ist das voll in die Hose gegangen. Und denken Sie darüber nach, wie man andere geeignete Maßnahmen ergreifen kann als solche Strohfeuerprogramme wie die zwei, die ich Ihnen hier genannt hatte! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Und wo ist nun Ihre Alternative?!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ums Wort gebeten hat der Wirtschaftsminister. Bitte sehr, Herr Professor Eggert, Sie dürfen.

Hier entlang, bitte. Dort wird's zu eng.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da geht's nicht mehr durch, weil wir ein neues Ministerium haben, Herr Eggert. Zu viele Minister auf der Bank.)

Minister Dr. Rolf Eggert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Seidel, Sie operieren hier mit Zahlen, die muss ich einfach richtig stellen. Natürlich können Sie punktuell diese Zahlen ...

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Ja, natürlich, das ist ja klar, aber Sie haben eben nicht die aktuellen Zahlen und deshalb will ich das richtig stellen.

(Georg Nolte, CDU: Von September.)

Aber bevor ich auf diese Zahlen zurückkomme, meine Damen und Herren, lassen Sie mich eins noch sagen: Wir haben im letzten Jahr wirklich allen Jugendlichen, die wollten und konnten, einen Ausbildungsplatz angeboten und wir hatten mehr offene Ausbildungsstellen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

als nachher praktisch noch Bewerber zur Verfügung standen. Das haben wir im letzten Jahr erreicht.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Und nun, Herr Seidel – Sie kennen sich doch eigentlich im Bereich der Wirtschaft aus –, suggerieren Sie etwas, was im Grunde genommen nicht ernst zu nehmen ist.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Es ist allgemein festgestellt worden, dass wir natürlich eine Baisse in der Bauindustrie haben. Wir haben im letzten Jahr einen Nachfragerückgang im Wohnungsbau um 20 Prozent gehabt.

(Harry Glawe, CDU: Dafür haben wir ja „Jugend baut“.)

Und die Baisse der Bauindustrie, die hat doch 1996 eingesetzt, schon zu Ihren Amtszeiten. Da war doch schon

absehbar, was da passiert. Und der Ministerpräsident hat heute, glaube ich, sehr ausführlich dargestellt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Holter hat ja auch die Förderung des Eigenheimbaus gekürzt.)

wie die wirtschaftliche Situation des Landes aussieht.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und nun suggerieren Sie, ja, suggerieren Sie, es würde durch einen staatlichen Eingriff dieser Strukturwandel von heute auf morgen zu beseitigen sein. Das ist doch unglaublich, was Sie suggerieren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist etwas, was mit wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt nichts zu tun hat. Sie wissen, dass wir schwere Strukturwandel durchgemacht haben in den vergangenen zehn Jahren. Und nun suggerieren Sie, in zwei Jahren kann man einen Rückgang der Baubranche von dieser gravierenden Art –

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

der im Übrigen in Sachsen genauso auftritt wie in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg genauso auftritt wie in Sachsen-Anhalt, unabhängig von den politischen Führungen – mit einem Federstrich mit mehr Investitionen tatsächlich beseitigen. Nein, meine Damen und Herren, das stimmt einfach nicht. Wir müssen diesen Strukturwandel durch begleitende andere Maßnahmen –

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und darüber reden und diskutieren wir ja – versuchen auf den richtigen Weg zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Und nun nenne ich Ihnen noch einmal die neuesten Zahlen. Wir haben 28.207 Lehrstellenbewerber, das ist der Stand September 1999. Bezogen auf September 1999 – dort hatten wir 29.576 – ist das ein Rückgang der Lehrstellenbewerber um 1.369.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Hat er gesagt. Hat er gesagt.)

Und wir haben ein Lehrstellenangebot ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja lassen Sie mich das doch nur mal ergänzend sagen! ... von 19.694. Das ist ein Rückgang um 1.065,

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

also weniger als die Bewerberzahlen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat er auch gesagt.)

Und davon sind jetzt unvermittelte Bewerber 1.247 und unbesetzte Stellen 211, Stand September dieses Jahres.

Und jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Nun suggerieren Sie, dass aufgrund des Rückgangs der betrieblichen Ausbildungsförderung diese Plätze zurückgegangen sind, Herr Seidel. Und das ist Ihr Fehler.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Diese Plätze sind doch in erster Linie deshalb zurückgegangen, weil wir den Strukturwandel in der Bauindus-

trie haben und weil an anderer Stelle diese Plätze nicht kompensiert werden. Und wir haben hier Folgendes gemacht: Wir haben das Multimediaprogramm

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

und wir haben die ÜLU erhöht, das heißt die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung für die Handwerker. Wir versuchen, das darüber, indem wir den Betrieben hier die Lasten abnehmen, zu kompensieren. Ob das aufgeht oder nicht, das werden wir Ende des Jahres sehen. Und dann, denke ich mal, können wir die Bilanz hier auch vorlegen. Ich gehe davon aus, dass wir das Problem auch in diesem Jahr wieder lösen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Wirtschaftsminister.

Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Beyer von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Heidemarie Beyer, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frage nach Fördermöglichkeiten für Existenzgründungen von Jugendlichen – nicht nur von Hochschulabgängern, sondern auch von außerbetrieblich Ausgebildeten, aber auch von Arbeitslosen – wird immer öfter gestellt. Wie mir bei unserer 2. Landesmesse von Schülerfirmen berichtet wurde, werden außerbetrieblich Ausgebildete in den alten Bundesländern nicht nur mit Kuschhand genommen, sondern es besteht auch bei einer Reihe von Jugendlichen der Wunsch, eine eigene Existenz hier bei uns im Land zu gründen. Bei der Realisierung dieses Wunsches schon während der Ausbildung werden wir natürlich gerne behilflich sein. Und hier ist jeder gefragt zu informieren, zu ermutigen und zu begleiten, auch Sie, meine Herren von der CDU.

Ein ganz anderer Bereich ist der Bereich der Ausbildung. Um Jugendlichen das Rüstzeug mitzugeben, das sie für die Anforderungen eines Berufes brauchen, müssen Ausbildungsordnungen und Berufsbilder geändert werden. Das spart Geld und auch Zeit. Zum Beispiel ist durch die Initiative aus unserem Land ein Modellversuch zur Schaffung eines Ausbildungsberufes für Callcenter nach einem halben Jahr Vorbereitungszeit bereits gestartet worden. Es ist doch nicht einzusehen, dass junge Menschen einen kaufmännischen Beruf erlernen müssen, von dem sie in einem Callcenter 80 Prozent des erworbenen Wissens nicht mehr brauchen. Stattdessen müssen sie sich über Weiterbildungsmaßnahmen das notwendige Wissen zusätzlich aneignen. Wenn man hört, dass die Erprobung eines neuen Berufsbildes früher sieben Jahre gedauert hat, dann haben wir heute schon viel erreicht und Kosten gespart, die wir in Arbeit für junge Menschen investieren können. Ich bin mir sicher, dass wir da auch in anderen Bereichen mit Verbundlösungen noch ein ganzes Stück weiterkommen. Uns ist es wichtig, möglichst vielen jungen Menschen eine berufliche Perspektive in unserem Land zu geben und ihre Leistungsbereitschaft für die Entwicklung unseres Landes zu nutzen. Dazu reicht es nicht, Herr Rehberg, ihre Mobilität durch ein Eigenheim einzuschränken und durch die Belastung von Krediten ihre Handlungsfähigkeit zu blockieren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir brauchen eine mobile, aktive und kreative Jugend. Es gibt viele, die ihnen Wege ebnen, Türen öffnen und sie,

wenn es nötig ist, bei der Hand nehmen und ihre Eigeninitiative fördern. Ich bin mir sicher, dass wir so eine Brücke schlagen zwischen den heute noch hohen Schulabgängerzahlen und fehlenden Arbeitsplätzen hin zu den vielen zu besetzenden Stellen und wenigen Schulabgängern ab 2007, denn dann werden einem Schulabgänger zwei offene Stellen gegenüberstehen. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Beyer.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lorenz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Heike Lorenz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Längst hat sich das Vertrauen auf die Kräfte des Marktes allein als untaugliches Konzept für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit erwiesen. Wir wissen es doch.

(Jürgen Seidel, CDU: Wer hat denn
darauf vertraut in den letzten Jahren?)

Es hat sich ebenfalls als untauglich erwiesen, die Gesetze des Marktes zu missachten. Wir haben also alle zu lernen und wir sind alle gefragt, Lösungen zu entwickeln. Und jede Idee ist es wert, aufgegriffen zu werden. Ich wundere mich, dass hier alles nur verworfen wird, aber keine neuen Ideen auf den Tisch kommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich denke, dass kein Platz ist für Häme, und es ist auch kein Platz für Besserwisserei und es ist kein Platz für endlosen Streit der Parteien um den einzigen Lösungsweg. Sie bieten ja auch keinen eigentlich an heute.

Jugend kann nicht warten – Frau Beyer sagte es. Haben wir wirklich die im Blick, um die es zuerst geht, die jungen Menschen selbst? Der typische junge Arbeitslose in unserem Land ist gut ausgebildet. Dieses Land förderte die Ausbildung seiner jungen Menschen in den vergangenen Jahren mit Milliardenbeträgen. Der oder die junge Arbeitslose in unserem Land ist zumeist zwischen drei und sechs Monaten ohne Beschäftigung. Die Zahl der jungen Menschen, die bis zu einem Jahr und länger arbeitslos sind, scheint aber auch wieder zu wachsen. Der typische junge Arbeitslose ist nicht im herkömmlichen Sinne benachteiligt, er wird benachteiligt – dadurch, dass er abgeschnitten ist von der Chance, Berufserfahrungen zu sammeln, abgeschnitten von der Chance, seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, abgeschnitten von der Chance, sich selbst aus eigener Kraft Wünsche zu erfüllen, auch den Wunsch nach Familie, und in gewisser Weise also abgeschnitten von einem Stückchen Erwachsenwerden.

Was ist Statistik im Vergleich zu dieser Lebenswirklichkeit des Einzelnen und der Einzelnen? Politik beginnt bei Tausend, sagt ein Kollege. Vielleicht. Aber wofür ist die Politik denn da? Für den Einzelnen doch letztlich. Und wer kann es dem oder der Einzelnen verübeln, dass sie da hingehen, wo sie ihre Chancen suchen. Dieser Exodus ist aber tödlich für unser Land und Jugendarbeitslosigkeit bedroht das soziale Gefüge im Land. Und deshalb lohnt sich jede Bemühung.

Ich hatte mir vorgenommen, darauf einzugehen, was die Betroffenen selbst denken. Aber wir können es alle gut

nachlesen in den Ergebnissen von Workshop 3 „Ausbildung und Arbeit“ von „Jugend im Landtag“. Da haben uns die jungen Leute einiges ins Stammbuch geschrieben. Und ich gehe davon aus, dass wir die Ergebnisse dieser Expertenanhörung hier ernst nehmen und in den Ausschüssen konkrete parlamentarische Initiativen miteinander beraten werden, ich denke, auch der CDU. Und das würde ich wichtig finden.

Dass die Landesregierung ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auflegen wird, ist überfällig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ohne dass zusätzliche Mittel eingestellt werden sollen.)

Ich denke, sie braucht einen langen Atem. Es geht hier überhaupt nicht um Schnellschüsse. Und sie braucht die Bereitschaft aller Ministerien, das Programm aktiv mitzutragen und mitzufinanzieren.

Die vielleicht wichtigste Frage ist aber: Wie kann man Arbeit geben – jungen Menschen, auch älteren Menschen –, ohne sie anderen zu nehmen? Ein möglicher Weg ist es, die Arbeit zu teilen, zwischen den Generationen beispielsweise. Frau Borchardt sprach es an. Ein zweiter möglicher Weg ist es, mehr Arbeit zu schaffen. Die Schaffung von Arbeit über Investitionen ist nur begrenzt möglich und kaum nachhaltig. Mitunter wirken Investitionen geradezu kontraproduktiv. Irgendwann wäre der letzte Quadratmeter schließlich auch bebaut und Investitionen sind heute überwiegend, das wissen wir alle, Rationalisierungsinvestitionen, die eben nicht zusätzliche Arbeit hervorbringen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Fragen kann ich hier nur anreißen, leider. Ein möglicher Weg ist es, die Arbeit aufzuheben, die da ist, aber die nicht bezahlt werden kann und deshalb auch nicht nachgefragt wird. Und dafür kennen wir alle Beispiele, so, wie wir hier sitzen. Für Jugendarbeit fehlen die Profis. Die Landschaftspflege unterbleibt, weil es keiner bezahlt – die Gemeinde nicht, der Kreis nicht. Kita- und Klubräume werden nicht renoviert, weil die Gemeinden das Geld dafür nicht allein aufbringen können.

(Harry Glawe, CDU: Das Land stellt auch nichts zur Verfügung.)

Und hier setzt nun das Programm „Jugend baut“ an. Und ich verstehe nicht, dass die CDU es ablehnt, wie ich der Presse entnehmen konnte. Man kann kritisieren, man kann weiterentwickeln, man kann Fragen stellen, auf jeden Fall sollte man sich mit dem beschäftigen, was vorliegt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und ich will es hier einfach erklären, denn ich will gerne, dass wir alle mittun und neue Ansätze entwickeln. Und wenn Sie meinen, dass die Überlegungen, die zu der Gestaltung dieses Programmes führten, nicht ausgereift sind, tragen Sie dazu bei, dass wir es verbessern und dass wir auch mehr Zahlen erreichen, als wir es bisher konnten.

Erstens. Das Programm schafft mehr Nachfrage nach Bauleistungen, und zwar dadurch, dass Investitionen in die Infrastruktur unterstützt werden.

Zweitens. Der Witz des Programms besteht nun gerade darin, dass die Investitionsförderung mit Lohnkostenzuschüssen gekoppelt wird.

Drittens. Die Arbeiten werden durch am Markt tätige kleine und mittlere Unternehmen ausgeführt. Diese erhalten dann auch einen Zuschuss zu den Personalkosten für die jungen Menschen, die für die Dauer des Projektes zusätzlich eingestellt werden.

Viertens. Entscheidend ist für die Firmen oft gar nicht der Personalkostenzuschuss an sich. Entscheidend ist, dass sie überhaupt den Auftrag bekommen. Und den können sie nur bekommen, wenn die Kommunen den Auftrag nachfragen. Und damit wird auch der Erhalt von Arbeitsplätzen für die Stammbelagschaft unterstützt.

Und die sonstigen Effekte?

Erstens. Es gibt keinen Drehtüreffekt – Junge rein, Alte raus. Das ist ja befürchtet worden, aber es wird ja schließlich zusätzliche Arbeit geleistet. Dagegen erwarten wir einen Klebeeffekt. Das ist kein besonders schönes Wort für die Hoffnung, dass mancher junge Mensch seine Firma finden möge und mancher Meister seinen wirklich guten Gesellen. Dann hätte sich der enorme Koordinationsaufwand der Kolleginnen und Kollegen des Arbeitsministeriums doppelt gelohnt.

Bleibt die Frage, ob bei einer jetzt erreichten Zahl von 40 jungen Menschen mit fünf Monate währender Beschäftigungsdauer in diesem Programm wirklich von Nachhaltigkeit die Rede sein kann. Mit Investitionszuschüssen in Höhe von 10.000 DM hat das Land jeweils eine Stelle angeregt. Das scheint nicht sehr effektiv zu sein, aber legen wir doch bitte hier nicht auf einmal völlig neue Maßstäbe an gegenüber dem, was bisher an Investitionszuschüssen als Maßstab angelegt wurde. Viel früher hätte darangegangen werden müssen, Investitionen konsequent an Beschäftigung zu koppeln. Ich bin froh, dass wir es mit diesem Programm versuchen, und Anregungen sind gefragt, dass wir es breiter machen können.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Die CDU hat es immer verhindert. –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

In Bezug auf die Biographie des Einzelnen wirkt die Teilnahme am Programm natürlich nachhaltig. Betriebliche Erfahrungen sind nicht nur ein Vorteil bei späteren Bewerbungen. Das ist uns bekannt. Sie prägen die Persönlichkeit ganz entscheidend.

In Bezug auf die Infrastruktur der Gemeinde und die Infrastruktur für Jugendarbeit kann „Jugend baut“ nachhaltig wirken – zu sehen am Beispiel in Neukloster, in Torgelow, in Wittenburg.

In Bezug auf die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist ein Programm mit 1,7 Millionen DM Jahresetat ein Tropfen auf den heißen Stein – nicht gering zu schätzen deswegen, sondern auszubauen. Es ist ein Pflänzchen und bitte zerstampfen Sie es nicht. Sowohl in der finanziellen Ausstattung als auch durch Ausdehnung auf neue Einsatzgebiete können wir hier noch einen draufpacken und mehr jungen Menschen helfen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Lorenz.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Arthur König, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! JUMP – so hieß das letzte Patentre-

zept der Bundes- und Landesregierung zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit. Was hat dieses Programm bis jetzt bewirkt? Hier im Lande, so makaber es klingt, könnte es lediglich heißen: JUMP – ein Sprung für die Jugendlichen in die Arbeitslosigkeit zurück. Von 11.142 in diesem Jahr angesprochenen Jugendlichen wurden lediglich der Hälfte, ganzen 6.693, konkrete Angebote unterbreitet. Davon sind in diesem Jahr nur 3.518 Personen in JUMP-Maßnahmen eingetreten, das ist weniger als jede dritte angesprochene Person.

Meine Damen und Herren, noch deutlicher wird es, wenn man Ihnen die Arbeitslosenquote der Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald – da komme ich ja her – aus der Geschäftsstelle Greifswald des Arbeitsamtes darstellt. Dann sieht man, wie sie sich durch das Auslaufen von JUMP-Maßnahmen und die durch JUMP verschleierte Arbeitslosigkeit leider rasant und in dramatischem Tempo entwickelt hat. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 20 Jahren betrug im Oktober 1998 11,9 Prozent, das waren 268 Jugendliche. Im September 2000 lag die Quote bei 17,3 Prozent oder 377 Personen – also 100 Jugendliche unter 20 Jahren mehr. Die Arbeitslosenquote aller Jugendlichen bis zu 25 Jahren in Greifswald betrug im Oktober 1998 18,2 Prozent oder 985 Arbeitslose. Im September 2000 waren es leider 21,2 Prozent oder 1.307 betroffene Jugendliche.

Meine Damen und Herren! Das sind die nackten unkommentierten Zahlen. Das ist ein Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in der Region Greifswald seit Ihrem Regierungsantritt, meine Damen und Herren hier auf der Regierungsbank, um 322 Jugendliche oder 32,7 Prozent. Ihre konzeptionlose und weitestgehend wirkungslose Arbeitsmarktpolitik, Herr Minister Holter, erstickt in Programmatik. Pläne werden geschmiedet, Studien werden erarbeitet, Bündnisse für Arbeit künstlich am Leben erhalten, aber die Jugendlichen vor Ort sitzen leider weiter auf der Straße.

Meine Damen und Herren! Die Kommunen werden allein gelassen, kommunale Beschäftigungspolitik hängt am Gängelband der Landespolitik. Effektive beschäftigungsfördernde Instrumentarien werden eher verhindert. Beziehen Sie die Kommunen mehr in die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik ein! Helfen Sie mit, regionale und lokale Beschäftigungskonzepte zu entwickeln

(Heidemarie Beyer, SPD:
Wo leben Sie eigentlich?)

und unterstützen Sie kommunale arbeitsmarktpolitische Innovationen! Geben Sie dabei den Kommunen die entsprechenden Freiräume und die entsprechenden Finanzen! Wenn Sie allerdings diese von meiner Fraktion schon lange erhobenen Forderungen als innovatives Ergebnis des Bündnisses für Arbeit aus dem Hut ziehen, Herr Minister, wie Sie es in der OZ am 16.10. getan haben, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht! Dann frage ich mich, was Sie bisher im Bündnis für Arbeit gemacht und vor allen Dingen geleistet haben. Dann kann ich nur sagen in Anlehnung an den Namen des Programms JUMP – „Jumping“: Herr Minister Holter, machen Sie in Zukunft in der Arbeitsmarktpolitik größere Sprünge, denn nur so geben Sie der Jugend in Mecklenburg-Vorpommern eine reale Perspektive. Studien- und Arbeitsgruppen haben wir zur Genüge.

Am 3. März in der Landtagssitzung sagten Sie, Herr Minister, Sie würden den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in der Arbeitsgruppe „Kampf gegen die Jugendar-

beitslosigkeit“ führen. In Ihrer Pressemitteilung vom 16.10. heißt die Arbeitsgruppe „Neue Wege aus der Arbeitsmarktpolitik“.

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist eine andere.)

Ich denke, Namen sind Schall und Rauch. Was wir für die arbeitslosen Jugendlichen in unserem Land brauchen, sind ausgereifte und tragfähige Konzepte und Programme, und diese brauchen wir möglichst bald. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. König.

Das Wort hat jetzt der Minister für Arbeit und Bau. Bitte sehr, Herr Holter.

(Heike Lorenz, PDS: Helmut, mach das mal klar hier! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Helmut, zieh das mal glatt! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr König, so ist das. Ich glaube, die Zeit der großen Sprünge – Sie kennen das, Sie haben das sicherlich bei Mao nachgelesen – ist vorbei.

(Dr. Arthur König, CDU: Aber auch das Schneckentempo ist nicht angebracht.)

Politik ...

Welches Tempo legt denn Ihr Oberbürgermeister in Greifswald vor?

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, da hat er aber die Zahlen vergessen.)

Sie bringen hier eine ganz konkrete Situation aus der Hansestadt Greifswald. Aber das, was Ihr Oberbürgermeister Herr von der Wense geleistet hat, findet nicht ein Wort der Erwähnung, anscheinend auch nichts.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Es steht ja die Frage ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber er möchte doch Herrn von der Wense beerben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Politik ist immer komplex. Das ist ja das Problem.

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Da habe ich das Konzept vermisst für ein kommunales Beschäftigungsprogramm.

Politik ist immer komplex, Herr König. Und wenn Sie als ...

(Dr. Arthur König, CDU:
Sie wollen doch ein lokales Beschäftigungsprogramm auflegen, Herr Minister.)

Warten Sie doch mal ab!

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Dr. König, das Wort hat jetzt der Herr Minister. Bitte sehr, Herr Holter, nutzen Sie auch das Wort.

Minister Helmut Holter: Danke schön. Ich habe ja unbegrenzte Redezeit, deswegen kann ich beruhigt warten, bis der Abgeordnete König ausgesprochen hat.

Politik ist immer komplex und wenn die CDU es nicht zur Kenntnis nehmen will, dass Mecklenburg-Vorpommern vom letzten Platz auf den ersten Platz bei der Wirtschaftsentwicklung gekommen ist, dann sollte sie es jetzt endlich mal tun.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Und wenn Herr Seidel ...

(Dr. Arthur König, CDU: Jugendarbeitslosigkeit ist das Thema!)

Ich rede über die Komplexität von Politik und das, was Sie machen, sind Ausschnitte. Es sind übrigens alle Redner der CDU bis auf Herrn König schon gegangen. Da sieht man mal, wie wichtig Ihnen das Thema ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wenn Herr Seidel davon spricht, Aufgabe der Opposition ist es, kritisch und konstruktiv zu sein. Ja, kritisch, das habe ich gemerkt. Das geht auch vollkommen in Ordnung. Aber Konstruktivität? Ich habe aufmerksam zugehört. Ich konnte nichts mitschreiben.

(Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

Ich weiß nicht, wo die konstruktiven Vorschläge sind.

(Dr. Arthur König, CDU: Na dann machen Sie doch mal lokale Beschäftigungspolitik!)

Wir haben Probleme,

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

das ist richtig. Wir haben Probleme und wir haben auch ganz konkret ein Problem mit der Jugendarbeitslosigkeit.

(Harry Glawe, CDU: Ja? –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Die CDU hat dabei mehr Probleme.)

Und wir haben festzustellen, dass jeder vierte junge Mensch in Mecklenburg-Vorpommern arbeitslos ist. Ich will es mal deutlich machen an zwei ganz konkreten Statistiken. Alle haben ja ihre Zahlen gesagt. Ich werde Sie jetzt gar nicht großartig mit Zahlen erschlagen. Wir haben auf der einen Seite demographisch gesehen eine Zunahme der 17- bis 26-Jährigen. Das kann jeder nachlesen. Auf der anderen Seite haben wir eine Abnahme der 7- bis 16-Jährigen. Das ist also eine auseinander laufende Schiene. Wir unterhalten uns, das haben Sie thematisiert, zu Recht thematisiert, meine Damen und Herren von der CDU, über die Situation derjenigen, die 17 bis 26 Jahre sind. Aber wir haben demographisch gesehen das Problem, dass nämlich zu DDR-Zeiten in jungen Familien die Kinder viel früher geboren wurden und damit der Abstand von den jungen Leuten zu denen, die aus dem Beruf ausscheiden, viel größer war.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das war Unrecht. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und jetzt haben wir die Situation in dieser Generation, dass der Abstand kleiner ist. Das heißt also, zwischen denjenigen, die aus dem Beruf ausscheiden, und den jungen Leuten, die nachstoßen, ist der Abstand viel geringer, so dass hier also ein generationsübergreifendes Problem besteht, die Lücke ist nämlich nicht da.

(Dr. Arthur König, CDU: Das ist ein Fakt.)

Das ist erst einmal ein reiner, ganz natürlicher Fakt, der wirkt, Herr König. Da, glaube ich, stimmen Sie mir zu.

Und jetzt, glaube ich, muss man sich mal über die Dauer der Arbeitslosigkeit verständigen. Ich habe hier die Zahlen für September 2000 und ich kann Ihnen das sagen. Unter einem Monat waren 25,9 Prozent der Jugendlichen in dieser Altersgruppe arbeitslos. Unter drei Monaten waren das 30,4 Prozent, unter sechs Monaten 18 Prozent, unter zwölf Monaten 18 Prozent und über zwölf Monate 7,2 Prozent. Also über ein halbes Jahr war jeder vierte Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern arbeitslos. Das sind immer noch zu viel.

(Der Abgeordnete Harry Glawe hat
bei der SPD-Fraktion Platz genommen.)

Das ist genau die Gruppe, wenn wir bei allen Statistiken diskutieren, über die man sich verständigen muss.

(Harry Glawe, CDU: Warum die anderen
nicht? Weil sie zum Bund eingezogen
werden. Das müssen Sie dazusagen.)

Haben Sie die Seite gewechselt, Herr Glawe? Das ist ja ganz überraschend.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Zuruf aus dem Plenum:
Was machen Sie denn da?)

Das heißt also, diejenigen, die bis zu einem halben Jahr arbeitslos sind, sind natürlich auch Problemfälle, aber das ist oftmals eine Zeit der Suche und der Orientierung, um auf dem Arbeitsmarkt klarzukommen. Das also zu dieser rein statistischen Seite.

Immer mehr junge Leute, das haben ja alle festgestellt, drängen auf den Ausbildungs- und den Arbeitsmarkt. Aber – das hat der Herr Wirtschaftsminister schon beantwortet – das Problem ist die zweite Schwelle, wo die Generationen sehr kurz aufeinander folgen. Das heißt, wir brauchen – und das ist die erste Anregung, die ich hier geben will, und die ist von Rednern der SPD und PDS schon gemacht worden – eine konzertierte Aktion. Wirtschaft und Politik müssen hier zusammenstehen. Und wir brauchen möglichst viele Vorschläge, auch von der CDU. Wie bereits gesagt, ich vermisse diese.

(Dr. Arthur König, CDU: Das ist doch
nur ein Wort „konzertierte Aktion“.
Was machen Sie denn wirklich?)

Wir haben auf der anderen Seite, Herr König – die Abgeordneten der CDU im Saal werden immer weniger –, in der Wirtschaft ein Fachkräfteproblem. Wir haben auf der einen Seite in bestimmten Branchen mehr Fachkräfte, als wir beschäftigen können in Mecklenburg-Vorpommern, zum Beispiel Köche und weitere könnte man anführen, und auf der anderen Seite gibt es Fachkräftemangel. Wir haben das Paradoxon, dass man sich mit Arbeitsamtschefs unterhält und sagt, ihr müsstet doch eigentlich gar kein Problem haben mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber es sind eben nicht alle Leute in die anstehenden Berufe zu vermitteln. Das heißt, wir haben hier eine Situation, wo es eine Diskrepanz gibt zwischen Fachkräftebedarf und Fachkräfteangebot. Dazu – das wird ja auch kritisiert von der CDU in der Pressemeldung – haben wir erstens in Bezug auf das Arbeitsmarktprogramm mit dem Haushalt 2001 gesagt, 50 Prozent, also circa die Hälfte aller Maßnahmen, die in der Arbeitsmarktpolitik anstehen, gehen in Qualifizierungsmaßnah-

men, um genau diese Wirtschaftsorientierung zu erreichen. Ich weiß nicht, warum Sie das kritisieren.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das wissen sie auch nicht.)

Zweitens, glaube ich, kann man das Land hier nicht alleine lassen und wir brauchen in Anwendung und in Fortsetzung der Erfahrungen aus dem Jugendsonderprogramm der vergangenen Jahre – das soll ja übergeführt werden in eine Regelförderung – ein spezielles Programm für die ostdeutschen Länder, sprich, wir brauchen ein Jugendsonderprogramm Ost. Diesen Appell kann ich nur an die Bundesregierung richten.

Was haben wir bereits getan? Einzelne Beispiele: Wir haben 300 junge Fachkräfte über Personalkostenzuschüsse in Erstbeschäftigung gebracht. Das hat nicht die Landesregierung getan. Und das ist genau das, Herr König, was Sie einfordern, dass nämlich das, was über die regionalen Lohnkostenzuschüsse läuft, wo Kreis- und kreisfreie Städte dafür verantwortlich zeichnen, ...

(Dr. Arthur König, CDU:
Aber die Zahlen 23.000 zu 300.)

4.000, 4.000 ...

Ich habe doch eben, Herr König, die Differenzierung auseinander genommen und gesagt, um welche Problemgruppen es sich dabei handelt.

4.000 junge Leute sind in der Berufsfrühorientierung aufgenommen worden.

(Dr. Arthur König, CDU: Das macht aber 4.300.)

Wir haben als einziges Land ...

Herr König, Sie wissen doch ganz genau, dass die Rechnung nicht aufgeht, die Sie hier machen – 300 bis 400 in Bezug auf 23.300. Das weiß doch wohl jeder hier im Saal.

(Unruhe bei Dr. Arthur König, CDU)

Also, ich bitte schon, das hat mit Niveau nun wirklich nichts mehr zu tun.

Wir haben ein Programm, erstmalig in der Bundesrepublik und einmalig in der Bundesrepublik, für Berufsrückkehrer – das ist vor 14 Tagen in Gang gesetzt worden –, in dem junge Mütter und junge Väter während des Erziehungsurlaubs geschult werden und sich so auf eine Berufsrückkehr vorbereiten. Das, glaube ich, ist schon ein ganz konkreter Beitrag. Damit Sie weiter rechnen können: 1.200 Förderfälle.

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Wir haben im Müritzkreis, weil ja immer über dänische Erfahrungen gesprochen wird, eine Produktionsschule eingerichtet, wo Jugendliche aufgenommen werden, die ein paar Probleme in der Ausbildung, in der Familie und überhaupt im Leben haben. Und über „Jugend baut“ ist gesprochen worden. Das will ich mir hier ersparen.

Das heißt, die Erkenntnis, die wir wohl hoffentlich alle zusammen haben, Jugendarbeitslosigkeit ist keine Ressortangelegenheit,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

ist nicht nur Angelegenheit eines Arbeitsministers, sondern sie ist – und dazu hat sich die Landesregierung übri-

gens bekannt – eine Aufgabe der gesamten Landesregierung. Was ich übrigens brauche und was wir als Landesregierung brauchen, ist die Unterstützung des Landtages, um all die Maßnahmen, die wir umsetzen wollen, auch tatsächlich zu untersetzen.

Und nun will ich Überlegungen vorstellen:

Erste Überlegung, weil es gut greift und auch gut funktioniert: Lohnkostenzuschüsse.

Die Bundesanstalt für Arbeit schlägt vor, ein Programm aufzulegen, wo in der ersten Phase die ersten zwei Jahre Lohnkostenzuschüsse durch die Bundesanstalt, sprich also die Arbeitsämter, gezahlt werden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll dann in dem dritten und vierten Förderjahr das entsprechend unterstützen – eine degressive Förderung. Darüber wird zu sprechen sein.

(Harry Glawe, CDU: Kombilohn.)

Ich bin der Auffassung, man sollte das eingrenzen auf zukunftssträchtige Branchen und Berufe und dort an der Stelle, ich habe das erst beschrieben, einsetzen,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

wo auch in drei, vier, fünf, sechs Jahren Fachkräftemangel eintritt,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

also Fachkräftenachwuchs fördern.

Zweitens, glaube ich, sollten wir uns darüber verständigen, Herr König, in der Regierung, aber auch im Parlament, ob es nicht sinnvoll ist, die Erfahrungen aus „Jugend baut“ auszuwerten und zu sagen, Investitionsförderung wird mit Arbeitsmarktpolitik zusammengeführt. Und vielleicht ist es ja richtig, das auch auf innovative und nachhaltige Wirtschaftsbereiche auszudehnen, um hier eine Chance für junge Leute an der zweiten Schwelle zu eröffnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Drittens geht es um Existenzgründerprogramme. Ausführungen dazu erspare ich mir, das kann jeder nachvollziehen.

Und viertens muss man sich auch darüber unterhalten, was mit denen ist, die einen Beruf erlernt haben, wo es hier ein Fachkräfteüberangebot gibt in Mecklenburg-Vorpommern.

(Harry Glawe, CDU: Ganz genau.)

Dort muss man vielleicht tatsächlich eine Mobilitätshilfe anbieten, damit sie anderswo einen Beruf ausüben können. Aber – ich habe das schon öfter gesagt – ich halte es auch für richtig und für notwendig, den Kontakt zu diesen jungen Leuten zu erhalten, die Mecklenburg-Vorpommern verlassen für eine Ausbildung beziehungsweise für eine zeitweilige berufliche Tätigkeit. Dass sich der eine und der andere, Herr König, dort verliebt und dann dort seinen Wohnsitz findet,

(Harry Glawe, CDU: Natürlich.)

das ist ja alles nicht die Frage. Aber in der Endkonsequenz müssen wir den jungen Leuten deutlich machen, sie werden hier gebraucht und sie werden in drei, vier, fünf Jahren in diesem Land gebraucht.

(Heidemarie Beyer, SPD: Vielleicht bringt der eine oder andere auch jemanden mit.)

Das ist die Idee dieser Rückholagenturen, die immer wieder angesprochen wird.

(Dr. Arthur König, CDU: Wie viel Jugendliche erreichen Sie mit Ihren Programmen?)

Warten Sie doch mal ab!

Dann steht die Frage der vielen, vielen kleinen Bausteine,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Und zwar ist es so bedauerlich, dass so viel junge Frauen wegbleiben.)

das Prinzip „Duo“, die Teilung von Arbeit in betrieblichen beziehungsweise in gemeinwohlorientierten Einsatzfeldern. Wir können über die Erhöhung des freiwilligen Jahres, das ökologische, das soziale Jahr, sprechen und über europäischen Austausch von jungen Fachkräften und Praktikanten.

(Dr. Arthur König, CDU: Sprechen, sprechen können wir über alles.)

Das sind alles Maßnahmen, die dazu beitragen.

Herr Glawe, Sie schütteln den Kopf. Ich habe von Ihnen keinen konstruktiven Beitrag gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Und im Übrigen, Herr Glawe, will ich noch mal eins sagen: Sie kritisieren die Landesregierung für diese Situation. Die Kritik steht Ihnen zu. Auf der anderen Seite fordern Sie hier Maßnahmen ein, die die Landesregierung bringen soll. Ich mache jetzt ein paar Vorschläge

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

und in der nächsten Rede, nicht heute, aber vielleicht im nächsten Landtag, stellen Sie sich dann hin und fordern Marktradikalität ein.

(Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

Dann frage ich mich, wo eigentlich die Konzepte sind. Wie viel Staat soll denn eigentlich an dieser Stelle hier eingefordert werden von der CDU?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD –
Rudolf Borchert, SPD: Gerade wie es passt.)

Hier muss es doch irgendwo mal zusammengeführt werden. Deswegen habe ich gesagt, den ganzheitlichen Politikansatz,

(Harry Glawe, CDU: Sie wollen doch nicht behaupten, dass solche Programme das Allheilmittel sind, um die Jugendarbeitslosigkeit zu kapfen?! – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

den ich einfordere, ...

Das hat doch niemand gesagt, Herr Glawe. Ich habe das überhaupt nicht gesagt. Ich habe gesagt, der Mix aus Wirtschaftsorientierung, unternehmensorientierter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – und das ist mehr als Arbeitsmarktpolitik – und Gemeinwohlorientierung, ich glaube, darin liegt das Geheimnis. Das kann das Rezept sein

(Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

und darüber lassen Sie uns sprechen.

(Harry Glawe, CDU: Das reicht doch nicht.)

Und dann können wir auch zu einem generationsübergreifenden Beschäftigungspakt kommen, über den alle reden. Bloß über das Wie hat bisher keiner gesprochen. Ich bin der Auffassung, wir sollten auch im parlamentarischen Raum über das Wie nachdenken und weniger die Kritik hier ausüben,

(Der Abgeordnete Harry Glawe meldet sich für eine Anfrage.)

um über diesen Weg dann auch zu Konzepten zu kommen. Ich bin der Meinung, ...

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Minister Holter, gestatten Sie ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Glawe, es gibt doch keine Anfragen bei der Aktuellen Stunde.)

Minister Helmut Holter: ... wenn wir die Situation kritisch analysieren – und das haben wir hier alle sehr wohl getan –, sollten wir aber auch den Schritt tun, konstruktiv über Vorschläge nachzudenken. Ich bin immer bereit, Vorschläge aufzunehmen. Dann leisten wir auch als Parlament nicht nur einen Beitrag in dem Sinne, wir kritisieren eine Situation und reden möglicherweise das Land noch schlecht, sondern wir sollten Perspektiven aufzeigen, damit die jungen Leute hier eine Chance in Mecklenburg-Vorpommern haben. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat noch einmal wie versprochen der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD. Bitte sehr.

Reinhard Dankert, SPD: Ja, ich war bei meinem Ausflug auf die Bundesebene nicht ganz zu Potte gekommen und außerdem wollte ich einem seit dem Wochenende gut aufgelegten Arbeitsminister

(Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

nicht in die Quere kommen und bleibe weiterhin auf der Bundesebene. Auch das hatten Sie angemahnt. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt etwas aus der Abteilung Polemik. Ich kann es mir nicht ganz verkneifen.

Wenn das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit so hoch wäre wie das Niveau Ihrer vier Reden, würde ich mir wesentlich weniger Sorgen machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zwei Ihrer Redner konnten ja wenigstens noch Statistiken vorlesen.

Und, Herr Holter, ich habe mir etwas aufgeschrieben, ein paar Stichworte, die ich bei Herrn Glawe und bei unserem ehemaligen Wirtschaftsminister

(Caterina Muth, PDS: Seidel.)

gefunden habe, nur Stichworte: Nachfragepolitik bei Herrn Glawe, die Tarifpartner haben Verantwortung. Herr Seidel nannte „staatliche Intervention“ als Stichwort und

Herr König forderte, die Kommunen einzubeziehen. Ist das jetzt die neue Linke in der CDU?

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich hätte kein Problem damit. Aber ansonsten ...

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Arthur König, CDU)

Ich habe es doch gewusst!

Ansonsten ist der Fraktionsvorsitzende nach seiner mehr oder weniger staatstragenden Rede zur Regierungserklärung dann doch wieder mächtig abgesackt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Er hat nur das Stichwort „Investitionen aufstocken“ aufgegeben. Ja, natürlich, da hat er Recht, das kann man tun. Frau Lorenz hat darauf hingewiesen, welche Gefahr auch bei Investitionen besteht.

Ich will aber etwas sagen, um auch Herrn Holter eine Antwort zu geben, wo wir ja ein bisschen mehr am Drücker sind als SPD auf Bundesebene. Das Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung ist auf drei Jahre angelegt. Es werden summa summarum für die Infrastruktur 2,9 Milliarden DM pro Jahr ausgegeben. Es werden für Forschung und Bildung 600 Millionen DM pro Jahr ausgegeben und die Energieeinsparung beziehungsweise CO₂-Reduzierung soll mit 500 Millionen DM im Jahr über immerhin drei Jahre gefördert werden.

Meine Damen und Herren! Aktive Arbeitsmarktpolitik sowie öffentlich geförderte Beschäftigung muss so betriebsnah wie möglich durchgeführt werden. Sie muss ebenso – und ich wiederhole es noch mal – langatmig sein, wie das Problem leider selber ist. Sie muss mit Investitionen verbunden sein, mit öffentlichen Aufträgen also. Ich habe eben die Zahlen genannt vom Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung und ich könnte mir nämlich sehr gut vorstellen, dass ein Teil dieser Investitionen aus den UMTS-Milliarden – so heißen sie ja dann landläufig – an die zusätzliche Beschäftigung von Jugendlichen gebunden wird, eben nach der Förderphilosophie von „Jugend baut“.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Heike Lorenz, PDS)

Und das wäre meines Erachtens eine sehr wirtschaftsnahe, eine sehr betriebsnahe, mit Investitionen verbundene und langatmige Maßnahme. Wir werden sehen, ob wir das durchkriegen auf Bundesebene. Aber, wie gesagt, auch in einer Aktuellen Stunde darf man mal Wünsche äußern. Insofern bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit bei den inzwischen neun CDU-Abgeordneten und ansonsten bei dem Rest des Landtages. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dankert.

Wir sind damit am Ende der Redezeit innerhalb der Aktuellen Stunde zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern“.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung des Datenverarbeitungszentrums Meck-

lenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1381. Hierzu liegt Ihnen auf Drucksache 3/1540 die Beschlussempfehlung und der Bericht des Finanzausschusses vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern (Datenverarbeitungszentrumsgesetz – DVZG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/1381 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses
– Drucksache 3/1540 –

Das Wort zur Berichterstattung wurde nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mit einem aktuellen Schreiben beginnen, das mir heute zuzug von der IHK Neubrandenburg.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das haben wir alle. Das brauchen Sie nicht vorzulesen.)

Ja, das werden eine Reihe von Abgeordneten bekommen haben, aber sicher nicht alle, sicherlich die aus dem Kammerbezirk. Deswegen gestatte ich mir, darauf hinzuweisen.

Die IHK führt aus, dass durch dieses Gesetz nicht nur die zentrale Beschaffung von IT-Technik des Landes und des dazu notwendigen Know-hows auf die DVZ GmbH übertragen wird. Das bedeutet, dass eine hundertprozentige Landestochter schrankenlos in Konkurrenz zur Privatwirtschaft auftreten kann. Der Marktzugang für unsere Unternehmen wird dadurch massiv behindert.

(Wolfgang Riemann, CDU:

Wettbewerbsverzerrung nennt man das.)

Und die IHK sagt dann weiter: „Die Hälfte der antwortenden Unternehmen werden nach eigenen Angaben von dieser Maßnahme negativ betroffen sein.“ Die IHK schließt: „Als Interessenvertreter der Wirtschaft bitte ich Sie, diesem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung zu versagen.“

Ich darf, meine Damen und Herren, feststellen, dass mit der heutigen Zweiten Lesung des DVZ-Gesetzes nach dem Willen der Finanzministerin ein Ausnahmetatbestand zur Landeshaushaltsordnung geschaffen werden soll. Grund für die Eile der Finanzministerin mit diesem Gesetz ist möglicherweise die Befürchtung, dass mit dem derzeitigen Agieren des Datenverarbeitungszentrums unter Umständen eine Verletzung haushaltsrechtlicher Vorschriften einhergehen könnte. Dies soll nun mit dem vorliegenden Gesetz geheilt werden.

Die Begründung zum Gesetzentwurf drückt diesen Sachverhalt ganz unumwunden aus, ich darf zitieren: „§ 3 Absatz 1 Satz 1 durchbricht damit § 55 Absatz 1 LHO. Hiernach muss dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen.“ Und weiter wird gesagt, mit dem Gesetz

„kann ... eine unmittelbare Inanspruchnahme des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern durch Dienststellen des Landes erfolgen, ohne dass hiermit eine Verletzung haushaltsrechtlicher Vorschriften einhergeht.“

Es ist nicht verwunderlich, dass Fragen, die das Agieren des DVZ auf dem Markt und die Problematik öffentlicher Ausschreibungen betrifft, auch das Interesse von Kammern und Verbänden fanden. Während der Anhörung im Finanzausschuss wurden die damit zusammenhängenden Fragen außerordentlich kontrovers diskutiert. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, auf die Anhörungsergebnisse im Einzelnen einzugehen. So viel sei jedoch gesagt:

Erstens. Das zukünftig beabsichtigte Agieren des DVZ auf dem Markt als zentraler Beschaffer der Landesregierung bei gleichzeitiger Teilnahme am Wettbewerb als selbständiger Anbieter stößt bei den meisten Anzuhörenden auf eine starke Betroffenheit.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das habe ich aber schon anders gehört.)

Dieser Widerspruch, der für viele der Anzuhörenden nicht verständlich ist, bietet den Anlass für eine Reihe von Anregungen und Schlussfolgerungen. Die einen kritisieren sehr stark die so genannte Randnutzung, das heißt die privatwirtschaftliche Betätigung eines Teiles des DVZ auf dem Markt, und verweisen in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Oberlandesgerichtes Hamm, wonach bereits eine so genannte Randnutzung von zweieinhalb Prozent als wettbewerbsstörend einzuschätzen sei. Auf dieser Grundlage werden Bedenken hinsichtlich der privatwirtschaftlichen Betätigung des DVZ im Sinne des Paragraphen 1 des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb geltend gemacht.

Andere Anzuhörende kritisieren den Tatbestand, dass gegebenenfalls durch eine Tochtergesellschaft des DVZ eine Teilnahme am Marktwettbewerb erfolgen soll. Es wird befürchtet, dass durch mögliche Quersubventionen innerhalb des DVZ ein nicht hinnehmbares Wettbewerbsvorteil für diese Tochtergesellschaft geschaffen wird. Mit dieser Begründung wurde von Anzuhörenden gefordert, den Teil des DVZ, der am Wettbewerb teilnehmen soll, vollständig zu privatisieren und damit eine gesellschaftsträchtige Verbindung zum DVZ auszuschließen. Nur mit einer solchen Regelung glaubt zum Beispiel der Arbeitskreis der IT-Systemhäuser in Mecklenburg-Vorpommern ein marktkonformes Handeln des DVZ sicherzustellen.

Zweitens. Es ist schon interessant, dass die Bedenken, die während der Anhörung des Finanzausschusses zur Sprache kamen, bereits in der Debatte zum Referentenentwurf des Gesetzes vorgetragen wurden. Tatsächlich ist erkennbar, dass am Gesetz infolge der Anhörungen zum Referentenentwurf Korrekturen vorgenommen wurden und auch die Begründung zum Gesetzentwurf verändert wurde. Insgesamt bemühte sich das Finanzministerium, den Bedenken Rechnung zu tragen. Es ist sogar sehr leicht, durch eine Synopse der Gesetzentwürfe aus den verschiedenen Phasen ihrer Entstehungsgeschichte nachzuweisen, mit welchen Formulierungen das Finanzministerium den Bedenken der Kammern und Verbände entgegenkommen wollte. Es scheint jedoch so, dass sich in der Substanz trotz kosmetischer Korrekturen im Gesetz nicht viel geändert hat. Nur auf dieser Grundlage ist es erklärlich, dass auch in der zweiten Anhörung zum über-

arbeiteten Gesetzentwurf nahezu die gleichen Bedenken von Anzuhörenden geäußert wurden wie auch in der Anhörung der Ministerien zum Referentenentwurf.

Daraus ergibt sich drittens die Problematik, dass das Gesetz in seiner Substanz nach wie vor Fragen von Kammern und Verbänden unbeantwortet lässt, die sich auf Markt- und Wettbewerbskonformität beziehen.

Doch nun zum Gesetz im Einzelnen. Der Paragraph 2 des Gesetzes befasst sich ausführlich mit der Übertragung von Aufgaben an das DVZ. Hierbei ist davon auszugehen, dass der Paragraph 2 des Gesellschaftsvertrages des DVZ vom 4. Februar 1993 keinerlei Aufgaben enthält, die in irgendeiner Art und Weise eine Beschaffungstätigkeit des Datenverarbeitungszentrums beinhalten. Mit dem Paragraphen 2 des Gesetzes werden Aufgaben gemäß Anlage 1 dem DVZ zugeordnet. Hierzu gehört auch die zentrale Beschaffung. In der Anlage A wird dazu ausführlich dargestellt, ich zitiere: „Durchführen der zentralen Beschaffung von IuK-Technik nach dem IT-Strukturrahmen für die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern“.

Gerade diese Beschaffungstätigkeit stößt auf Befindlichkeiten von Kammern und Verbänden, weil hier Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten anderer Anbieter befürchtet werden. Besonders weil die Anlage A auf dem Verordnungswege, das heißt ohne Beteiligung des Parlamentes geändert werden kann, wird vermutet, dass dem DVZ dann sehr schnell weitere Aufgaben übertragen werden können, die gegenwärtig privatwirtschaftlich erbracht werden. Um den Bedenken der Kammern und Verbände Rechnung zu tragen, wurde im Paragraphen 2 Absatz 2 durch das Finanzministerium eine Passage im überarbeiteten Gesetz eingefügt, die lautet: „Die von einer Aufgabenübertragung berührten Kammern und Verbände der Wirtschaft sind hierbei anzuhören.“

Der Paragraph 2 wurde in den Ausschüssen kontrovers diskutiert. Mit Beschluss des beratenden Wirtschaftsausschusses und des federführenden Finanzausschusses wurde schließlich das Gesetz dahin gehend verändert, dass vor einer Aufgabenübertragung das Einvernehmen nicht nur mit dem Finanzministerium herzustellen ist, sondern auch mit dem Wirtschaftsministerium.

Nun zum Paragraphen 3: Unabhängig von den gefundenen Formulierungen läuft der Paragraph 3 auf eine Verpflichtung aller Ministerien hin, das Datenverarbeitungszentrum umfassend zur Aufgabenwahrnehmung zu nutzen. Ein freiwilliger Entscheidungsspielraum der IT-Beauftragten in den einzelnen Häusern wird zukünftig nicht mehr gegeben sein.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nee, Herr Nolte!)

Das wird dazu führen, dass Sachkompetenz, die in den einzelnen Ministerien gegenwärtig bezüglich IT noch vorhanden ist, stückweise abfließen wird, weil keine eigenen Entscheidungskompetenzen gegeben sind. Wenn dies eintritt, wird dann die Dominanz des DVZ weiter zunehmen und den in Gang gesetzten Trend weiter verstärken. Das Finanzministerium geht gegenwärtig sehr stringent vor, auch weitere Bereiche der Landesverwaltung mit der Tätigkeit des DVZ zu verknüpfen. So wird dies auch bei der Oberfinanzdirektion Rostock gegenwärtig forciert. Es geht in einer aktuellen Vorlage des Ministeriums zum Beispiel darum, die Verlagerung der zentralen Rechentechnik des Rechenzentrums der OFD schrittweise an das DVZ zu realisieren. Auf Nachfrage im Finanzausschuss

wurde bejaht, dass die Ministerien zwangsweise die Dienstleistungen des Rechenzentrums in Anspruch zu nehmen haben.

Der Paragraph 4 des Gesetzes befasst sich mit den Strukturen des DVZ.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Haben Sie die Diskussionen im Finanzausschuss der letzten sechs Jahre nicht wahrgenommen, Herr Nolte?)

Lassen Sie mich mal reden! Sie haben ja hinterher die Möglichkeit.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber ich kann doch mal 'ne Frage stellen, oder?!)

Der Paragraph 4 des Gesetzes befasst sich mit den Strukturen des DVZ und der Verträglichkeit mit dem Wettbewerb. Hier werden Formulierungen gebraucht, die die Begründung einer eigenen Gesellschaft und eines organisatorisch verselbständigten Betriebsteiles zur Beteiligung am privaten Wettbewerb vorsehen. In den Ausschussberatungen wurde gerade zu diesem Paragraphen die Gefahr von Quersubventionen diskutiert. Die CDU stellte zum Beispiel den Antrag, den Paragraphen 4 insofern zu präzisieren, dass keine unmittelbaren oder mittelbaren Zuwendungen des Landes oder des DVZ Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht werden sollten. Diese Klarstellung sollte dazu dienen, Befürchtungen von Anzuhörenden auszuräumen, die sich auf Marktverzerrungen beziehen. Die Koalitionsfraktionen lehnten eine solche präzisierende Formulierung ab. Sie meinten, der Gesetzesentwurf wäre ausreichend.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das meinen wir immer noch.)

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass eine solche Präzisierung durchaus angemessen wäre, um durch diese Verdeutlichung sicherzustellen, dass auch innerhalb des DVZ Quersubventionen ausgeschlossen werden sollen.

Ich will zum Ende kommen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und nur noch sagen, dass die CDU-Fraktion diesem Gesetzesentwurf auch in Zweiter Lesung nicht zustimmen wird, da keinerlei Bereitschaft während der Ausschussberatungen bestand, verdeutlichend Textpassagen aufzunehmen, die Missverständnissen oder Fehlinterpretationen vorbeugen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Nolte.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Anhörung zum Entwurf des DVZ-Gesetzes am 14. September 2000 haben die Vertreter der Unternehmerverbände sowie die Industrie- und Handelskammern deutliche Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf signalisiert.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Herr Nolte, die IHK Neubrandenburg hat da eine ...

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Das hört sich ein bisschen anders an, Frau Ministerin.)

Die IHK Neubrandenburg hat da eine abweichende Position,

(Wolfgang Riemann, CDU: Rostock auch. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Rostock nicht!
Das stimmt doch gar nicht! –
Wolfgang Riemann, CDU: Na klar!)

aber federführend war die IHK Schwerin. Und wenn es da jetzt Diskrepanzen gibt, dann muss das zwischen den Kammern ausgetragen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und, Herr Nolte, noch eins: Ihr so schön zitiertes Urteil vom OLG Hamm gilt nur für Kommunen. Also auch da haben Sie irgendwie danebengegriffen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist
im Finanzausschuss dargestellt worden. –
Wolfgang Riemann, CDU: Wir werden
es bei der EU prüfen lassen.)

Bei dieser Anhörung wurde eigentlich besonders positiv herausgehoben und für die Landesregierung bewertet, dass im Bereich der Landesverwaltung Einsparungen erzielt werden. Davon unbeeindruckt moniert die CDU-Fraktion nun die angebliche Mittelstandsfeindlichkeit des geplanten Gesetzes und hat ja sogar angekündigt, die Europäische Kommission wegen angeblicher Verstöße gegen EU-Recht einzuschalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wettbewerbsrecht.)

Davon haben Sie aber heute, wenn ich das richtig mitbekommen habe, Abstand genommen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein.)

weil Sie nun inzwischen mitgekriegt haben, Herr Nolte, dass es doch da nun eigentlich keine Probleme mehr geben kann.

Wer behauptet, das Gesetz sei mittelstandsfeindlich, hat sich offensichtlich nicht genug mit dem Gesetzesentwurf beschäftigt. Noch mal zur Erinnerung: Paragraph 3 des Entwurfes sieht ausdrücklich vor, dass das DVZ die für öffentliche Auftraggeber geltenden Vergaberichtlinien anzuwenden hat.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das wäre ja noch schöner!)

Insbesondere ist das DVZ an Paragraph 15 des Mittelstandsförderungsgesetzes gebunden. Es ist also verpflichtet, die Vergabeverfahren mittelstandsfreundlich zu gestalten.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wie bei den 3.000 Computern.)

Um es klar zu sagen, es geht nicht darum, den IT-Unternehmen des Landes Aufträge zugunsten des DVZ zu entziehen. Das DVZ übernimmt lediglich die Funktion einer zentralen Vergabestelle. Und, Herr Nolte, wir waren doch eigentlich damals alle einer Meinung, dass das DVZ so, wie mal die Konstruktion gestrickt worden war, in Ordnung ist und eine hundertprozentige Landestochter ist.

(Georg Nolte, CDU: Aber ohne
privatwirtschaftliche Beteiligung.)

Ich wundere mich immer, wo die CDU es dann auf einmal hernimmt, das, was sie selber zu verantworten hatte, auf einmal schlecht zu reden.

(Minister Till Backhaus:
Ja, ja, genau so. Alles vergessen. –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Alzheimer. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Was ist eigentlich los mit Ihnen, Herr Nolte?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Also die Aufträge werden wie bisher an mittelständische Unternehmen gehen.

Richtig ist allerdings, dass infolge der Bündelung der Bedarfe Rabatteffekte eintreten werden. Und wenn Sie dagegen sind, dann kann ich Ihnen nur sagen: Vergessen Sie doch Ihre gesamte Haushaltspolitik!

(Harry Glawe, CDU:
Das können wir zurückgeben.)

Aber da ist ja sowieso zurzeit nicht viel zu spüren.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Andreas Bluhm, PDS)

Meine Damen und Herren! Ich will noch mal auf die EU-Fähigkeit hinweisen, was die Haltung der Kommission in Brüssel angeht. So viel: Der Gesetzentwurf ist der Europäischen Kommission bekannt. Sie hat keine Einwände erhoben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil Sie ihr nicht
alle Unterlagen geschickt haben, Frau Keler.)

Unbegründet sind insbesondere die Bedenken der CDU-Fraktion.

(Wolfgang Riemann, CDU: Natürlich! Wir
wissen doch, was Sie dorthin geschickt haben. –
Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Ach, Herr Riemann, wissen Sie, Sie reden doch krauses Zeug!

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee! Wir wissen
doch, was Sie zur Kommission geschickt haben.)

Unbegründet sind insbesondere die Bedenken der CDU-Fraktion gegen die im Gesetzentwurf geregelte privatwirtschaftliche Betätigung des DVZ, denn grundsätzlich darf das Land über eine landeseigene Gesellschaft am Wettbewerb mit Dritten auf dem freien Markt teilnehmen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das wäre ja noch schöner!)

wenn es nach den gleichen Wettbewerbsgrundsätzen handelt, die für die freie Wirtschaft gelten. Damit aber gleiche Wettbewerbschancen für das DVZ und für private Bieter bestehen, wird das DVZ auf dem freien Markt mit denselben Risiken agieren müssen, denen ein konkurrierendes Privatunternehmen ausgesetzt ist. Aus diesem Grund bestimmt Paragraph 4 des Gesetzentwurfes, dass die Teilnahme am Wettbewerb nur über einen organisatorisch verselbständigten Betriebsteil erfolgen darf – und das ist Ihnen ausdrücklich im Ausschuss gesagt worden –, der über eine eigene Gewinn- und Verlustrechnung verfügt und keine weiteren unmittelbaren oder mittelbaren Zuwendungen des Landes erhalten darf. Also Ihre ganze Angst

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist nicht nur unsere Angst.)

um die Quersubventionierung, Herr Nolte, ist eine künstliche. Das ist ein Sturm im Wasserglas, was Sie hier machen. Auf diese Weise ist die Chancengleichheit gewahrt. Ich denke, wir sollten diesem Gesetzentwurf zustimmen und versuchen, dass das DVZ wirtschaftlich weiter solide agieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke schön, Frau Finanzministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der PDS-Fraktion.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man erlebt doch immer wieder Zeichen und Wunder. Herr Nolte hat offensichtlich die Diskussion der letzten sechs Jahre im Finanzausschuss irgendwie völlig verpasst oder verschlafen oder vergessen. Ich weiß es nicht so genau. Auf jeden Fall habe ich hier heute Sachen gehört, die sich in den letzten sechs Jahren im Finanzausschuss auch von CDU-Seite immer völlig anders anhörten.

Deshalb gestatten Sie mir, dass ich noch mal auf die Ausgangssituation eingehe, in die dieses Gesetz und dieser Gesetzentwurf einzuordnen ist. Ich möchte deshalb einige Aussagen aus dem „Spiegel“ vom 22.08.2000 zitieren, die unter der Überschrift und unter der Ausgangsthese die „Öffentliche Hand kauft zu teuer ein“ die fehlende Flexibilität der Behörden beklagen, sich dabei gerade auch auf den IT-Bereich beziehen und feststellen, dass in diesem Bereich deutschlandweit zweistellige Milliardenbeträge einsparbar seien. Die Ursache für diese überhöhten Ausgaben ist unter anderem die bisherige Praxis der Auftragsvergabe, was zur Verschwendung von Mitteln führt. – So sinngemäß der „Spiegel“. Um welche Größenordnungen es dabei laut „Spiegel“ geht, will ich auch noch anführen: 1998 hat der Staat für 493 Milliarden DM Sachgüter und Dienstleistungen geordert. Das sind immerhin 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das heißt, es geht hier also um erhebliche Summen.

Herr Nolte, und das ist nun mein größtes Problem. Wir haben in den letzten sechs Jahren im Finanzausschuss ganz speziell unter Ihrem Vorgänger als Vorsitzenden, Herrn Nötzel, immer wieder dieses Problem bei der Haushaltsberatung thematisiert. Es war eine Forderung des Finanzausschusses, einen IT-Gesamtplan für dieses Land aufzustellen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Lang genug hat es ja gedauert.)

Es war die Forderung, Herr Riemann, und Sie dürften es eigentlich doch noch wissen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich weiß es auch.)

hoffe ich doch mal, des Finanzausschusses. Es wurde gerade von Herrn Nötzel immer wieder – und in aller Bescheidenheit will ich sagen, von mir doch heftig unterstützt – formuliert, dass wir eine zentrale Stelle in der Landesregierung haben wollen, die die Planung und Beschaffung von IT macht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und jetzt vergießt Herr Nolte hier Krokodilstränen über die Kompetenz in den eigenen Häusern, die uns verloren

geht. Wir haben immer gesagt, diese Beschaffung durch die eigenen Häuser verursacht uns Millionen von unnötigen Ausgaben. Das war stets auch die Sicht der CDU.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Von daher frage ich mich also: Was ist nun plötzlich in Sie gefahren? Ich verstehe es nicht, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, denn ich denke, dieser Gesetzentwurf ist auch eine Reaktion der Landesregierung auf diese ständigen Forderungen des Finanzausschusses und damit auch des Landtages. Ich kann Ihnen ja hier auch Entschließungen zitieren aus den Haushaltsbeschlüssen des Landtages der letzten sechs Jahre, wo wir immer genau das gefordert haben. Deshalb sollten Sie manchmal schon überlegen, ob es nicht vielleicht doch besser ist, wenn man sich an sein Geschwätz von gestern ab und zu noch mal erinnert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Natürlich ist es so, wenn ich die Einheitlichkeit der Ausrüstung in den verschiedenen Häusern fordere, dann hat das unter anderem natürlich zur Folge, dass große Lose vergeben werden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Mittelstandsunternehmen – hat die Ministerin gerade gesagt.)

weil nur das dann billiger und effektiver wird. Natürlich hat das Probleme für die IT-Mittelstands- und -Kleinunternehmen zur Folge. Das ist richtig. Es ist auch darauf hingewiesen worden – Herr Nolte meinte, das sei dann nur Kosmetik –, dass die Landesregierung durchaus versucht hat, entsprechende Passagen in dem Gesetz zu verändern. Wir haben auch im Finanzausschuss darüber gesprochen. Die ausdrückliche Bezugnahme auf das Mittelstandsfördergesetz in einem anderen Gesetz ist ja ungewöhnlich, denn dass Gesetze einzuhalten sind, ist eigentlich a priori festgeschrieben. Aber es ist doch gerade deswegen gemacht worden, um zu verdeutlichen, dass es hier nicht darum geht, die Mittelstandsunternehmen zu gefährden. Aber natürlich ist es so, dass das nicht alles so weiterlaufen kann, wie es bisher gelaufen ist, weil es zu viel Kosten für das Land verursacht.

Auch die Klein- und Mittelunternehmen im IT-Bereich werden sich umstellen müssen, weil wir uns entscheiden müssen. Entweder wir wollen weiterhin die zu hohen Kosten bezahlen und lassen alles so weiterlaufen oder wir gehen Veränderungen ein und dann muss ich natürlich auch bei den Klein- und Mittelunternehmen im IT-Bereich etwas verändern. Ich denke schon, dass das richtig ist. Die Erfahrung mit dem großen Los der 3.000 PC hat natürlich auch gebracht – und das war ja wohl, wenn ich das richtig verstanden habe in den Anhörungen, eine einheitliche Einschätzung auch der betroffenen Unternehmen, die an der Auswertung beteiligt waren –, dass die KMU in Mecklenburg-Vorpommern im Umgang mit der VOL, mit dem Teilnehmerwettbewerb, mit der Einhaltung von Ausschreibungsanforderungen zulegen müssen. Ich gehe natürlich davon aus, dass das DVZ den Unternehmen in der Zukunft dabei helfen muss.

Ich will auch ganz deutlich sagen, in der Beschlussempfehlung ist eine Entschließung enthalten und die PDS meint die Zustimmung zu dieser Entschließung sehr ernst. Diese Entschließung besagt, dass wir in zwei Jahren die Wirkung dieses Gesetzes sehr genau evaluieren müssen, um nötigenfalls Veränderungen herbeizuführen, wenn die Praxis zeigt, dass das notwendig ist. Das meinen wir sehr

ernst, weil wir auch die Sorgen der betreffenden Unternehmen sehr ernst nehmen.

Deshalb will ich auch sagen, dass natürlich aus meiner Sicht oder aus Sicht der PDS-Fraktion das DVZ in dreierlei Hinsicht gefordert ist, zum einen in der Umsetzung des Gesetzes, der Einhaltung der VOL und der Ausschreibung aller Drittleistungen, ganz besonders unter dem Gesichtspunkt, wie kann durch Bietergemeinschaften und durch andere Möglichkeiten vielleicht in dem einen oder anderen Fall, auch durch Aufteilung der Lose, Klein- und Mittelunternehmen die Möglichkeit gegeben werden, sich hier zu beteiligen. Es ist dazu etwas gesagt worden.

Ein zweiter Punkt ist, dass die im Gesetz festgeschriebene strikte Trennung der Geschäftsbereiche als eine, wie auch ich glaube, ausreichende Möglichkeit für die unterschiedliche Betätigung des DVZ, so, wie es im Gesetz verankert ist, einzuhalten und so weit wie möglich auszugestalten ist.

Zum Dritten geht es natürlich – und deshalb steht es ja auch drin, ich habe das eben gesagt – um die wirkungsvolle Anwendung des Mittelstandsfördergesetzes.

Wenn wir ein Fazit ziehen, dann will ich noch mal betonen, das Land kann und muss mit seinem Vermögen für das Land arbeiten, also auch durchaus wirtschaftlich selber tätig sein und sehen, dass es möglichst wenig Geld für Dinge ausgeben muss, die das Land benötigt. Das vorliegende Gesetz bietet in einem Bereich trotz aller Probleme und Sorgen einen vernünftigen Ansatz und die PDS wird deshalb zustimmen.

Und ich will eine letzte Bemerkung machen. Herr Riemann hat es eben durch Zwischenrufe immer wieder aufgegriffen und hat es ja auch im Finanzausschuss angekündigt. Die CDU als Opposition hat natürlich das Recht, gegebenenfalls auch die Pflicht, Gesetze, die von der Mehrheit dieses Landtages beschlossen werden, durch entsprechende Instanzen überprüfen zu lassen. Das ist unbestritten, das ist auch in Ordnung so.

(Wolfgang Riemann, CDU: Danke.)

Aber ich will damit auch deutlich sagen, dass ich eine Hoffnung habe trotz anders lautender Erfahrung. Auch die Opposition sollte sehr genau abwägen, wie das Verhältnis von möglichem Nutzen und möglichem Schaden für dieses Land ist, und nach einer sehr sorgfältigen Abwägung dann Entscheidungen treffen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und kommen zur Abstimmung. Wir werden einzeln beraten über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 3/1381.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1540 empfiehlt der Finanzausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit der in der Beschlussempfehlung enthaltenen Maßgabe und im Übrigen unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf den Paragraphen 1 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? –

Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind der Paragraph 1 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und einer Stimmenthaltung bei der Fraktion der SPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 2 einschließlich Anlage A zum Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Danke sehr. Gibt es Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Paragraph 2 einschließlich Anlage A des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung mit dem gleichen Stimmverhalten wie vorher angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 3 bis 6 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer diesen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Danke sehr. Die Stimmenthaltungen. – Danke sehr. Damit sind die Paragraphen 3 bis 6 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung und Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1540 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung in den Reihen der Fraktion der SPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

In Ziffer 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer dieser Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Danke sehr. Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1540 ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung und Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen. Dieser Entwurf eines Gesetzes liegt Ihnen vor auf Drucksache 3/1521.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum
Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-
Vorpommern und dem Land Nordrhein-Westfalen
über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer
und der vereidigten Buchprüfer des Landes
Mecklenburg-Vorpommern zum Versorgungswerk
der Wirtschaftsprüfer und vereidigten
Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen
(Wirtschaftsprüferversorgungsgesetz –
WVZG M-V –)**

(Erste Lesung)

– Drucksache 3/1521 –

Das Wort zur Einbringung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprachezeit von bis zu fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Das Wort innerhalb der Aussprache hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wirtschaftsprüferversorgungsgesetz – so eine Bezeichnung, glaube ich, können nur Juristen erfinden.

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD,
und Detlef Müller, SPD)

Der Text der Überschrift ist länger als das Gesetz vielleicht selber. Aber bevor ich zum Thema komme, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung.

Herr Ministerpräsident Dr. Ringstorff, Sie sagten heute früh in der Regierungserklärung, ich darf zitieren: „Nur wenn wir unsere Demokratie aktiv leben, wenn wir verantwortungsvoll und achtungsvoll miteinander umgehen, sind wir der heranwachsenden Generation ein gutes Vorbild.“ Herr Dr. Ringstorff, ich möchte dieses Podium nutzen und Sie auffordern, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Hören Sie auf, vom Investitionsschreck Riemann und Co zu reden!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Hören Sie auf, Lügen zu verbreiten, wie Sie es in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz in Ostvorpommern getan haben, als Sie äußerten: „Ich habe gehört, dass es hier in der Region einen CDU-Abgeordneten gibt, der meint,“

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Auf der
Tagesordnung steht aber was ganz anderes.)

„es gebe hier zu viele Ausländer.“ Auf die Nachfrage der Presse, ob damit der CDU-Landtagsabgeordnete Riemann gemeint sei,

(Heinz Müller, SPD: Zur Sache!)

haben Sie genickt. Herr Dr. Ringstorff, ich fordere Sie auf: Hören Sie auf, Lügen zu verbreiten! Das haben Sie nicht nötig. Ich fordere Sie auf: Leben Sie Demokratie aktiv und gehen Sie verantwortungsvoll und achtungsvoll auch mit den Abgeordneten der Opposition um!

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie Armer!
Sie Armer! – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD)

Nun zum Thema.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist
Missbrauch der Tagesordnung, Herr Riemann!)

Das ist ein schönes Gesetz. Darüber kann man nicht streiten. Wir sind für eine Überweisung, aber da keine Kostenrelevanz vorhanden ist, für eine Überweisung federführend in den Wirtschaftsausschuss und für den Finanzausschuss allenfalls mitberatend. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Rudolf Borchert, SPD:
Ja, so kommt man ans Rednerpult.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Riemann, ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf für die gemachten Äußerungen innerhalb Ihres Redebeitrages.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1521 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag vom 29. September 2000 zur Änderung des Staatsvertrages vom 17. Dezember 1992 über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband. Dieser Gesetzentwurf liegt Ihnen auf Drucksache 3/1525 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag vom
29. September 2000 zur Änderung des Staats-
vertrages vom 17. Dezember 1992 über den
Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband
(OSGV-Änderungsstaatsvertrag)**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 3/1525** –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin. Bitte sehr, Frau Keler, Sie haben das Wort.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Die Landesregierung hat Ihnen einen Gesetzentwurf zugeleitet, in dem Sie um Zustimmung zum Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbands-Änderungsstaatsvertrag gebeten werden, der am 29. September 2000 von den vier Ministerpräsidenten unterzeichnet wurde.

Ein neuer Staatsvertrag wurde nötig, weil der Freistaat Sachsen den ursprünglichen Staatsvertrag mit Wirkung zum 31. Dezember 2000 gekündigt und das Land Sachsen-Anhalt von dem Recht einer Anschlusskündigung Gebrauch gemacht hat. Der unter Federführung von Mecklenburg-Vorpommern ausgehandelte Vertrag eröffnet die Option, den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband als 4-Länder-Verband zu erhalten, eine Option, zu der es nach Auffassung der Landesregierung keine realistische Alternative gibt.

Eine Weiterführung des ursprünglichen Staatsvertrages unter den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit der Folge, dass die sächsischen Sparkassen sowie die Sparkassen Sachsen-Anhalts aus dem Verband ausscheiden, hätte fatale Folgen für die Sparkassen unseres Landes. Es ist ja nicht nur so, dass die Verbands-einrichtungen, für die die Sparkassen erhebliche Investitionen aufgebracht haben, in dem Fall völlig überdimensioniert wären, es wären obendrein enorme Unterhaltungs- beziehungsweise Folgekosten auf die Sparkassen zugekommen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Weit schwerer wiegt aber, dass sich die Qualität der Dienstleistungen des Verbandes für die Sparkassen und Kommunen dieses Landes nicht in der gewohnten Form aufrechterhalten ließe. Wir brauchen uns nur an die Rolle des OSGV beim Aufbau der ostdeutschen Sparkassenorganisation zu erinnern, um einzuschätzen, was wir verlieren würden. Auf die verschärften Wettbewerbsbedingungen im Kreditgewerbe reagiert der Verband bereits mit einer Strukturreform. Aber es ist nicht nur die Qualität der Dienstleistungen, die uns bewegt, am OSGV als 4-Länder-Verband festzuhalten. Die gebündelte Interessenvertretung der Ostdeutschen Sparkassen erhält durch den OSGV ein Gewicht, das ohne ihn nicht annähernd zu erreichen wäre. Letzten Endes ist nur so den besonderen Verhältnissen der Sparkassen in den neuen Bundesländern angemessen Ausdruck zu verleihen.

Welchen Inhalt hat nun der neue Staatsvertrag über den OSGV? Zunächst einmal enthält er Bestimmungen, die eine Einbindung des Sachsen-Finanzverbundes und seiner Mitglieder in den OSGV ermöglichen. Dadurch erst wurde sein Fortbestehen als 4-Länder-Verband möglich.

Der neue Staatsvertrag regelt ferner die künftige Bestimmung des Verbandssitzes, den Grundsatz des Kapitalstimmrechts und die Weisungsfreiheit der Verbandsorgane. Der Aufgabenkreis des Verbandes wird erweitert, die Befugnisse der Verbandsaufsicht nach dem Bestimmtheitsgrundsatz werden konkretisiert. Grundsatzentscheidungen regeln die nachfrageorientierte Bemessung der Verbandsumlage, die Rechnungslegung des Verbandes und das Prüfungsrecht der Landesrechnungshöfe.

In dem Staatsvertrag, der Ihnen vorliegt, hat jeder der Beteiligten Zugeständnisse machen müssen, angefangen von der sächsischen Staatsregierung, die erhebliche Konzessionen gemacht hat, was die Ausgestaltung des Sachsen-Finanzverbundes angeht, bis hin zu den Sparkassen und Kommunen, deren Entscheidungsspielräume gegenüber dem früheren Zustand eingeschränkt wurden.

Wir haben es uns und den anderen Vertragspartnern in den Verhandlungen um den neuen Staatsvertrag nicht leicht gemacht. Die Kommunen und Sparkassen wurden bereits frühzeitig beteiligt und die Regelungen des Staatsvertrages wurden mehrfach mit den Betroffenen besprochen. Ihre Stellungnahmen wurden berücksichtigt und führten zu diversen Änderungen. In den Beratungen der Ausschüsse wird sich das nachvollziehen lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch auf einen besonderen Punkt eingehen: Der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern hat die Befassung des Landtages mit dem OSGV-Staatsvertrag zum Anlass genommen, den Fraktionsvorsitzenden eine Novellierung des Sparkassengesetzes zu empfehlen. Diese Novelle hat eine Präzisierung des öffentlichen Auftrages der Sparkassen zum Ziel.

Der Landkreistag hat damit ein Thema öffentlichkeitswirksam aufgegriffen, das für die Sparkassen in unserem Lande sehr bedeutsam ist und daher sehr sensibel gehandhabt werden muss. Es geht um die Frage, wie wir am besten auf die Wettbewerbsbeschwerden privater Banken gegenüber der EU-Kommission in Brüssel reagieren. Die neue Definition des öffentlichen Auftrags soll hier nach den Vorstellungen des Landkreistages Entlastung schaffen. Dieses Anliegen ist durchaus nachvollziehbar, andererseits ist es aber auch gefährlich, weil wir dadurch

einräumen würden, dass die Sparkassen einer nachträglichen Legitimation bedürfen. Hinzu kommt – und das ist besonders heikel –, dass wir einen Keil zwischen die Sparkassen und die Landesbanken treiben würden, die einen vergleichbaren öffentlichen Auftrag eben nicht gesetzlich verankert haben. Von keinem anderen Bundesland wird darum zurzeit eine Änderung des öffentlichen Auftrags befürwortet. Auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat sich gegen eine Novellierung der Sparkassengesetze ausgesprochen.

Für Mecklenburg-Vorpommern würde sich mit dem Vorschlag des Landkreistages eine isolierte Regelung ergeben, die sich für die Sparkassen und Kommunen in unserem Land nur nachteilig auswirken kann. Ich bitte Sie daher, dem Vorschlag des Landkreistages nicht zu folgen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nolte von der Fraktion der CDU.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband ist im Unterschied zu den Verbänden in den alten Bundesländern ein Verbandsorgan, das durch insgesamt vier neue Bundesländer – mit Ausnahme von Thüringen – im Jahre 1990 gebildet wurde. Er hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen zu fördern und es unter anderem gegenüber der EU wettbewerbsrechtlich zu vertreten, ein Punkt, der mir angesichts der aktuellen Debatte um die Rolle der großen Landesbanken besonders wichtig erscheint, um die Gewährträger in Fragen des Sparkassenwesens zu unterstützen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zeigt, dass offenbar die Aspekte der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit in der Tätigkeit des OSGV zukünftig stärker zum Tragen kommen sollen. Zudem sollen das Prüfungsmonopol gegenüber den Sparkassen aufgehoben und damit insgesamt die Rechte der Länder und der jeweiligen Landesrechnungshöfe gegenüber dem OSGV gestärkt werden.

Wie bei jeder Gesetzesnovellierung ist selbstverständlich zunächst zu fragen, wie die davon Hauptbetroffenen, nämlich die Vertreter der Kommunen und die Vertreter der Sparkassen, in den Gremien des OSGV zu den geplanten Veränderungen stehen.

Die Landesregierung führt unter Punkt 1 – Problem des Gesetzentwurfes, Drucksache 3/1525, Seite 2 – selbst aus, dass die kommunalen Spitzenverbände unseres Landes in einer Verbandsanhörung geäußert hätten, ich darf hier zitieren, „dass der Staatsvertragsentwurf nicht dem Ziel einer möglichst schlanken Regelung entspreche und die Selbstverwaltungsrechte der Verbandsmitglieder nicht ausreichend respektiere.“ Die Fraktion der CDU teilt diese Auffassung. Die Beratungen im Fachausschuss werden zeigen müssen, ob hier noch weiterer Handlungs-

bedarf besteht und, wenn ja, in welcher Form er dann in das Gesetz einfließen kann. Es kann in diesem Zusammenhang nicht hingenommen werden, wenn die Landesregierung ebenfalls in der Problembeschreibung ausführt, dass weitergehende Veränderungen nicht möglich wären.

Meine Damen und Herren, Frau Finanzministerin, wenn der Landtag als gesetzgebendes Organ zu dem Ergebnis kommen sollte, dass grundlegender Änderungsbedarf besteht, werden Sie gar nicht umhinkommen, Nachverhandlungen durchzuführen. Beispielsweise halten wir es für diskussionswürdig, ob das bisher geltende Prüfungsmonopol des OSGV gegenüber den Sparkassen wirklich aufgehoben werden sollte, denn durch die praktische zusätzliche Prüfung durch die Landesrechnungshöfe wird meiner Auffassung nach das bereits oben erwähnte Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durch zusätzlichen Aufwand möglicherweise in Frage gestellt. Es ist auch zu fragen, ob der Landesrechnungshof die für ihn zusätzlich anfallenden Aufgaben mit seinem vorhandenen Personalbestand durchführen kann oder ob möglicherweise die Erfüllung anderer ihm zugewiesener Prüfungsaufgaben darunter leiden muss, aber zu thematisieren ist es wohl in jedem Fall.

Im Übrigen hat der Hinweis der kommunalen Spitzenverbände schon etwas für sich, nämlich, dass der OSGV ausschließlich durch die erwirtschafteten Beträge der Sparkassen, nicht jedoch aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Ob insofern der Landesrechnungshof einzuschalten ist, erscheint zumindest fraglich.

Zudem frage ich mich, welche konkreten empirischen Belege es gibt, dass das bisherige Prüfungsverfahren augenscheinlich unzureichend war. Offenbar müssen ja Hinweise existieren, die darauf hindeuten, dass die Prinzipien von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße eingehalten wurden. Auch solche Hinweise werden in den Ausschussberatungen genau zu prüfen sein. Weitere Fragen werden ebenfalls zu klären sein, etwa ob die Abgrenzung zwischen Rechts- und Fachaufsicht in der vorgesehenen Form des Paragraphen 3 der Weisheit letzter Schluss ist.

Zudem, ich deutete es oben bereits an, sollten die Beratungen auch dazu genutzt werden, die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens in den europäischen Kontext zu stellen und auch nach draußen nochmals deutlich zu machen, wie die in diesem Landtag vertretenen Parteien zu diesem System stehen. Meine Fraktion ist zu diesem Bekenntnis jedenfalls bereit und wird die Debatte in den Ausschüssen konstruktiv begleiten. In diesem Sinne stimmen wir der Überweisung des Gesetzentwurfes in den Finanz- und Innenausschuss zu. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Nolte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt hier keine großen Redeschlachten fortsetzen zwischen Herrn Nolte und mir. Aber, Herr Nolte, Sie wissen natürlich genauso gut wie ich, dass in solchen Staatsverträgen, wie wir sie hier vorliegen haben, der Handlungsspielraum des Landtages relativ begrenzt ist. Er kann natürlich, das ist völlig klar,

den Gesetzentwurf der Regierung ablehnen und damit das Inkrafttreten dieses Staatsvertrages verhindern. Wenn es schwerwiegende Mängel gibt, sollte der Landtag das auch tun. Aber wir müssen natürlich auch genau wissen und prüfen, was passiert, wenn wir das tun. Und wenn wir das tun, ist mit allergrößter Wahrscheinlichkeit der OSGV Vergangenheit. Sie wissen, dass es die Kündigung von zwei Ländern zum 31.12.2000 gibt, dass zwei Länder – Sachsen und Sachsen-Anhalt – austreten wollen. Und ich hoffe, Sie sind mit uns einer Meinung, dass im Interesse der Sparkassen unseres Landes die Weiterexistenz des OSGV oberste Priorität haben sollte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

In diesem Sinne denke ich, dass der vorliegende Gesetzentwurf genau diesen Aufgaben erst einmal gerecht wird, nämlich überhaupt dem Erhalt des OSGV und vor allen Dingen auch als eine Vereinigung von vier Ländern. Und wenn unsere Sparkassen gegen die Entwicklung der Großbanken in der Gestaltung der Wirtschaft mithalten wollen, dann werden wir diesen OSGV brauchen. Ich hoffe, dass das Konsens ist. Von dieser Basis aus müssen wir dann auch an die Diskussion dieses Gesetzentwurfes und des Staatsvertrages herangehen.

Es ist einiges zu den Vorteilen gesagt worden, die Frau Ministerin hat es gesagt. Auch Herr Nolte hat das eine oder andere genannt. Ich will das nicht wiederholen, weil ich denke, dass es durchaus eine ganze Reihe von Verbesserungen gibt, die hier zu verzeichnen sind, was die weiteren Arbeitsmöglichkeiten des OSGV betrifft.

Ich weiß im Einzelnen nicht genau, ich hatte keine Gelegenheit, die sächsische Landesregierung zu befragen, wo ihre Probleme liegen und weshalb sie austreten wollte aus diesem Verband, aber ich gehe anhand dieser Tatsache der Kündigung durch zwei Länder davon aus, dass es Unzufriedenheiten gegeben hat, und ich gehe gleichzeitig nach der Ratifizierung dieses Staatsvertrages davon aus, dass diese Unzufriedenheiten ausgeräumt worden sind. Das ist für mich erst einmal ein ganz wichtiges Argument, auch wenn vielleicht nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten. Solche Dinge sind natürlich immer ein Kompromiss.

Auch uns liegt natürlich die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände vor. Ich denke schon, dass man bei der Beobachtung dieses Staatsvertrages – ich weise darauf hin, wenn er in Kraft tritt, dass er erstmals zum 31.12.2005 kündbar ist – schon einmal hingucken muss, wie das eine oder andere Problem, das hier angesprochen worden ist, sich auswirkt und ob dann in Zukunft dort weitere Veränderungen notwendig sind. Ich weise auf die Frage hin: Ist die Einbeziehung des Landesrechnungshofes nicht so sehr unter der Verletzung von Selbstverwaltungsrechten, sondern unter der Frage der Wirtschaftlichkeit – mit solchen Prüfungen sind ja auch immer Kosten verbunden – sinnvoll auf Dauer oder ist es nicht sinnvoll? Diese Frage würde ich in der Wirkung des Staatsvertrages auch schon gern beantwortet haben. Ebenso steht die Frage: Ist die Verteilung der Finanzierungsbeiträge für die kleineren Sparkassen wirklich angemessen, so, wie sie vorgesehen sind? Aber all das sind natürlich Fragen, die wir in der weiteren Arbeit beobachten sollten und wo wir dann in der möglichen Veränderung dieses Staatsvertrages in der Zukunft vielleicht einen Schritt weiterkommen müssen.

Ich will für die PDS-Fraktion eindeutig erklären, dass die Probleme, die es möglicherweise gibt, und die Einwände, die uns bekannt sind, nicht so substantiell sind, dass wir damit die Weiterexistenz des OSGV gefährden möchten. Wir stimmen der Überweisung zu und hoffen, dass wir gemeinsam sehr schnell und zügig zu einer Behandlung des Gesetzes kommen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat in seiner bemerkenswerten Regierungserklärung heute Morgen eine ganze Fülle von Personen, Personengruppen und Institutionen aufgezählt, die maßgeblich zur Aufbauleistung in diesem Land in den letzten zehn Jahren beigetragen haben. In diese Aufzählung – das soll keine Kritik sein, so eine Aufzählung kann nicht vollständig sein, aber von der Sache her halte ich die Bemerkung schon für berechtigt – hätten nahtlos auch die Sparkassen als kommunale Geldinstitute gepasst, denn das, was Sparkassen in diesem Land gerade auch für die örtliche und die regionale Wirtschaft leisten, das trägt sehr wohl mit dazu bei und hat mit dazu in diesem Land beigetragen, das zu vollbringen, was in den letzten zehn Jahren vollbracht worden ist. Ich glaube, diese Meinung wird auch von allen drei Fraktionen dieses Hauses geteilt.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich erinnere mich an die Diskussionen zur Novellierung des Sparkassengesetzes, wo wir alle diese Leistungen der Sparkassen betont haben. Und das, was für Mecklenburg-Vorpommern gilt, gilt für die anderen neuen Bundesländer in ähnlicher Weise. Wir alle wissen, dass eine solche Leistung erleichtert und vereinfacht wird durch einen schlagkräftigen Zusammenschluss unserer Sparkassen und ihrer Gewährträger in den neuen Ländern. Leider ist Thüringen nicht dabei, aber diese Funktion übernimmt der OSGV, der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband. Ich denke, es war deshalb ein sehr bedauerlicher Schritt, dass die sächsische Staatsregierung im Dezember 1998 diesen Staatsvertrag zum Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband gekündigt hat und dass die Landesregierung von Sachsen-Anhalt sich faktisch dieser Kündigung angeschlossen hat.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass es in, wie wir alle wissen, äußerst schwierigen und komplizierten Verhandlungen gelungen ist, zu einer Neuformulierung des OSGV-Vertrages zu kommen und damit diesen Verband als 4-Länder-Anstalt fortzusetzen. Ich weiß, dass das alles sehr schwierig war, und ich denke, es ist an dieser Stelle angebracht, dem Mann, der für Mecklenburg-Vorpommern diese Verhandlungen geführt hat und der, wie wir wissen, in den Gesamtverhandlungen auch eine entscheidende Rolle gespielt hat, nämlich Staatssekretär Dr. Mediger, für seine Arbeit zu danken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon bei den Lobesworten sind, dann sollten wir auch nicht vergessen, das Verfahren, das hier gewählt worden ist, die kommunalen Verbände zu einem frühen Zeitpunkt in die Ergeb-

nisdiskussion mit einzubeziehen, ihre Anregungen aufzugreifen, ebenfalls zu loben. Ich denke, es hat sich gezeigt, dass so etwas sehr sinnvoll ist. Wir sollten es an anderer Stelle ebenfalls praktizieren.

Das, was an Ergebnissen herausgekommen ist, sehe ich und sehen auch die kommunalen Verbände allerdings bei weitem nicht so negativ, wie das der Kollege Nolte hier getan hat. Herr Nolte, Sie haben das Schreiben, das der Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag dem Finanzministerium übersandt haben, nur unvollständig zitiert. Natürlich ist es richtig, dass es auf Seiten der kommunalen Verbände weitere Wünsche gibt und man diesen vorliegenden Vertrag noch nicht bis ins letzte TZ für der Weisheit letzter Schluss hält. Aber, und das haben Sie leider vergessen zu zitieren, die kommunalen Spitzenverbände sagen sehr deutlich, dass dieser Vertragsentwurf eine Fülle von Verbesserungen gegenüber dem Ausgangsentwurf enthält. Da werden genannt:

- ausgewogenes Gesamtstimmrechtsverhältnis,
- Errichtung des Verbandes,
- Modalitäten des Stimmrechts in der Verbandsversammlung,
- Umfang der Geltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit,
- Ausgestaltung der Informationspflicht gegenüber den Vertragsländern,
- regionale Ausgewogenheit bei der Errichtung selbständiger Einrichtungen und dem Eingehen mittelbarer Beteiligungen
- und die Deckung der Verbandskosten.

In all diesen Punkten, meine Damen und Herren, hat sich dieses Papier wesentlich den Forderungen der kommunalen Verbände angenähert, ist aus Sicht der kommunalen Verbände besser geworden. Dieses heben die kommunalen Verbände in ihrem Schreiben ausdrücklich hervor. Ich denke, wir sollten das so sehen und es entsprechend werten.

Das bedeutet natürlich nicht, dass wir die noch bestehenden Wünsche jetzt einfach vom Tisch wischen und sagen, damit setzen wir uns nicht auseinander. Im Gegenteil, die Überweisung in die Ausschüsse scheint ja hier unproblematisch zu sein. Selbstverständlich wird auch die SPD dieser Überweisung zustimmen und wir werden uns natürlich mit diesen Forderungen auseinander setzen. Aber wir sollten eines sehen: Wir sind hier auch als Landtag nicht mehr Alleinherrscher des Verfahrens. Wir haben einen Vertrag vor uns, der von vier Landesregierungen beziehungsweise Ministerpräsidenten unterzeichnet worden ist. Und wenn wir Änderungen wollen, dann können wir sie nur durchsetzen im Einvernehmen mit den anderen drei Vertragspartnern. Deshalb, befürchte ich, wird es sehr schwierig werden, tatsächlich Veränderungen durchzusetzen. Dass wir den OSGV und diesen Vertrag brauchen, denke ich, dürfte unstrittig und für uns alle gemeinsame Diskussionsbasis sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Müller.
Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1525 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Schaffung von Bestimmungen zum Maßregelvollzug, Drucksache 3/1529.

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
und Schaffung von Bestimmungen
zum Maßregelvollzug
(Erste Lesung)
– Drucksache 3/1529 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf hat eine Geschichte, wie Sie wissen. Wir reden ja nicht nur von Pleiten, Pech und Pannen, sondern wir reden vom verantwortungslosen Umgang mit Sicherheitsfragen im Maßregelvollzug Ueckermünde. Leib und Leben unschuldiger Bürger wurden gefährdet, weil die Spitze des Sozialministeriums – Frau Dr. Bunge, Dr. Azzola und der Berater mit Sonderstatus, Herr Lieber – das Thema Sicherheit immer als Nebensache angesehen und auch so behandelt hat.

Dieser unglaublich laxer Umgang mit gefährlichen Straftätern war so lange aber auch nur möglich, weil die Landesregierung – an der Spitze Sie, Herr Dr. Ringstorff und Herr Holter – diesem Maßregelvollzugsteam im Sozialministerium den Rücken gestärkt hat. Sie hätten sich als Oppositionspartei bei einem CDU-besetzten Sozialministerium nicht so sachlich und geduldig mit der Verbesserung bestehender Sicherheitskonzepte und Vorschläge für unabhängige Gutachter beschäftigt. Ich glaube, Sie hätten sehr schnell einen Antrag auf Ablösung dieses CDU-Ministers beziehungsweise dieser Ministerin gestellt. Frau Koburger wäre nicht wie im Ausschuss nur auf die Palme gegangen, sondern sie hätte wahrscheinlich täglich Frauendemos organisiert, wenn das unter einem CDU-geführten Ministerium so in diesem Lande passiert wäre.

(Annegrit Koburger, PDS: Nee,
das unterscheidet uns zum Glück.)

Das unterscheidet uns? Na, ich glaube, das können wir schon einschätzen.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Herr Dr. Ringstorff, noch ein Satz zu Ihrer Verteidigungsrede für Frau Dr. Bunge in der vorigen Landtagssitzung. Ich glaube, so ein Team hätte es bei einem CDU-geführten Ministerium erst gar nicht gegeben, und wenn, dann hätte es sich nicht ein Jahr lang bei diesen Skandalen so gehalten. Ich glaube, dafür hätte unsere Fraktion schon gesorgt.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD:
Das ist reines Wunschdenken. –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hatten wir da nicht einen Innenminister mit vielen Problemen?)

Und gerade wegen Ihrer Rede, Herr Dr. Ringstorff, und wegen dem Umgang dieser Koalition mit den Verantwortlichen für die Skandalklinik Ueckermünde darf ich Sie noch einmal daran erinnern, auch wenn Ihnen das nicht gefällt: Das Grundsatzproblem war, ist und bleibt Ihre Einstellung. Sie setzen doch bis heute – und das haben wir ja bis zur letzten Minute gehört – auf ein Therapiekonzept, das die Gefährlichkeit der Straftäter eben viel zu wenig berücksichtigt. Diese Ihre Grundeinstellung ermöglichte doch erst die Skandalserie in Ueckermünde, weil trotz unserer Kritik und unserer sachlichen Vorschläge die Sicherheitsprobleme eben nicht ernst genommen wurden.

Nach dem Ausbruch am 30. Oktober vorigen Jahres von Zander und Co war klar, dass es Beihilfe aus der Wohngruppe, also Fluchthilfe gegeben hat. Trotzdem blieb es bei der unglaublichen Praxis, den Grundsatzbeschluss über Freigang sowie Lockerungsstufen dort in der Wohngruppe zu fassen. Vor dem Ausbruch wurden Chefarzt Ludwig und Pflegedienstleister Schindler von ihrem Personal schriftlich auf die Sicherheitsprobleme hingewiesen. Das haben Sie doch im Ausschuss mitgehört. Ich denke, Sie haben dort zugehört.

(Annegrit Koberger, PDS:
Aber Sie augenscheinlich nicht.)

Nach dem Ausbruch erhielten Frau Dr. Bunge und Professor Azzola diese Information im Gespräch mit einem Pfleger. Herr Azzola sagte im Übrigen damals schon die Verbesserung des Sicherheitskonzeptes, die Überarbeitung von Haus- und Dienstordnung, die Optimierung der Abstimmung zwischen dem Sozialministerium, Innenministerium und Justizministerium sowie die Optimierung der Videoanlage zu.

Nach dem Auftreten von Frau Dr. Bunge, Professor Azzola und der Anstaltsleitung in der Sitzung des Sozialausschusses am 8. November vorigen Jahres war uns nur eines klar: Mit solchen Experten im Ministerium und mit dieser Koalition gibt es weder ein Sicherheitskonzept noch eine Veränderung der Einstellung zum Maßregelvollzug. Die von dort ausgehenden Gefahren wurden auch nach dem 8. November viel zu lax abgehandelt. Wir entschlossen uns daher zu einer Novellierung des PsychKG per Dringlichkeit. Der Ausbruch von zwei gefährlichen Straftätern am 12. Dezember 1999 bestätigte leider unsere Befürchtungen. Unser Antrag wurde trotzdem am 15. Dezember abgelehnt, obwohl krasse Sicherheitsmängel wiederum die Flucht drei Tage vorher begünstigten. Spätestens nach dem so genannten 10-Punkte-Programm vom 15. Dezember vorigen Jahres hat die Sozialministerin die politische Verantwortung übernommen, denn das war ihr Programm. Darauf muss man noch mal hinweisen, offenbar haben Sie das noch nicht ganz so klar erkannt. Aber auch nach dem 15. Dezember wurden keine ernsthaften Versuche zur Verbesserung der Sicherheit unternommen.

Schon kurz nach den großen Tönen zum 10-Punkte-Programm wurde klar, dass es ein Sicherheitskonzept für den Maßregelvollzug, welches diesem Namen gerecht wird, mit dem Superstaatssekretär und seiner Ministerin nicht geben kann. In den Beratungen zum PsychKG haben wir Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit im Maßregelvollzug und zur Übertragung der Fachaufsicht auf das Sozialministerium eingebracht. Trotz der Vorfälle und der Gefährdung von Leib und Leben haben Sie als Koalition unsere Anträge in den Ausschüssen abgelehnt und damit natürlich Frau

Dr. Bunge und Herrn Professor Azzola den Rücken gestärkt. Logischerweise wurden keine Probleme mehr ernst genommen, geschweige denn ein Sicherheitskonzept umgesetzt. Die nächsten skandalösen Vorfälle mit Entweichungen, versuchter Vergewaltigung und die Vergewaltigung einer Pflegerin konnte es nur geben, das muss man ganz deutlich sagen, weil die Verantwortlichen mit ihrer Unterstützung untätig geblieben sind. Die Vergewaltigung vom 25. Juli offenbarte, dass alle Missstände, die wir kritisiert hatten, dass das Kompetenzwirrwarr und die gefährliche Sicherheitslücke

(Annegrit Koberger, PDS: Das ist überhaupt nicht wahr! Erzählen Sie doch nicht solche Leuschen!)

trotz aller Versprechungen von Frau Dr. Bunge und Professor Azzola immer noch nicht beseitigt wurden. Das können Sie nachlesen.

Die Ausschusssitzung am 3. August – die war übrigens ganz interessant – machte klar, dass wider besseres Wissen und trotz wiederholter Ausbrüche die Sicherheit im Maßregelvollzug bis dato sträflich vernachlässigt worden ist. Und dafür sind Frau Dr. Bunge und Professor Azzola politisch und persönlich verantwortlich. Ich frage mich, wer denn sonst noch. Wer nach so einer unglaublichen Skandalserie seine Verantwortung immer noch leugnet, der hat eben nichts, aber auch nichts dazugelernt. Und wer Menschen durch seine Untätigkeit einer tödlichen Gefahr aussetzt und glaubt, das mit einem Blumenstrauß aus der Welt zu schaffen, den kann man eben nur noch zum Rücktritt auffordern. Und dass ein gefährlicher Verbrecher wie Zander, der wegen schweren Raubes und Geiselnahme zu langjähriger Haft verurteilt war, diese Situation nutzen würde, das war doch wohl für jeden Insider absehbar. Mit seiner zweiten Flucht hat er nachgewiesen, dass seit seinem ersten Ausbruch mit Geiselnahme Ende Oktober 1999 lax und verantwortungslos weitergemacht wurde.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Haben Sie ihn dabei beraten?)

Wissen Sie, so lax, wie Sie das noch sehen, Herr Dr. Schoenenburg, kann ich es nicht sehen. Hier geht es um Gefährdung von Menschenleben und da sollten Sie auch als jemand, der in dieser Koalition ja sehr viel mit zu bestimmen hat, doch mal darüber nachdenken, ob Sie sich da nicht vielleicht mal eine andere Einstellung zulegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Darüber denke ich ständig nach.)

Ich meine schon, vor allen Dingen mit dem Anruf bei N3 hat er die Verantwortlichen, hat er Sie auch eigentlich in peinlichster Weise vorgeführt. Oder haben Sie das nicht so gesehen?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Deswegen frage ich ja auch, ob Sie ihn beraten haben.)

Auf diese Frage will ich lieber nicht antworten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, das glaube ich.)

Ich glaube, das würde Ihnen ganz und gar nicht passen. Sie würden garantiert nicht die Antwort von mir erhalten und ich würde wahrscheinlich einen Ordnungsruf bekommen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh, Sie Armer! – Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Was muss denn eigentlich noch alles passieren, damit Herr Ringstorff jemanden entlässt, der seinem hochbezahlten Job nicht gerecht wird bis zur letzten Sekunde –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, nee, den Justizminister hat er auch entlassen. So ist das nicht.)

das haben wir am 3. August in der Ausschusssitzung gesehen – und der uneinsichtig seine Fehler, um nicht zu sagen, naiv, verteidigt?!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Den Justizminister hat er ja entlassen. Also ganz so ist das nicht.)

Dem neuen Justizminister wird dann vorab im Eilverfahren am 13. September 2000 der Maßregelvollzug übertragen. Ich glaube, das ging aber auch nicht mehr anders in dieser Situation.

Das letzte Jahr machte deutlich, die Koalition und die Regierung – und das ist bis heute das Problem – setzen weiter auf die alleinige Entscheidung des Arztes ohne Berücksichtigung der Einweisungsgründe für gefährliche Straftäter.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Auch unabhängige Gutachter lehnen sie bis heute ab. Aus diesem Grunde haben wir ein Maßregelvollzugsgesetz vorgelegt, in dem die Ausgewogenheit zwischen Therapie und Sicherheit klar festgeschrieben ist, und zwar die Ausgewogenheit, die wir in den Ausschüssen immer gefordert haben. Die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehene Zweiteilung – PsychKG und Maßregelvollzugsgesetz – führt eben zu mehr Rechtssicherheit.

(Annegrit Koburger, PDS:
Das wäre zu beweisen.)

Die Änderungen im PsychKG entsprechen dieser Trennung und müssen aus diesen Gründen nicht weiter erläutert werden. Therapie und Vollzug werden sach- und fachgerecht der Aufsicht des Justizministeriums übertragen und das ist das einzige Vernünftige, was Sie bisher gemacht haben.

(Annegrit Koburger, PDS:
Das ist Ihre Auffassung.)

Nun, meine Auffassung kann ich hier deutlich sagen, obwohl Sie sicherlich zu freier Meinungsäußerung schon sehr lange eine andere Auffassung haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Nun reißen Sie sich mal zusammen! – Dr. Margret Seemann, SPD:
Das kann er nicht, Frau Gramkow.)

Nun zu einigen wichtigen Einzelheiten unseres Gesetzes.

In Paragraph 1 wird das Ziel klar definiert. Der Patient soll durch Therapie zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft befähigt werden. Die Sicherheit und der Schutz der Allgemeinheit sowie des Personals der Einrichtungen vor erheblichen rechtswidrigen Taten sind dabei vorrangig zu gewährleisten. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis muss nunmehr der Gefährlichkeit der eingewiesenen Straftäter unbedingt Rechnung getragen werden. Die Einrichtungen erhalten geeignetes und qualifiziertes Personal, das heißt mit einer entsprechenden Ausbildung. Dazu gehört auch ein Grundkurs Sicherheit.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Nach Absatz 4 ist das Land nunmehr auch in der Pflicht, ausreichend Plätze vorzuhalten, das heißt keine Überbelegung und damit mehr Sicherheit.

In Paragraph 2 Absatz 1 werden die Rahmenbedingungen für die Einrichtungen festgeschrieben. Sachgerechte Therapie sowie größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung sind das Ziel. Die Träger der Einrichtungen werden zu regelmäßigen qualitätssichernden Maßnahmen verpflichtet. Das gilt natürlich und vor allem für die Sicherheitsmaßnahmen. Wichtig für die Akzeptanz eines Maßregelvollzuges in der Region erscheint mir im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Einrichtung in Rostock/Gehlsdorf der Beirat nach Paragraph 4. Nicht nur die Fachleute, sondern auch die Bürger vor Ort können mit ihrem Engagement für mehr Sicherheit, aber natürlich auch für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung sorgen. Ich denke, das ist gut so.

Aus Gründen der Sicherheit, der Therapie und des geordneten Zusammenlebens kann Gewarhaftung und Durchsuchung angeordnet, können Schriftwechsel und Pakete angehalten und geöffnet sowie Besuche und Kommunikation eingeschränkt oder gar untersagt werden. Das Justizministerium wird nach Paragraph 15 verpflichtet, eine Rechtsverordnung für einen Vollstreckungsplan Maßregelvollzug zu erlassen. Damit wird die wichtige Einbindung der Staatsanwaltschaften sichergestellt, die wir ja im Übrigen auch kritisiert haben. Im Therapie- und Eingliederungsplan wird unter anderem der von uns geforderte und von Ihnen bis heute abgelehnte unabhängige Gutachter festgeschrieben, auf den aus Sicherheitsgründen eben nicht verzichtet werden darf.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Vor der Bewilligung von Vollzugslockerungen ist jetzt nach Paragraph 18 die Vollstreckungsbehörde zu hören, die insbesondere bei Gewalt- und Sexualstraftätern mit der Berücksichtigung des Einweisungsgutachtens und eines zusätzlichen unabhängigen Gutachtens für mehr Sicherheit bei Vollzugslockerung sorgt. Und darum ging es uns ja. Im Zweifelsfall kann und wird die Vollstreckungsbehörde für die Aufhebung der Vollzugslockerung sorgen, wenn es denn Probleme gibt. Wichtig war nach den Erfahrungen in Ueckermünde auch die Möglichkeit der Anordnung von besonderen Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel bei Fluchtgefahr die Beobachtung bei Nacht sowie Einschränkung des Aufenthaltes im Freien.

Mit der Einführung von Sicherheitskräften, die die Sicherheitskonzepte überwachen und Mängel sofort beseitigen, wird das Justizministerium zur Verbesserung der Sicherheit der Einrichtungen direkt in die Pflicht genommen. Wichtig ist natürlich auch die Übermittlung von Daten von Patienten, insbesondere von jenen, die schwere Straftaten verübt haben, zur Abwehr drohender Gefahren und zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten, in Paragraph 28 nunmehr klar festgeschrieben.

Mit der Übertragung der Aufsicht über den Maßregelvollzug laut Paragraph 31 auf das Justizministerium mit uneingeschränkter Dienst- und Fachaufsicht ziehen wir die richtigen Konsequenzen aus dem unverantwortlich laxen Umgang mit gefährlichen Straftätern im Maßregelvollzug dieses Landes, insbesondere in Ueckermünde. Mit der Möglichkeit der Einschränkung von Grundrechten nach

diesem Gesetz ziehen wir natürlich auch die Schlussfolgerungen aus den Vorfällen seit Oktober 1999, und das ist eine verdammt lange Zeit. Und als Rostocker sage ich Ihnen ganz klar: Ohne ein Maßregelvollzugsgesetz, in dem die Sicherheit der Bürger eine herausragende Rolle spielt, ist der Maßregelvollzug in Rostock/Gehlsdorf, dem kinderreichsten Stadtteil dieses Landes, nicht zu verantworten.

(Annegrit Koburger, PDS:
Gehlsdorf ist nicht der kinderreichste.
Erzählen Sie nicht so einen Blödsinn!)

Sicherheit hat ihren Preis. Sicherheit gibt es, wie wir wissen, nicht zum Nulltarif. Ich glaube, dafür muss man sich engagieren, und in diesem Jahr kann man das von der Landesregierung und von ihrer Sozialministerin und Herrn Professor Azzola eben nicht behaupten. Es ist gut – und das ist das einzig Positive –, dass die Verantwortung für den Maßregelvollzug jetzt beim Justizministerium liegt.

Ich kann Sie, meine Damen und Herren, nur auffordern, nach all den Skandalen, der Gefährdung von Leib und Leben – und das muss man deutlich sagen –, für die die Sozialministerin und ihr Staatssekretär die volle persönliche und politische Verantwortung tragen, jetzt endlich den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form mit zu unterstützen. Wir bitten Sie deshalb um die Überweisung in die Fachausschüsse, federführend in den Rechtsausschuss. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, dann werden wir so verfahren.

Die Aussprache ist damit eröffnet.

Das Wort hat der Justizminister. Bitte sehr, Herr Seling, Sie haben das Wort.

Minister Erwin Seling: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie mir, dass ich der Versuchung widerstehe, zu der Rede von Herrn Thomas Stellung zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Siegfried Friese, SPD: Das können wir sehr
gut verstehen. – Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist sehr weise, Herr Seling. –
Volker Schlotmann, SPD: Herzlichen Dank.)

Ich möchte mich darauf beschränken, zu dem Gesetzentwurf und zu den Sachfragen zu sprechen.

Das Justizministerium wird zuständig im Maßregelvollzug. So lautet die politische Grundsatzentscheidung der Regierungskoalition zur Halbzeit der Legislaturperiode und dies wird ganz offensichtlich mitgetragen von der Opposition – wir wollen nicht immer nur das Trennende betonen, sondern vielleicht auch das, was uns verbindet –, die jetzt nachträglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hat. Allein diese Einigkeit in der Sache lässt schon vermuten, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber es zählt vor allem das Sachargument. Indem wir das Justizministerium zuständig machen für die Sicherheit im Maßregelvollzug, führen wir in diesem sehr schwierigen Vollzugsbereich die Kompetenzen des Sozialministeriums in Therapie und Betreuung zusammen mit den Kompetenzen des Justizministeriums im Bereich Sicherheit.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

Dabei muss die Aufgabenverteilung gewährleisten, dass das Justizministerium mit allen sicherheitsrelevanten Fragen befasst wird, nicht nur, was die äußeren Haftbedingungen angeht – Außenwände, Gitter, Mauern und dergleichen –, sondern auch soweit der innere Ablauf allgemeine Sicherheitsfragen aufwirft. Das betrifft zum Beispiel die Hausordnung, aber in den sicherheitsrelevanten Teilen ebenso das allgemeine Konzept, das die Einrichtung für die im Einzelfall zu gewährenden Lockerungen festlegt. Wohlgemerkt, ich betone, Mitsprache bei dem allgemeinen Lockerungskonzept. Die konkret gewährte Lockerung im Einzelfall ist immer eine fachlich therapeutische Entscheidung des behandelnden Arztes, das kann nicht anders sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dessen Entscheidung steht allerdings nicht im luftleeren Raum. Sie muss sich orientieren an dem vom Justizministerium mitgeprüften allgemeinen Lockerungskonzept und vor allem unterliegt sie als Einzelfallentscheidung der Überprüfung durch die zuständige Vollstreckungskammer des Gerichts. Das ist so.

Im Maßregelvollzug, das wollen wir über allem nicht vergessen, geht es um den richtigen Umgang mit potentiell gefährlichen, rückfallgefährdeten Straftätern, die psychisch krank und deshalb schuldunfähig sind. Ich meine, wir sollten uns bei diesem wichtigen Thema nicht auseinander dividieren lassen und einen künstlichen Gegensatz herstellen zwischen der notwendigen Therapie und der Frage Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es geht nicht um die Frage, welches Ziel wichtiger ist, sondern es geht darum, das Hauptziel im Maßregelvollzug ist selbstverständlich die Therapie und selbstverständlich kann diese Therapie nur stattfinden, wenn die Einrichtung als solche sicher ist. Die Sicherheit ist die Voraussetzung dafür.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Und vielleicht doch ein Wort zu Ihnen, Herr Thomas. Ich glaube, dass es völlig falsch ist, wenn gerade Sie verkennen, dass der Ministerpräsident derjenige war, der immer in den Vordergrund gestellt hat, dass selbstverständlich für alle Therapiebemühungen, die stattfinden müssen, ein sicherer Rahmen erforderlich ist.

Ich will noch etwas zur Therapie sagen. Diese Arbeit, die nötig ist im Bereich mit diesen schuldunfähigen Straftätern, verlangt Therapie und Betreuung auf sehr hohem professionellen Niveau.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig!)

Und diejenigen, die hier in den letzten Jahren in den psychiatrischen Einrichtungen, in den Gesundheitsämtern, im Sozialministerium sehr gute Arbeit geleistet haben, die müssen mit ihrem ganzen Engagement und ihrer ganzen Professionalität diese Aufgabe weiter wahrnehmen. Aber diese Gruppe – und jetzt komme ich vielleicht auf die Probleme im Maßregelvollzug – wird sich ja, wenn sie ihre Arbeit gut und erfolgreich machen will, selbstverständlich immer auch ein wenig als Anwalt des

Patienten begreifen, als seinen helfenden Betreuer, vielleicht sogar von der Art der Arbeit her ein wenig Partei ergreifen für den Kranken. Und weil das so ist, muss zu dieser Gruppe im Maßregelvollzug eine weitere Gruppe hinzutreten, nämlich die der Sicherheitspezialisten des Strafvollzuges aus dem Justizministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und diese weitere Gruppe wird und darf sich dann auch ausschließlich für die Sicherheit im Maßregelvollzug zuständig fühlen und das, denke ich, kann nur gut sein. Das ist die Grundentscheidung, die von der Koalition getroffen worden ist, und ich denke, dass sie die richtige Struktur herstellt.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass wir in der Sache mit Ihnen von der Opposition über die grundsätzlichen Entscheidungen bei der Aufgabenverteilung zwischen Justizministerium und Sozialministerium eigentlich kaum auseinander sind oder jedenfalls leicht einig werden können. Auseinander sind wir, wenn ich Ihren Entwurf richtig lese, allein bei der Frage, wie die Abgrenzung dieser Aufgaben gesetzestechisch am besten vorgenommen wird, ob wir die geänderten Regelungen zum Maßregelvollzug im PsychKG belassen oder in einem eigenen Maßregelvollzugsgesetz niederlegen, wie Sie das vorschlagen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig!)

Dazu sage ich ganz klar, wir brauchen kein neues Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir haben weiß Gott genug Gesetze. Wir haben eine wahre Gesetzesflut. Ich sage, bitte nicht noch mehr, wenn es nicht unbedingt nötig ist, und hier ist es nicht nötig. Es reicht die Änderung einiger weniger Paragraphen im PsychKG. Justizministerium und Sozialministerium haben sich bereits auf einen Text verständigt. Es zeigt sich, dass man mit den Änderungen von acht oder neun Paragraphen auskommt. Dieser Text ist heute in der Staatssekretärsrunde erörtert worden. Auf diese wenigen, aber inhaltlich entscheidenden Änderungen des PsychKG sollten wir uns verständigen.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich bitte Sie, prüfen Sie, ob Sie da mitgehen können. Ein eigenes Maßregelvollzugsgesetz bedeutet inhaltlich für sich allein überhaupt nichts. Das sehen Sie zum Beispiel daran, dass auch die Länder, die ein eigenes Maßregelvollzugsgesetz haben, nicht den von uns gemeinsam für richtig empfundenen Schritt gehen, Zuständigkeiten des Justizministeriums zu verankern. Das gibt es in den Ländern nicht, auch nicht im Land Nordrhein-Westfalen, an das Sie sich ja im Wesentlichen anlehnen mit Ihrem Entwurf.

Es kommt also darauf an, dass wir den Maßregelvollzug durch die Verankerung der Zuständigkeit des Justizministeriums sicherer machen. Da dies genauso gut und mit weniger Aufwand durch die Änderung des PsychKG geht, sollten wir diesen Weg gehen. Mein Appell ist, lassen wir uns heute in der Sache bitte nicht auseinander dividieren, verzichten Sie darauf, die Gesetzesflut weiter anschwellen zu lassen, sondern verständigen Sie sich mit uns über die inhaltlich richtigen Änderungen des PsychKG. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU:
Können Sie uns den Entwurf mal zustellen?)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Schoenburg von der PDS-Fraktion.

Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Thomas, wir kennen uns ja nun schon eine ganze Weile und ich werde das Gefühl nicht los, Sie haben auch ein gewisses Sicherheitsproblem,

(Annegrit Koburger, PDS: Er ist eins.)

um nicht zu sagen, Sicherheitssyndrom.

(Reinhardt Thomas, CDU:

Wenn Sie das nach einem Jahr hier behaupten, dann ist das schon starker Tobak.)

Nicht nach einem Jahr, sondern das behaupte ich, nachdem ich Sie fast zehn Jahre lang kenne.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Ansonsten muss ich sagen, dass ich im Unterschied zum neu ernannten Justizminister Ihnen nicht durchgehen lassen kann, was Sie heute hier dargestellt haben. Die Konstruktion des PsychKG und seine Formulierung ist das Kind der CDU. Das wissen wir alle, die wir hier ein bisschen länger in diesem Haus sind. Und jetzt tun Sie so, als ob es sozusagen die Schuld der SPD/PDS-Regierung sei, dass ein solches Gesetz existiert.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Das tun wir nicht.)

Sie tun überhaupt so, als ob dieses Gesetz untauglich und unbrauchbar wäre, und das ist es eben nicht. Und das sage ich selbst, obwohl Sie die Erfinder dieses Gesetzes sind.

(Unruhe bei der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Annegrit Koburger, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und dann will ich Ihnen noch eines sagen: Ausgebrochen aus der Psychiatrie sind Patienten auch zu CDU-Zeiten,

(Harry Glawe, CDU: Na, na!)

nur hat die damalige Opposition darauf verzichtet, daraus ein medienträchtiges Spektakel zu machen.

(Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU:
Na, na, na! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Ja, Frau Koburger kann Ihnen dazu Näheres sagen und ich meine schon, dass es wirklich ein etwas schäbiges Spiel ist, was Sie da betreiben mit dieser sensiblen Frage.

Ansonsten werte ich Ihren Gesetzentwurf zunächst als Versuch, Ihre Halbzeitbilanz noch etwas aufzubessern. Ich kann das nachempfinden, auch Fleiß soll ja belohnt werden, aber wie es so heißt: Es kommt nicht so sehr darauf an, wie laut die Biene brummt, sondern wie viel Honig sie bringt.

(Harry Glawe, CDU: Biene Maja. –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Können Sie mal zur Sache sprechen?!)

Ich könnte Ihnen zugute halten, dass Sie sich mit der Wahl eines neuen Justizministers die Frage nach der Abgrenzung der Verantwortung zwischen Sozial- und Justizministerium gestellt haben und daraus sozusagen der Gesetzentwurf entstanden ist. Das ist allerdings für die CDU-Fraktion offensichtlich nicht der Ausgangspunkt.

(Zuruf von der CDU: Doch.)

In der Problembeschreibung zum Gesetzentwurf wird ja bekanntlich an die Spitze gestellt, ich zitiere: „Die wiederholten Ausbrüche von verurteilten Straftätern nach §§ 63 und 64 Strafgesetzbuch haben auch nach In-Kraft-Treten des 2. PsychKGÄndG M-V erhebliche Mängel in der inneren Organisation der Forensischen Psychiatrien in Mecklenburg-Vorpommern offenbart.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Daneben wird auf die aufgeteilte Fachaufsicht zwischen dem Sozialministerium und den Landkreisen und kreisfreien Städten verwiesen. Bei dieser Ausgangslage muss ich Sie, meine Damen und Herren der CDU, im Zusammenhang mit dem vorgelegten Artikelgesetz zum Maßregelvollzug tatsächlich noch mal an Eckpunkte der Vorgeschichte erinnern.

In der Landtagssitzung am 17. Dezember 1999 wurde der CDU-Antrag „Führungsdefizite anlässlich des Ausbruchs zweier Straftäter aus der Fachklinik für Forensische Psychiatrie Ueckermünde am 30.10.1999“ behandelt. Zum Zeitpunkt der Beratung waren zwei Insassen der Ueckermünder Anstalt entwichen. Die Oppositionsfraktion ritt mit dem Antrag eine von inzwischen mehreren Attacken gegen die Sozialministerin. Sie schlussfolgerte damals scharfsinnig, dass das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke des Landes Mecklenburg-Vorpommern – kurz PsychKG – die Situation maßgeblich verursacht habe, also ihr eigenes Gesetz.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die fehlerhafte Durchsetzung, Herr Schoenenburg. –
Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Ansonsten will ich über die damals sehr emotional ...

Wenn wir über die fehlerhafte Umsetzung reden würden, brauchten wir hier heute kein neues Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Annegrit Koburger, PDS: Ja, genau!)

Ansonsten will ich über die damals sehr emotional geführte Debatte nichts sagen. Ich stelle nur fest: Offensichtlich als Reaktion auf die Debatte im Dezember 1999 hat die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht und die Koalitionsfraktionen haben auch einen Gesetzentwurf eingebracht. Beide Gesetzentwürfe wurden in der 34. Sitzung des Landtages am 2. Februar dieses Jahres behandelt. Wir hatten eine sachliche Debatte beider Gesetzentwürfe in der Ersten Lesung und es gab eine einstimmige Beschlussfassung nach der Zweiten Lesung. Also die Frage ist: Wo liegt das Problem?

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei Mausl. –
Barbara Borchardt, PDS: Sie hat einen Namen! –
Angelika Gramkow, PDS: Herr Riemann, das ist ihr Kosename. Den sollten Sie nicht verwenden!)

Davon steht in Ihrem Antrag nichts, Herr Riemann. Ich habe diesen Sachverhalt deshalb noch mal ausführlich rekapituliert, um zu folgenden Schlussfolgerungen zu kommen:

Auch die CDU-Fraktion hat als Reaktion auf die bekannten Vorkommnisse in Ueckermünde und die daraufhin durchgeführten Untersuchungen und Analysen von Schwachstellen als den entscheidenden Lösungsansatz angesehen, das PsychKG unseres Landes in der beschlossenen Weise zu ändern und auszugestalten. Zu keiner Zeit waren Sie bisher der Meinung, dass ein anderes Gesetz her müsse. Wir meinen – und da stimme ich mit dem Justizminister voll überein –, die im PsychKG getroffenen Regelungen zum Maßregelvollzug müssen konsequent umgesetzt werden und das ist jetzt die Aufgabe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Darüber hinaus ist die neue Kompetenzverteilung zwischen Justiz- und Sozialministerium zu fassen, da aber ist es wenig hilfreich, wenn ein neues Maßregelvollzugs-gesetz erarbeitet werden soll. Das ist doch purer Aktionismus und reine Profilierungssucht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die neue Kompetenzverteilung zwischen den betreffenden Ministerien könnte als kleine bescheidene Änderung des PsychKG erfolgen und da warten wir auf den Vorschlag der Regierung. Ich bin sehr erfreut, dass die Regierung aktiv und schnell reagiert und handelt.

Ich will allerdings nicht verhehlen, dass rein gesetzes-technisch sicher der von der CDU vorgeschlagene Weg möglich wäre. Der bisherige Konsens über ein einheitliches PsychKG ging meines Erachtens aber zu Recht davon aus, dass auch bei Straftätern, die in Einrichtungen der Psychiatrie eingewiesen werden, ihre psychische Krankheit zu betonen und nicht vordergründig ein Bild von unheimlichen Monstern zu malen sei. Es ist auch wenig hilfreich, das Sicherheitsbedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner und Therapieerfordernisse gegenüberzustellen und nach bedauerlichen Vorkommnissen stets nur nach Verschärfung von Sicherheitsvorkehrungen und nach Perfektionierung der Überwachung und Kontrolle zu rufen. Das ist die alte Leier, Herr Thomas, die ich von Ihnen bei allen Vorfällen, die wir im Land – ob zur Psychiatrie, ob in Gefängnissen des Landes – immer wieder gehört haben, und das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich sehe, dass ein Gesetzentwurf, der in einer Ausgliederung des Maßregelvollzugs aus dem PsychKG ein Allheilmittel sieht, objektiv diese Linie der Gegenüberstellung von Therapie und Sicherheitsbedürfnissen bedient – und nur dies.

Noch ein abschließendes Wort zum großen Interesse – in Anführungsstrichen – der CDU am Maßregelvollzug. Ich zitiere aus einer Zuschrift aus dem Zentrum für psychosoziale Medizin, Forensische Psychiatrie des Klinikums Stralsund vom 12. Oktober 2000, unterzeichnet vom Chefarzt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also was schreibt er dort? „Wir meinen, dass eine Gesetzesänderung zum jetzigen Zeitpunkt von niemandem ernsthaft unter fachlichen Gesichtspunkten gewollt sein kann, es sei denn zur eigenen politischen Profilierung. Zum Beispiel!“ – Hören Sie genau hin, meine Damen und Herren von der CDU! –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kennen wir doch. Das kennen wir doch!)

„haben wir an der hiesigen Klinik seit über zwei Jahren einen Klinikbeirat, in dem zu arbeiten der CDU-Sozialexperte“ – Wer das wohl ist?! – „auch seine Bereitschaft erklärte, bisher aber lediglich ein einziges Mal an einer Sitzung teilzunehmen, und das auch nur, um den CDU-Entwurf für das zweite Änderungsgesetz vorzustellen. Sinnvollerweise sollte, wenn der Landesgesetzgeber eine Änderung oder Neuschaffung von Gesetzen tatsächlich für erforderlich hält, dann auf breiter Basis und unter Einbeziehung von Fachleuten und Experten eine Diskussion erfolgen, in deren Ergebnis dann eine eventuelle Änderung auch von längerem Bestand ist. Schnelles und populistisches Agieren ohne Sachkunde dient nicht einer Verbesserung und der jetzt vorgelegte Entwurf ist nicht geeignet, eine solche herbeizuführen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich glaube, dem ist nichts hinzuzusetzen. Deswegen, weil das so ist, lehnt meine Fraktion die Überweisung des Gesetzesentwurfes in die Ausschüsse ab.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke sehr, Herr Kollege.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Maßregelvollzug – die CDU hat ein Gesetz vorgelegt und ich will Ihnen die Überlegungen vortragen, auf wessen Grundlage die Dinge mal entstanden sind.

(Präsident Hinrich Kuessner übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben ein Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke in Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben richtig bemerkt, das hat die CDU auf den Weg gebracht. Es war auch völlig richtig von der CDU, denn immerhin sagt der Bundesgesetzgeber, das Landesrecht regelt die Dinge für die einzelnen Länder. Und da sind wir, denke ich, doch auf einem gutem Wege.

Wir haben uns im vorigen Jahr dazu entschlossen, das Psychischkrankengesetz zu ändern. Und ich will Sie noch mal drauf hinweisen, wir haben voriges Jahr im Dezember unsere Änderungsanträge vorgetragen. Sie haben das dann, glaube ich, erst im Januar oder Februar getan, im Januar, glaube ich. Und ich will ausdrücklich feststellen, dass wir dort sehr viele Dinge gemeinsam betrachtet haben. Unter diesem Eindruck haben wir ja auch im April die Änderungen sozusagen durchgesetzt. Was aber dann nicht passiert ist durch die Landesregierung, ist Folgendes: Das Gesetz war geändert, auch die Zuständigkeiten für die Ämter, für die Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten, waren gegeben. Die Landesregierung hat nur nichts umgesetzt.

(Annegrit Koberger, PDS:
Das ist doch gar nicht wahr!)

Das ist einfach so.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, das ist so. –
Annegrit Koberger, PDS: Nein.)

Sie können doch nicht einfach nein sagen, wenn die Fakten was anderes ...

(Annegrit Koberger, PDS: Das hat die Frau Ministerin mehrfach hier erörtert. Da hat sie sich bei Ihnen bedankt.)

Frau Koberger, nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, die Fakten sind andere. Wir sind doch dadurch wieder aufgeschreckt worden, dass erneute Ausbrüche und eine Vergewaltigung stattgefunden haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ändern Sie doch nicht per Gesetz.)

Und in diesem Zuge wurde festgestellt, dass das Sozialministerium erst nach diesen erneuten Vorkommnissen sozusagen Abstimmungsgespräche mit den zuständigen Gesundheitsämtern in den Landkreisen und kreisfreien Städten aufgenommen hat. Das ist eine Tatsache. Tatsache war es auch, dass der 10-Punkte-Plan, den Frau Bunge, glaube ich, am 16. Dezember vorigen Jahres vorgestellt hat, auch nicht umgesetzt worden ist. Das sind die technischen Fragen.

(Annegrit Koberger, PDS: Das ist doch überhaupt nicht wahr.)

Und jetzt kommen wir zu dem, was der Minister gesagt hat. Wir müssen dazu kommen, dass verlässliche Dinge auf den Weg gebracht werden. Es kann eben nicht sein, wie es in der letzten Vergangenheit gewesen ist, dass Sozialministerium, Justizministerium, LKA und Vollstreckungsbehörden aneinander vorbei agieren, sich nicht abstimmen und die sicherheitsrelevanten Dinge in den Einrichtungen unterschiedlich bewerten. Das ist die Wahrheit. Auch wenn es Ihnen nicht gefällt, so ist es gewesen. Daraufhin hat der Ministerpräsident ja auch konsequenterweise gesagt, wir schaffen ein neuntes Ministerium.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Es ist kein neues Ministerium geschaffen worden. Sie scheinen das nicht zu wissen. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Aber wir haben einen neuen Minister.)

Er hat sich ja selbst entlassen. Das war ja die Konsequenz.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und das war ein Versprechen von Herrn Holter. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist ja was anderes.)

Eigentlich war ja der Antrag anders. Frau Bunge sollte ihren Hut nehmen, aber der Justizminister ist gegangen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er hat das Wahlversprechen von Herrn Holter ad absurdum geführt. Erst wollte er einen Minister abgeben und jetzt hat er einen Minister mehr.)

Und jetzt will ich hier mal wieder ein bisschen weg von diesen polemischen Dingen.

Herr Schoenenburg, wenn Sie uns Populismus vorwerfen, dann können wir Ihnen nur vorwerfen, dass Sie seit einem Jahr den Ereignissen in der Forensik im Land hinterherlaufen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Sie sind allen Ereignissen hinterhergelaufen. Sie haben nichts Konstruktives beigetragen. Und uns jetzt vorzuwerfen, dass wir ein Maßregelvollzugsgesetz zur Änderung vorlegen, das halte ich nicht für den ganz richtigen Weg. Ich sage Ihnen auch warum: Das Psychischkrankengesetz

hat zwei Inhalte – auf der einen Seite geht es darum, dass Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken erfolgen, das heißt durch richterlichen Entscheid auf Antrag eines Arztes. Dann wird entschieden, ob derjenige zwangsbehandelt wird oder auch sozusagen vor anderen vielleicht geschützt werden muss. Das sind ja verschiedene Kriterien. Wir wollen die Trennung dieser beiden Dinge. Deswegen haben wir uns entschieden, ein Maßregelvollzugsgesetz vorzuschlagen – mit der Zuständigkeit des Justizministeriums, richtig. Das ist auch bundesweit sicherlich die Ausnahme, aber die Zuständigkeiten werden ganz klar geregelt.

Und nochmals zu Ihren Auslassungen in der Presse, dass wir uns also zum Beispiel den Therapie- und Eingliederungsplänen entzogen hätten oder das nicht in den Mittelpunkt des neuen Maßregelvollzugsgesetzes stellen: Da empfehle ich Ihnen einfach mal, der PDS vor allen Dingen, die Paragraphen 16 und 17 im Absatz 3 zu lesen. Da stehen alle Dinge drin, die absolut wichtig sind und auf die auch die behandelnden Ärzte in den Einrichtungen besonderen Wert legen.

Also noch einmal: Die CDU ist auch dafür, dass Therapie in der Forensik für die Straftäter, die nach den Paragraphen 63 und 64 eingewiesen sind, auch stattfindet. Und ich sage Ihnen noch ein paar Dinge, damit Sie eben nicht sagen, dass das nicht so ist.

Es geht los mit der Aufnahme. Jeder Patient hat ein Recht auf einen individuellen Therapieplan. Dieser ist spätestens sechs Wochen nach Aufnahme in eine individuelle Therapie zu überführen und ist in einem Eingliederungsplan mit dem jeweiligen Patienten zu besprechen. Der Plan ist auch mit dem Patienten und seinem gesetzlichen Vertreter zu erörtern und dann umzusetzen. Die Therapie- und Eingliederungspläne erstrecken sich vornehmlich auf die Form der Unterbringung, die Zuweisung zu Behandlungsgruppen, medizinisch-psychotherapeutische und heilpädagogische Behandlungen, Pflege, Unterricht, Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, Arbeit, Lockerung und die Eingliederung. Über die Lockerungsphasen hat ja der Minister vorhin Ausführungen gemacht.

Also auch in unserem Gesetz sind die Dinge enthalten und explizit geregelt, bis hin zur Beurlaubung, meine Damen und Herren. Also nichts von Streichung von Beurlaubungen und anderen Dingen. Ich denke mal, hier hat die CDU durchaus ein fortschrittliches Gesetz oder einen Vorschlag auf den Weg gebracht.

(Annegrit Koburger, PDS: Was auch immer man unter Fortschritt verstehen will.)

Sie kennen ja auch die Quelle. Viele Dinge sind gerade durch die Psychiatrie-Enquetekommission, die in NRW sehr große Wellen geschlagen hat, denke ich, für das Land Mecklenburg-Vorpommern von Interesse.

Wir schlagen in unserem Gesetzentwurf vor, dass spätestens nach drei Jahren eine Entlassung, wenn eine Entlassung ansteht, zu prüfen ist, und das von unabhängigen Sachverständigen. Wir wollen auch in unserem Gesetzentwurf, dass wir qualifizierte Pflegekräfte einstellen, die sozusagen die Therapien dann noch unterstützen können. Das ist, denke ich, auch ein Ergebnis der Diskussion, die wir seit einem Jahr hier im Land Mecklenburg-Vorpommern führen. Und wir sind uns auch einig mit zehn Bundesländern, die ein eigenes Maßregelvollzugsgesetz im Land haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: 16.)

Ich bin auch bereit, über die Vorschläge, die jetzt dankenswerterweise im Justizministerium angestellt werden, zusammen mit dem Sozialministerium zu reden. Nur, meine Damen und Herren, Sie werfen uns als Opposition immer vor, dass wir nicht konstruktiv sind, dass wir keine Vorschläge haben. Nun legen wir Ihnen innerhalb von einem Jahr ein Änderungsgesetz und ein neues Gesetz vor und Sie werfen uns Populismus vor. Wissen Sie, das geht schon ein bisschen unter die Gürtellinie!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das will ich Ihnen mal einfach so sagen.

Es ist auch eine Tatsache, dass die Hausordnung bis heute nicht erlassen ist.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was hat denn das mit dem Gesetzentwurf zu tun? – Dr. Margret Seemann, SPD: Das macht er gern. Das hat er im Ausschuss auch immer erzählt.)

Das steht hier auch drin, Hausordnung, Dienstordnung, meine Damen und Herren. Das sind Ihre Versäumnisse in den Ministerien!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hausordnung, Hausordnung!)

Die Hausordnung ist wichtig für die Patienten. Ist Ihnen das nicht bekannt, Dr. Schoenenburg? Wissen Sie das nicht?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist doch ein Witz!)

Das ist überhaupt kein Witz!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die Hausordnung ändert sich mit und ohne Maßregelvollzugsgesetz.)

Die Hausordnung ist durch das Ministerium zu genehmigen. Sie sollten mal Gesetze lesen!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wozu braucht man da das Maßregelvollzugsgesetz?)

Sie sollten mal Gesetze lesen!

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Fragen Sie mal den Träger, warum sie keine vorgelegt haben!)

Auch bei der Dienstordnung sind dieselben Dinge wichtig und umzusetzen, meine Damen und Herren. Und Sie in Ihrem Ministerium haben ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie heiraten doch auch nicht gleich eine neue Frau, wenn Sie es ordentlicher im Haushalt haben wollen.)

Sie haben ein PDS-geführtes Sozialministerium. Ich wüsste nicht, dass da ein CDU-Mann Minister ist. Das ist mir nicht bekannt.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist auch besser so, Herr Glawe. Richtig.)

Das ist wohl Frau Dr. Bunge, wenn ich das richtig mitbekommen habe.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie hat einen wichtigen Termin in Australien. Das ist zu verzeihen.)

Meine Damen und Herren, wir sind der Überzeugung, dass wir mit diesem Maßregelvollzugsgesetz, was Ihnen zur Diskussion vorliegt, denke ich, durchaus ein anspruchsvolles Gesetz hier auf den Weg gebracht haben. Wenn Sie es nicht haben wollen, dann müssen Sie es eben ablehnen

(Angelika Gramkow, PDS: Eben.)

und dann müssen wir über andere Dinge weiterreden. Nur es kann nicht angehen, dass Sie den Maßregelvollzug nicht ernst nehmen und uns, die wir uns darum kümmern, immer vorwerfen, dass wir sozusagen die Öffentlichkeit wild machen, dass wir falsch informieren und hier die Buhmänner im Land sind. Ich sage Ihnen, hier in der Fraktion der CDU gibt es genügend Sachverstand,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dann leisten Sie einen guten Beitrag dazu! –
Barbara Borchardt, PDS: Zum Beispiel in der Aktuellen Stunde.)

der dafür sorgen könnte, dass das Psychischkrankengesetz oder das Maßregelvollzugsgesetz ein gutes, ein beispielgebendes für die Bundesrepublik Deutschland wird.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Warum haben Sie es denn in der Vergangenheit nicht gemacht?)

Sie haben unser Gesetz gar nicht gelesen, das ist Ihr Problem!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, so ein Quatsch! – Annegrit Koburger, PDS: Ha, ha, ha!)

Sonst würden Sie nämlich hier solche Reden eigentlich nicht halten können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Aber ich glaube, Sie sind unfair. Haben Sie dem Justizminister nicht zugehört? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Haben Sie mir gar nicht zugehört?)

Ich habe ihm sehr gut zugehört. Ich bin auch dankbar, dass ich den Entwurf bekommen habe. Das ist doch in Ordnung.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehen Sie, na sehen Sie! Dann lassen Sie uns doch gemeinsam arbeiten! – Wolfgang Riemann, CDU: Dann überweisen wir doch und dann können wir gemeinsam arbeiten.)

Ja, ich habe ja auch nur gesagt, Sie sollen nicht immer so tun, als wenn wir keine Vorschläge haben. Wenn wir Vorschläge haben, dann fangen Sie nämlich an zu arbeiten. Und das ist ja auch schon mal gut so, dass wir Sie zur Arbeit tragen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

So ist es, meine Damen und Herren, ja. Aber das gefällt Ihnen ja immer nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Doch, na selbstverständlich. –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Dann sagen Sie immer – einen Tagesordnungspunkt vorher erzählen Sie das –, wir sind auf Ihre Vorschläge gespannt. Nun machen wir einen Vorschlag und den lehnen Sie wieder ab,

(Barbara Borchardt, PDS:
Das war drei Tage vorher.)

obwohl Sie ihn gar nicht gelesen haben.

(Annegrit Koburger, PDS: Nicht jeder Vorschlag ist geeignet für die Annahme.)

Das ist das Problem Ihrerseits!

(Angelika Gramkow, PDS: Also, Herr Glawe, ich lese immer, worüber ich rede.)

Ja, gut. Also ich will jetzt nicht weiter abschweifen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe eigentlich, dass Sie der Überweisung dieses Gesetzes in die Ausschüsse zustimmen. Das wäre ein, denke ich, wichtiger Beitrag. Wenn Sie ihn ablehnen sollten, dann haben Sie wieder ein Beispiel dafür geliefert, dass Sie mit der Opposition nicht zusammenarbeiten wollen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion.

(Die Abgeordnete Heike Polzin verzichtet.)

Sie möchte nicht reden. Dann hat das Wort ...

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Reißmann.)

Wie bitte?

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Reißmann!)

Herr Reißmann, aha. Bitte sehr, Herr Abgeordneter Reißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es an dieser Stelle ganz kurz machen. Wichtig war die Grundsatzentscheidung, den Maßregelvollzug dem Justizministerium zuzuordnen, was deutlich macht, dass die Sicherheitsbedürfnisse bei dem richtigen Umgang mit schuldunfähigen Patienten nicht vernachlässigt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das werden wir erst noch sehen.)

Wichtig war für mich der Konsens zur Änderung des PsychKG, der gemeinsam mit der Opposition gefunden worden ist. Unsere Position zu diesem Gesetzentwurf zum Maßregelvollzug ist, dass Änderungen im PsychKG das gleiche Erfordernis erfüllen und berücksichtigen. Eine Notwendigkeit für ein eigenes Maßregelvollzugsgesetz sieht meine Fraktion nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Bundesländer haben es aber, auch SPD-geführt.)

Ich darf bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass es einige Unwägbarkeiten und Unsicherheiten auch seitens der CDU-Gesetzgebungsaktivitäten seinerzeit gegeben hat, als die Idee, man könne doch einfach eine solche Einrichtung einem Kreis, einer Kommune, die bereit wäre, dort eine Einrichtung zu errichten, übertragen und somit eine solche Einrichtung schaffen.

Es ist auch immer eine Sache des qualifizierten Pflegepersonals. Und ich habe sehr wohl wahrgenommen und halte es für richtig, auch mit dem Hinweis seitens der Opposition so umzugehen, dass man das bei der Neueinrichtung in Rostock von Anfang an berücksichtigt.

Ich bin mir da sicher, alle Beteiligten haben aus den Ereignissen die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Aus diesem Grunde werden wir, denke ich, gemeinsam in den Ausschüssen die Regelungen für die Änderungen im PsychKG, die sich aus veränderten Verantwortlichkeiten ergeben, diskutieren können, denn einen neuen Maßregelvollzugsgesetzentwurf benötigen wir nicht. Wir lehnen Ihr Gesetz ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Koburger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Koburger.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Zwei Anmerkungen zu Herrn Thomas und Herrn Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Augenscheinlich können Sie wirklich nicht richtig zuhören oder Sie hören immer nur das, was Sie glauben gehört zu haben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Harry Glawe, CDU: Nee, gelesen.)

Das kann ja durchaus auch sein.

Bei den Debatten mit den Expertinnen und Experten zu unabhängigen Gutachtern wurde eindeutig gesagt, diese Patienten sind auf Basis von gutachterlichen Entscheidungen in den Maßregelvollzug reingekommen. Das als Erstes.

Sachgerechte Therapie – wer definiert das? Ich denke, das können nur die entsprechend ausgebildeten Fachexpertinnen und -experten sein. Das kann nicht, ich sage jetzt mal, ein Vollzugsbeamter im ursprünglichen ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Thomas.)

Ach so, Herr Thomas könnte es sein, okay, gut.

Und, Herr Glawe, ein bisschen hat mich das hier auch verwundert.

(Harry Glawe, CDU:
Das glaub' ich, das glaub' ich.)

Im Sozialausschuss, in allen Ausschüssen, ob in den Sonderausschüssen oder sonst wo haben Sie Frau Ministerin hoch gelobt ob ihrer Aktivitäten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS: Ja, wir auch.)

ob dieser Umsetzung, 10-Punkte-Plan oder Sonstiges. Also die Argumentation, die Sie hier aufgeführt haben im Moment, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Harry Glawe, CDU: Die hat Ihnen weh getan, ja.)

Und zu den gesetzlichen Vertretern wurde Ihnen von Herrn Hübener, Jurist aus dem Sozialministerium, eindeutig klargemacht, dass die dort Untergebrachten keine gesetzlichen Vertreter mehr haben, weil deren Verfahren abgeschlossen sind,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

es sei denn, da kommt ein neues Verfahren hinzu.

Doch zum Gesetzentwurf selber. Ausgehend von der Problemdarstellung und den dargelegten Lösungen im CDU-Entwurf möchte ich ergänzend zu dem, was Herr

Dr. Schoenenburg ausgeführt hat, deutlich machen, dass der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf, insbesondere was die Zielstellung und die Inhalte anbelangt, mehr Fragen aufwirft, als er Antworten gibt. Zudem sehe ich genauso wie Herr Dr. Gillner, Leiter der Forensischen Psychiatrie in Stralsund, dass mit Ihrem Gesetzentwurf sogar Bundesrecht gebrochen wird.

Zu den Fragen: Kann allein mittels separater gesetzlicher Regelungen mehr Sicherheit, sprich die Verhinderung von Entweichungen und anderen Vorkommnissen, erreicht werden?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Kann mittels separater Gesetze das Fehlverhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verhindert werden? Wir sagen eindeutig: Nein! Mit Ihrem Gesetzentwurf suggerieren Sie das aber, wie das in der Begründung deutlich wird. Die Form ist also nicht das Entscheidende, auch wenn sie nicht unwesentlich ist, sondern der Inhalt und selbstverständlich die korrekte Umsetzung gesetzlicher Regelungen in der Praxis.

Mit dem Verweis darauf, dass es in anderen Bundesländern Maßregelvollzugsgesetze gibt, mit denen gute Erfahrungen gemacht wurden, versuchen Sie zu begründen, dass wir zur Erhöhung der Sicherheit der Allgemeinheit ein solches bräuchten. Der Beweis wäre nur dann schlüssig, wenn in den anderen Ländern keinerlei Entweichungen oder Vorkommnisse da wären. Doch die Realität ist eine andere. Auch in diesen Ländern hat es Entweichungen gegeben, versuchte Geiselnahmen et cetera. Und sie sind eben nicht völlig auszuschließen.

Meine Damen und Herren, es ist durchaus möglich, und das gibt auch das Strafvollzugsgesetz her, ein eigenständiges Gesetz zum Maßregelvollzug zu machen. Angesichts der differenzierten rechts- und sozialstaatlichen sowie der therapeutisch-rehabilitativen Anforderungen spricht sogar einiges dafür. Allerdings muss es dann vorrangig die Anerkennung von Grundrechtspositionen des Patienten und die Begrenzung von Grundrechtseingriffen beinhalten, um den Anspruch auf Behandlung und die Grenzen der Behandlungspflicht zu sichern und zu regeln. Ihr Gesetzentwurf, meine Damen und Herren von der CDU, erfüllt diesen Anspruch nicht und ist daher abzulehnen.

(Harry Glawe, CDU: Ah ja.)

Mecklenburg-Vorpommern hat sich nach meinem Dafürhalten richtigerweise dafür entschieden, die Unterbringung psychisch kranker Straftäter und suchtkranker Straftäter im Psychischkrankengesetz zu regeln. Damit finden wir uns auch in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht, das sich im Hinblick auf die spezifischen ärztlichen Aufgaben, die sich mit der Behandlung der Untergebrachten stellen, für deren Einbeziehung in die allgemeine psychiatrische Versorgung entschieden hat. Das sollten wir auch weiterhin so handhaben. Dies stünde auch in keinem Widerspruch zu der durch den Organisationserlass des Ministerpräsidenten veränderten Zuständigkeit. Im Bereich der Forensischen Psychiatrie spielen beide Aspekte, medizinisch-therapeutische Behandlung und Sicherheit der Allgemeinheit, gleichermaßen eine Rolle.

Gemäß Paragraph 136 Strafvollzugsgesetz ist die Behandlung des Untergebrachten nach ärztlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Er soll möglichst geheilt

oder sein Zustand so gebessert werden, dass er keine Gefahr für die Allgemeinheit ist. Darauf sind auch die Aufsicht, Betreuung und Pflege auszurichten. Ja, psychisch kranke Straftäter sind Straftäter. Jedoch sie sind, so sie nach Paragraph 63 StGB beziehungsweise 64 StGB eingewiesen sind, gemäß Paragraph 20 StGB schuldunfähig oder gemäß Paragraph 21 StGB vermindert schulfähig. Demnach sind die Zuständigkeiten generell zweigeteilt. Sie sind also so oder so zu regeln, unabhängig davon, ob in der von der Opposition gewünschten Form oder in Form des Psychischkrankengesetzes.

Wir sehen die Änderungen des Psychischkrankengesetzes vom März diesen Jahres auch heute noch als richtig, ausreichend und zweckmäßig an. Ergänzt werden müsste jetzt nur noch die klare Kompetenzverteilung zwischen Justiz- und Sozialministerium. Daran wird derzeit gearbeitet, wir haben es gehört. Und ich bin auch erfreut, dass das schon in der Staatssekretärsrunde war. Wir hoffen, dass wir das dann auch in der nächsten Landtagssitzung vorgelegt bekommen.

Wichtiger noch als die notwendigen gesetzlichen Änderungen sind handhabbare Regelungen für die praktische Zusammenarbeit zwischen Justiz- und Sozialministerium. Und ich denke, da wird mir Herr Sellering auch zustimmen.

Der vorwurfsvollen Einschätzung seitens der Opposition, die Änderung des Psychischkrankengesetzes vom März diesen Jahres hätte keinen Erfolg und keine Verbesserungen gebracht, widersprechen wir ausdrücklich.

(Harry Glawe, CDU: Das hilft trotzdem nichts.)

Hinzu kommt, dass eine Fehleinschätzung vorgenommen wurde oder dass Sie eine vornehmen, wenn Sie bei der Bewertung des geänderten Psychischkrankengesetzes als alleiniges Kriterium

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Entweichungen und andere Vorfälle heranziehen. Dieses ist als ein Kriterium für die Bewertung zu nehmen, aber nicht als einziges, wogegen wir auch nichts einzuwenden hätten.

Zusätzlich ist bei der Bewertung zu bedenken, dass Maßnahmen und deren Wirksamkeit, die wir mit der Änderung des Psychischkrankengesetzes eingeleitet haben, nicht innerhalb eines viertel oder halben Jahres vollständig umgesetzt werden können. Bekanntermaßen sind dazu Ausschreibungs- und Auswahlverfahren notwendig, die entsprechender Zeiträume bedürfen. Und es ist dabei mit einzukalkulieren, dass es aus den unterschiedlichsten Gründen zu Verzögerungen im Bauablauf sowie durch eventuell notwendige Nachbesserungen zu Regressforderungen kommen kann. Die eingeleiteten Sofortmaßnahmen dagegen griffen, wie das durch die Sozialministerin während der Sondersitzungen im Sommer deutlich gemacht wurde.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja wohl ein Witz.)

Das Fehlverhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte man jedoch nicht ausschließen und wird man auch in Zukunft nicht ausschließen können, wie ich eingangs schon erwähnte.

Meine Damen und Herren, wie ist nun der berechnete Anspruch der Allgemeinheit auf Sicherheit zu realisieren?

Erstens. Wir brauchen eine gute Qualität psychiatrisch-therapeutischer Behandlungskonzepte, die auf die einzel-

ne Person oder von bestimmten Personengruppen der Untergebrachten ausgerichtet ist. Nur so ist das Ziel der Besserung und Heilung der Patienten zu erreichen. Dies wiederum erfordert gut ausgebildetes Fachpersonal, die entsprechende Ausbildungscurricula haben und einer vernünftigen Forschung unterliegen einschließlich einer kontinuierlichen Fortbildung.

Zweitens. Wir brauchen eine gute innere Organisation, um die Aufsicht über die Untergebrachten abzusichern. Dazu ist es erforderlich, Träger und Leitungen solcher Einrichtungen zu schulen und die innere Organisation optimal auf die Erfordernisse der Behandlungskonzepte abzustimmen.

(Harry Glawe, CDU: Da sind wir uns ja einmal einig.)

Drittens. Wir brauchen wirkungsvolle Maßnahmen der Kontrollen, auch unter Einschluss von Grundrechtseinschränkungen zur Sicherung nach innen und außen, die nur mittels technischer Hilfsmittel, wie Video, Durchleuchtung et cetera, zu verwirklichen sind. Und das haben wir ja geregelt.

Viertens. Wir brauchen eine verlässliche, gute Zusammenarbeit zwischen Justiz-, Sozial- und Innenministerium, um die vorangehenden Forderungen realisieren zu können.

Dem allen wird, wie schon erwähnt, der Gesetzentwurf der CDU nicht gerecht und daher ist er abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Wenn ich das gewusst hätte, dann hätte ich nicht so doll geschimpft.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich gerade im Hinblick auf die Beiträge von Herrn Kollegen Dr. Schoenburg und Frau Koburger dem Justizminister ausdrücklich dafür danken, dass er sich sachlich mit unseren Vorschlägen so auseinander gesetzt hat, wie man das in einer Ersten Lesung eigentlich nur tun kann, nämlich, dass man zunächst mal zu grundsätzlichen Positionen Stellung nimmt und dann darauf hinweist, dass es eine Reihe von Fragen gibt, die man genauer diskutieren muss, bevor man abschließend sagen kann, wie die Änderungen, die ja zu Recht vom Minister hier auch als notwendig dargestellt worden sind, denn konkret ausgestaltet werden sollten.

Und ich muss auch hervorheben, es ist ja durchaus erfreulich, wenn ab und zu auch mal auf Vorschläge der Opposition eingegangen wird. So bedanke ich mich beim Ministerpräsidenten ausdrücklich dafür, dass er den bisherigen Justizminister entlassen hat und jetzt einen neuen Minister ernannt hat, der vom Fach ist und auch die nötigen Voraussetzungen dafür mitbringt, dass mit diesem Gesetz so gearbeitet werden kann, dass die Sicherheit deutlich erhöht wird.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Dafür erst einmal herzlichen Dank!

Und dann möchte ich allerdings doch hier einmal etwas zum Selbstverständnis dieses Parlamentes kritisch

anmerken dürfen. Ich finde es schon höchst bemerkenswert, dass Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, so genügsam geworden sind, dass Sie zwar einerseits einen umfangreichen Gesetzentwurf hier vorliegen haben, den Sie in Erster Lesung eigentlich beraten sollten, einen Gesetzentwurf, der im Wesentlichen dem folgt, was zehn andere Bundesländer auch machen – übrigens ist es völlig unerheblich, ob sie unions- oder SPD-regiert sind, es sind solche und solche darunter –, aber dass diese ganzen Fragen in einem Gesetzentwurf angesprochen werden und Sie dann auf eine bloße Ankündigung des Ministers hin, dass eine Arbeitsgruppe sich mit der Materie ebenfalls befasst hat und sich die Staatssekretärsrunde nun schon mit einem Entwurf auseinander gesetzt hat,

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

sagen, wenn das alles so ist, dann vertrauen wir darauf, dass der Entwurf gut ist, wir kennen den zwar noch nicht, das ist aber nicht so wichtig, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das haben wir überhaupt nicht gesagt, Herr Born!)

Trotzdem, verehrter Herr Dr. Schoenenburg –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Born, drehen Sie mir doch nicht das Wort im Mund herum!)

Moment, Moment, Sie können auch gern Zwischenfragen stellen –, können Sie mich nicht davon abbringen, diesen Gedanken zu äußern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das weiß ich ja.)

... und auf eine solche bloße Ankündigung hin sagen, also uns reicht es aus, wenn es entsprechende Änderungen geben sollte, die wir demnächst ja dann irgendwann hier vorgelegt bekommen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das hätte ich auch ohne die Ankündigung gesagt.)

Denn, Herr Dr. Schoenenburg – und darin unterscheiden sich Ihre Beiträge sehr deutlich von dem, was der Justizminister gesagt hat –, der Herr Justizminister hat hier ganz klar festgestellt, dass Änderungen erforderlich sind. Er hat nur gesagt, über den Weg kann man sehr wohl unterschiedlicher Auffassung sein.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja.)

Nach seiner Meinung braucht man das nicht in einem eigenen Gesetz zu regeln, so, wie es andere zehn Bundesländer tun, sondern er meint, man sollte das im PsychKG ändern. Das ist letztlich eine Frage des Verfahrens.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Also, Herr Dr. Born, ich denke, der Justizminister und wir, wir sind uns ganz einig.)

Aber – und deshalb sage ich, das Selbstverständnis, das Sie zumindest hier aufzeigen als Parlament, finde ich schon sehr bemerkenswert – wenn Sie hier sachliche Entwürfe vorgelegt bekommen, was selbst von der Regierung nicht in Abrede gestellt wird,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ach wissen Sie, wir haben von Ihnen acht Jahre lang lernen können.)

dass Sie dann sagen, wir wollen das nicht einmal in die Ausschüsse überweisen, sondern uns reicht eine bloße Ankündigung aus.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nicht alles haben wir angenommen,
aber einiges ist hängen geblieben.)

Herr Dr. Schoenenburg, da ich Sie ja nun auch schon ein paar Jahre hier im Parlament erlebe, merke ich, dass ich also mal wieder den Nerv getroffen habe,

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

denn sonst sind Sie immer sehr ruhig

(Ministerin Sigrid Keler:
Oh nee, das stimmt nicht!)

und gehen auch mal spazieren zwischendurch. Aber wenn es darum geht, dass Sie offensichtlich hier beim Parlamentsverständnis Schwächen aufweisen, dann werden Sie sehr schnell unruhig.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Möchten Sie denn, dass ich rausgehe?)

Also die Zahl Ihrer Zwischenrufe zeigt mir das. Das Problem ist nur, die Lautsprecheranlage ist so eingestellt, dass man das alles nicht so leicht mitkriegt.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das steht ja dann im Protokoll.)

Ich kann es dann nur nachlesen. Ich mache aber gern mal eine Pause, dann kann ich das hören und gehe auch gern darauf ein. Also, Herr Dr. Schoenenburg, ich glaube nicht, dass das die richtige Art ist, mit einem solchen Problem umzugehen.

Und, Frau Kollegin Koburger, Ihnen möchte ich nur in Erinnerung rufen – das ist vielleicht aus Ihrem Gedächtnis geraten, da die wohl amtierende oder auch nicht-amtierende, aber jedenfalls offiziell zuständige Ministerin ja nicht in der Nähe ist –, das Chaos in Ihrem Verantwortungsbereich, im Verantwortungsbereich der Ministerin ging munter weiter, und zwar nach der Gesetzesänderung im März, und das keineswegs, weil irgendwelche nachgeordneten Bediensteten sich nicht so verhalten hätten, wie sie es hätten tun sollen, sondern weil die Ministerin ihrer politischen Verantwortung, ihrer Aufsichtspflicht, und das haben die Ausschusssitzungen eindeutig nachgewiesen, in keiner Weise nachgekommen ist:

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Annegrit Koburger, PDS: Das ist nicht nachgewiesen. Da waren Sie gar nicht da! –
Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

1. keine Videoanlage
2. keine Bewegungsmelder
3. Ausleuchtung funktionierte nicht

Und dafür allein die Fachaufsicht. Sie haben es immer wieder versucht zu bestreiten, aber selbst die Ministerin konnte es nicht mehr bestreiten, nachdem nun für sie unglücklicherweise der Herr Staatssekretär in der Sitzung neben ihr saß und dann die Differenzen sehr deutlich wurden.

(Heike Lorenz, PDS: Welche Anhörung meinen Sie denn?)

Hierfür hat sie allein nach dem Gesetzeswortlaut die Fachaufsicht, niemand sonst. Und dieser Fachaufsicht ist sie nicht nachgekommen. Deshalb sind wir erst einmal froh, dass jetzt jemand dafür zuständig ist, der zumindest die Voraussetzungen dafür mitbringt, dass das in Zukunft anders gehandhabt wird. Nur es zeigt eben auch, und das haben die Ausführungen des Ministers bestätigt, dass es nicht ausreicht, was bisher im PsychKG stand, sondern dass weitere gesetzliche Änderungen dringend erforderlich sind.

(Heike Lorenz, PDS: Wenn man mit Personen nicht zufrieden ist, macht man keine Gesetzesänderung.)

Die Frage ist allein:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hoffentlich verlangen Sie nicht, Herr Born, dass der Justizminister künftig sein Bett in Ueckermünde aufstellt.)

Regelt man das im PsychKG durch Änderungen oder durch ein eigenständiges Gesetz? Sie können das sehr gern so machen, dass Sie entsprechende Vorschläge einfach in Erster Lesung schon ablehnen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das machen wir ja nicht.)

und dann darauf vertrauen, dass irgendwann ein Gesetzentwurf der Regierung kommt.

Ich will nur feststellen, wie wandlungsfähig Sie sind, Herr Dr. Schoenenburg. Das ist also wirklich schon sehr bemerkenswert. Ihre Gläubigkeit, zumindest was diese Regierung angeht, hat ja doch erstaunliche Ausmaße angenommen.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich kann Ihnen nur sagen, wir wollen erst einmal die Fakten sehen. Wir wollen einen Gesetzeswortlaut haben, dann kann man sich darüber unterhalten. Bis jetzt liegt ausschließlich ein konkreter Vorschlag der CDU-Fraktion vor. Nur den kann man beraten, nicht etwas, was erst einmal angekündigt ist.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber den wollen wir nicht beraten.)

Und Arbeitsgruppen, Frau Koburger, die haben Sie genug gehabt in der Vergangenheit. Die haben nur dazu geführt, dass immer mehr Leute ausgebrochen sind. Das nützt gar nichts, sondern hier müssen klare Verantwortlichkeiten her. Die regelt der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion. Und wie gesagt, ich denke, es ist Aufgabe des Parlamentes, sich mit konkreten Entwürfen zu befassen und nicht mit Ankündigungen darauf zu vertrauen, dass dann irgendwann eine Arbeitsgruppe etwas beschließt. Deshalb unser Vorschlag, diesen Gesetzentwurf in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, damit dann dort sachlich darüber diskutiert werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte zum laufenden Tagesordnungspunkt ist von der Fraktion der CDU beantragt worden, den Gesetzentwurf auf Drucksache 3/1529 entsprechend der Empfehlung des Ältestenrates zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Innen-, Finanz- sowie Sozialausschuss zu überweisen. Sei-

tens der Fraktion der PDS ist eine Überweisung abgelehnt worden.

Da der Antrag auf Überweisung vorgeht, lasse ich zunächst darüber abstimmen. Wer dem Antrag auf Überweisung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1529 in die Ausschüsse, die ich schon benannt habe, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird nach angemessener Zeit zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt. So besagt es unsere Geschäftsordnung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit, Drucksache 3/1417.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Bericht zur Vermeidung und Behebung
von Wohnungslosigkeit
– Drucksache 3/1417 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schier von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schier.

Klaus Schier, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorgelegte Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass das Problem der Wohnungslosigkeit in unserem Lande nicht auf mangelnden Wohnraum zurückzuführen ist. Die Zahlen belegen, dass es inzwischen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Zahl der Haushalte und der verfügbaren Wohnungen gibt. So standen im vergangenen Jahr 825.766 Wohnungen den rund 797.600 Privathaushalten zur Verfügung. Zusätzliche Wohnungsbauprogramme sind aus diesem Grunde jedenfalls nicht erforderlich. Der Wohnungsmarkt bleibt vor allem für jene Menschen angespannt, deren wirtschaftliche Möglichkeiten durch Arbeitslosigkeit und reale Einkommenseinbußen erschöpft sind.

Meine Damen und Herren, der Bericht zeigt aber deutlich, dass die Wohnungssicherung und Beratung im Vorfeld des Wohnungsverlustes insgesamt verstärkt werden muss. Unsere Städte und Gemeinden leisten bereits heute sehr viel bei der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit. Sie sind gefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Obdachlosen oder vom Verlust ihrer Wohnung bedrohten Menschen bei der Überwindung ihrer Probleme zu helfen.

Der Bericht zeigt aber auch, dass unsere Kommunen die Fachkompetenz in den Beratungsstellen und Ämtern weiter ausbauen müssen. Das im Bericht erwähnte Fachstellenprinzip, mit dem durch eine zentrale örtliche Fachstelle aktiv und präventiv statt reaktiv und verwaltend mit der Wohnungsnotproblematik umgegangen wird, hat gute Lösungsansätze. Hier wird es sich lohnen, auf die Erfahrungen des nordrhein-westfälischen Landesprogrammes mit dem Titel „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ zurückzugreifen.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir angesichts der dortigen Erfahrungen prüfen sollten, nach der

vorliegenden Analyse der Wohnungslosigkeit als zweiten Schritt ein ähnliches Konzept in unserem Land aufzulegen. Dieses Konzept sollte das Ziel haben, Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen und auch gerade diejenigen, die nicht von sich aus Hilfe suchen, besser als bisher zu unterstützen. Es sollte aber ebenfalls die Kommunen, die freien Träger, die Wohlfahrtsverbände und auch die privaten Träger bei der Weiterentwicklung zeitgemäßer und bedarfsgerechter Hilfsangebote unterstützen.

Meine Damen und Herren, in der Kürze der Zeit habe ich versucht deutlich zu machen, dass die Wohnungslosigkeit in unserem Land weniger mit den Instrumenten der Wohnungspolitik als vielmehr mit den Möglichkeiten der Sozialpolitik beseitigt werden kann. Deshalb wird meine Fraktionskollegin Frau Dr. Seemann auf die sozialen Aspekte im Anschluss näher eingehen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

(Wolfgang Riemann, CDU: Großkampftag. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, auch
wohnungspolitischer Sprecher?)

Harry Glawe, CDU: Jaja, alles.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich möchte mich zuerst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums für den ehrlichen Bericht bedanken, der im Ergebnis nur detailliert sein kann, da die Datenlage doch sehr unterschiedlich ist und die Ausgangsbewertung damals, als PDS und SPD diesen Antrag formuliert haben, eine andere war.

Die Gründe sind für diesen Bericht ausführlich genannt. In anderen Ländern sind jeweils eingehende wissenschaftliche Untersuchungen derartigen Berichten vorausgegangen. Daher kann man bei diesem Bericht nicht davon ausgehen, dass die Datenlage exakt ist und dass es dann absolut im Detail stimmt.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist ja überhaupt das Problem.)

Nur in Mecklenburg-Vorpommern ...

Da haben Sie Recht, Frau Seemann.

... ist so etwas nicht nötig, nein, wir sind die Exekutive und wir fordern in besonderer Weise Berichte von der Legislative.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber
irgendwas haben Sie jetzt verwechselt.)

Ehrlich gesagt, das Sozialministerium musste unterschiedliche Unterrichtsmaterialien zusammenstellen, Fragebögen verschicken und war auf die Zuarbeit der einzelnen Landkreise und auch größeren Städte angewiesen.

Meine Damen und Herren der PDS- und SPD-Fraktion, Sie haben den Auftrag der Legislative – nach zehn Jahren in diesem Landtag –, eine Berichtspolitik vorzunehmen, umgesetzt. Nur, Berichte auf Dauer helfen nicht.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Wir brauchen klare Politikausweisungen.

Vor allen Dingen hat der Torsten Koplin ja am 15. April 1999 von der tiefen Substanz des Berichtersuchens gesprochen.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist auch richtig.)

Herr Koplin, hier haben Sie sozusagen die Quittung Ihrer Aussage. Der Bericht ist bezugsgemäß substanz- und teilweise auch ergebnislos. Man kann an Sie nur appellieren, dass nunmehr die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden, dass nämlich endlich eine geeignete wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben wird, die nicht nur lediglich ein aussagekräftiges Bild bietet, sondern auch ein auf ausreichendem Datenmaterial fundiertes Bild, die belegt, dass in diesem Lande ernsthafte Arbeit geleistet wird.

Meine Damen und Herren, Herr Koplin begründete am 15. April 1999 den Berichts Antrag damit, dass keine verlässlichen Daten vorliegen. Ich sage Ihnen heute, am 18. Oktober, nach der Vorlage dieses Berichtes kann man von keiner verlässlichen Datenlage sprechen. Und das sage ich Ihnen klipp und klar. Selbst die Landesarmutskonferenz hat über die Unzulänglichkeiten des Datenmaterials berichtet.

Es bleibt ganz einfach dabei, was der Kollege Dr. Born in der damaligen Aussprache betonte: Das Thema Wohnungslosigkeit sei schlicht gleichgesetzt worden mit einem Berichts Antrag. Das Thema ist und bleibt in der Tat von Bedeutung. Nur das, was Sie mit Ihrem Berichts Antrag versucht haben, hat das Sozialministerium verzweifelt in Erfüllung Ihres Berichtersuchens versucht in wenigen substantielle Zahlen zu gießen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch, dass in der wissenschaftlichen Fachwelt, die sich seit Jahren eingehend mit den Problemen der Wohnungslosigkeit beschäftigt, mit allergrößter Sorge auf Mecklenburg-Vorpommern gesehen wird. Fest stand und steht, dass in unserem Land sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht. Aber, meine Damen und Herren, das ist nichts Neues. Die damaligen Zweifel unserer Fraktion anlässlich der Einbringung Ihres Ersuchens an der Realisierbarkeit der Erhebung von Qualität und Sozialstruktur der Wohnungslosigkeit und der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte und Personen haben sich bewahrheitet und sind nunmehr schwarz auf weiß im Bericht des Sozialministeriums dokumentiert.

Immer noch offen bleibt Ihre damalige Behauptung, dass ein derartiger Bericht der Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit entgegenwirken würde. So, jetzt frage ich Sie: Wie viel weniger Obdachlose gibt es seit der Vorlage des Berichtes am 10.07.2000?

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Seitdem sind drei Monate, ja, ein Vierteljahr vergangen und ich sage Ihnen, die Zahl der Obdachlosen im Lande ist seitdem nicht gefallen, sondern gestiegen.

Es bleibt dabei, Ihr tränendrüsensartiger Bericht hat nichts, aber auch nichts dem Einzelnen, dem Wohnungssuchenden und Obdachlosen, in diesem Lande geholfen. Einzig und allein die Tatsache, dass der einzelne Wohnungslose nunmehr weiß, dass er sich sein Schicksal seit Ihrem Regierungsantritt mit immer mehr anderen Menschen teilen muss, hilft ihm kaum und, mit

Verlaub, es wird ihm auch auf Dauer wahrscheinlich nicht helfen.

Ich möchte aber nicht nur kritisieren, denn ein richtiger, vor allem vom Sozialministerium eingeschlagener Weg ist die Optimierung des Beratungsangebotes, die vermehrte Mittelbereitstellung für Schuldnerinsolvenzberatungsstellen und die Bemühungen der Landesregierung, die betroffenen Bürger durch vielfältige Mittel und Methoden zu animieren, derartige Beratungsangebote stärker als bisher in Anspruch zu nehmen.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Zahlreiche Maßnahmen der CDU-geführten Regierung haben sich als effizient für die Vermeidung und Behebung der Wohnungslosigkeit erwiesen. Ich nenne hier nur die umfangreiche Förderung der Neuschaffung von Wohnungen sowie der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes, die Förderung des Wohnraumes für Obdachlose mit 9,4 Millionen DM seit 1996, das erforderliche Landesfamilienprogramm zur Erhaltung von Wohneigentum für unverschuldet in Not geratene Familien.

Was zu tun bleibt, die aufgezeigten weiteren Möglichkeiten und Maßnahmen des Landes und der Kommunen zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit sind alte Hüte.

Aber auch dieser Bericht liefert ein beredtes Zeugnis der Unkenntnis der Fraktionen der SPD und PDS als auch der Regierung, hier der Sozialministerin, von der Verfassung ihres eigenen Landes, von der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Beinhaltete Ihr damaliger Berichtsantrag im Landtag noch in der Begründung die Formulierung, inwieweit die Notwendigkeit der Erstellung des Berichtes zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit mit dem Artikel 17 Absatz 4 der Landesverfassung korrespondiert, und wir oder vielmehr der Kollege Dr. Born Ihnen erzählen musste, dass es gar keinen Absatz 4 im Artikel 17 gibt, da dieser nämlich lediglich drei Absätze habe, sprechen Sie aber jetzt im Bericht auf Seite 14 der Drucksache 3/1417 letzter Absatz nunmehr vom Artikel 17 Ziffer 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich versichere Ihnen, der Artikel 17 unserer Landesverfassung hat keine Ziffern. Er hat Absätze, meine Damen und Herren. So weit zu den Dingen, die hier ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Noch nicht mal handwerklich gut.)

Und eines der grundlegenden Probleme dieses Berichtes und der Klarheit der Untersuchung beinhaltet nun einmal die Auslegung des Begriffes „Wohnraum“ und vor allem „Obdach“ und das Verhältnis der Sätze 1 und 3 des Absatzes 3 des Artikels 17 der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern. Die zukünftige Bürgerbeauftragte Frau Lorenz meinte damals,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na, na!
Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.)

man hätte unschwer erkennen können, was gemeint gewesen wäre.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Glawe,
die müssen wir erst noch wählen.)

Dies ist bestimmt auch bei dem vorliegenden Bericht der Sozialministerin so. Ich frage Sie aber: Aus welchem Grunde sagen Sie nicht gleich, was Sie meinen? So ein Berichtersuchen ist doch kein Pionierauftrag

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

und so ein Bericht ist auch kein Pionierappell, Frau Lorenz.

Unsere Fraktion fordert nach wie vor die Entwicklung komplexer Handlungsstrategien auf der Grundlage einer ausreichenden wissenschaftlichen Untersuchung der Wohnungslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern. Aber es bleibt auch die Forderung, endlich mehr vor Ort anzusetzen, die Kommunen, Vereine und Verbände nicht länger allein zu lassen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und vor allen
Dingen, sie nicht finanziell auszutrocknen.)

wohnortnahe und lebensnahe Angebote zu unterbreiten und zu unterstützen und nicht nur das Schlagwort „aufsuchende Hilfe“ zu gebrauchen, sondern die Städte, Gemeinden und Landkreise vermehrt bei der Obdachlosenhilfe finanziell zu stärken. Insbesondere die freien Träger – ich nenne hier nur beispielsweise das Übergangswohnheim des DRK in Gahlkow in Ostvorpommern, in dem hervorragende Arbeit geleistet wird – müssen mehr Förderung für Projekte erhalten, die solchen Menschen, Obdachlosen und von Obdachlosigkeit Betroffenen, helfen und sie unterstützen.

Frau Staszak hat in ihrer Rede am 15. April 1999 sehr wertvolle Hinweise und Anregungen für gemeinsames Handeln der Sozialämter, der Wohnungsgenossenschaften und Wohnämter aufgeführt und sehr eindrucksvoll auf die Probleme wohnungsloser Frauen hingewiesen.

Meine Damen und Herren, die Weiterentwicklung der ambulanten Hilfe „Essen auf Rädern“ muss durch eine zunehmende Spezialisierung entsprechend den Problemen erfolgen und sinnvoll auf die Bedürfnisse unseres Flächenlandes zugeschnitten werden. Die Kombination von beschützter Beratung und betreutem Wohnen und Arbeiten wie auch die Angebote der betreuten Freizeit für Wohnungslose müssen zunehmend in zusammenfassende Betreuungskonzepte integriert werden.

Ich fordere die Landesregierung auf, endlich in dem Sinne zu handeln, in dem Vereine und Verbände schon lange für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Betroffene arbeiten. Es ist an der Zeit zu handeln. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Minister Herr Holter. Er spricht in Vertretung der Sozialministerin.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Trotz Überangebot an Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern gibt es in unserem Land Menschen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihre Wohnung zu halten oder nach Verlust des eigenen Wohnraums Zugang zu neuen Wohnungen zu finden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wo ist denn die Sozialministerin?)

Das Land stellt deshalb in einem Sonderprogramm seit 1996 Fördermittel zur Schaffung von zweckgebundenem Wohnraum für Obdachlose oder von Obdachlosigkeit

bedrohten Menschen zur Verfügung. Insgesamt wurden 9,43 Millionen DM für die Schaffung von rund 240 Wohnungen für Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen bereitgestellt.

Ein besonderes Anliegen der Landesregierung ist es dann eben auch, Familien in Krisensituationen zu unterstützen. Deshalb stehen im Rahmen des Landesfamilienprogramms Fördermittel zur Erhaltung von selbstgenutzten Eigenheimen oder Eigentumswohnungen für unverschuldet in Not geratene Familien bereit.

Zur Vermeidung beziehungsweise Minderung der Wohnungsnotfallproblematik trägt neben der Wohnungspolitik, dem Miet- und Wohngeldrecht im Einzelfall der Einsatz von sozialhilferechtlichen Instrumenten bei.

Nun etwas Konkretes zur Situation in Mecklenburg-Vorpommern: Es wurden erfreulicherweise in Mecklenburg-Vorpommern zum Stichtag 30. Juni 1999 in zwölf Tagesstätten 268 Plätze vorgehalten. Zugleich existieren acht Übergangwohnheime mit 161 Plätzen. An eine Aufstockung der Platzzahlen ist derzeit nicht gedacht. Für die Betreuung beziehungsweise Unterbringung in Tagesstätten sowie in Übergangwohnheimen hat das Land auch im Haushaltsjahr 2000 erhebliche Sozialhilfemittel aufgewandt.

Lassen Sie mich nun zum eigentlichen Wohnungslosenbericht kommen.

Externe landesspezifische wissenschaftliche Untersuchungen zur Wohnungslosenproblematik lagen der Landesregierung nicht vor. Um genauere Kenntnisse über Häufigkeit und Ausmaß der Wohnungslosigkeit zu erhalten, hat die Landesregierung an die Landkreise und kreisfreien Städte Fragebögen versandt. Ich möchte allen Landkreisen und kreisfreien Städten danken, denn der Rücklauf war vollständig.

Als „wohnungslos“ im Sinne der Erhebung – wie im Übrigen auch auf Basis der Definition des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge – wird betrachtet, wer weder über Wohneigentum noch über mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt. Die Auswertung der Fragebögen lässt Folgendes zu:

Erstens. Die Erhebung von Daten zur Situation der Wohnungslosen war grundsätzlich schwierig, da sich die Wohnungslosen in unterschiedlichen Unterbringungsformen finden lassen. Zum Teil versorgen sich diese Menschen ohne staatliche Hilfe vorübergehend selbst und entziehen sich somit einer Erfassung.

Zweitens. Eine durch sichere Angaben unterlegte Auswertung der veranlassten Erhebung von Daten zur Wohnungslosigkeit bei den Landkreisen und kreisfreien Städten ist nicht möglich. Das heißt, es lagen Daten und Informationen vor, die gar nicht beziehungsweise nicht flächendeckend verfügbar sind. Damit waren also eine Vergleichbarkeit und eine durchlässige Analyse nicht möglich.

Dennoch lassen sich Schlussfolgerungen ziehen, die ich im Einzelnen an den Ergebnissen darstellen möchte.

– Es kann aufgrund der Leerstände die Feststellung getroffen werden, dass Wohnraum ausreichend in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden ist. Deshalb sollten die Kommunen nach Möglichkeiten suchen, die absolute Anzahl der Zwangsräumungen durch geeignete Maßnahmen zu reduzieren, was natürlich nur in

enger Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen und anderen Vermietern möglich ist.

- Oftmals sind Bevölkerungskreise von Wohnungslosigkeit bedroht, die noch nicht im Sozialhilfebezug stehen. Das ist auch ein Ergebnis der Untersuchung.
- Die Problematik, was Wohnungslosigkeit betrifft, ist in den östlichen Landesteilen ausgeprägter als in den westlichen Landesteilen. Das verwundert angesichts der differenzierten und der höheren Arbeitslosigkeit in den östlichen Landesteilen sicherlich nicht.
- Durch Sozialhilfe- beziehungsweise Wohngeldbezug kann der Erhalt des Wohnraums gesichert werden. Betroffene müssen das wissen, um rechtzeitig Hilfe zu bekommen und damit Wohnungslosigkeit zu verhindern. Ich möchte hier noch mal auf den Rechtsanspruch verweisen, was die Sozialhilfe und das Wohngeld betrifft.
- Tendenziell ist den Erhebungsbögen zu entnehmen, dass Familien mit Kindern sowie Alleinerziehende – und das dürften insbesondere Frauen sein – im Bedarfsfall mit Wohnraum versorgt werden können.
- Dort, wo durch kommunale Fachstellen, wie zum Beispiel in Stralsund, Beratung und Hilfen angeboten werden, ist sowohl die Prävention als auch die zügige Versorgung mit Wohnraum zu Notfällen gegeben.
- Im Rahmen der Vermittlung von Hilfe zur Selbsthilfe durch Tagesstätten kann bei Problemfällen auf das Ziel der Wiedererlangung der Mietfähigkeit hingewirkt werden.
- Erfreulicherweise haben zahlreiche Kreise und kreisfreien Städte kommunale Wohnungsprogramme aufgelegt.

Das ist ein Beleg dafür, wie auf kommunaler Ebene Wohnungs- und Sozialpolitik sinnvoll vernetzt werden können und Wohnungslosigkeit bereits im Vorfeld vermieden werden kann. Die Landesregierung empfiehlt daher den Kommunen, soweit es noch nicht geschehen ist, ämterübergreifend die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, um eine aktive und präventive Rolle zu übernehmen, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden.

Wir sind der Auffassung, dass in Auswertung des Berichtes zusätzliche Wohnungsbauprogramme oder Forschungsprojekte nicht erforderlich sind. Es sind einzelne Maßnahmen notwendig, die meine Kollegin Bunge einleitet. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplin von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplin.

Torsten Koplin, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Fast auf den Tag genau 18 Monate ist es her, dass wir die nun vorliegende Unterrichtung in Auftrag gaben und uns hier über Sinn und Unsinn eines solchen Vorhabens stritten. 18 Monate, Sie geben mir bestimmt Recht, das ist noch nicht allzu lange her. Es ist aber die Zeit, die ein Wohnungsloser mit so genannten besonderen sozialen Schwierigkeiten nach Paragraph 72 BSHG als Chance zur Resozialisierung erhält. Diese 18 Monate sind die Zeit für seine Chance auf ein anderes Leben. Das erwähne ich eingangs, weil wir nicht allein

über die Unterrichtung reden, sondern über die Schicksale von Menschen.

Die CDU verwies damals – ich glaube, Herr Dr. Born sprach – darauf, dass wir es hier mit einem Problem zu tun haben, das dort angepackt werden sollte, wo es vorhanden ist, nämlich in den Kommunen, und dass mit Berichten allein nichts zu ändern sei. Grundsätzlich haben diese Aussagen sicher ihre eigene Logik. Aber lassen Sie uns anhand des vorgelegten Materials schauen, ob sie auch auf die uns hier beschäftigende Thematik zutrifft.

Ein solch umfangreiches Material liegt zum Thema Wohnungslosigkeit erstmals in unserem Land vor.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

In den Jahren 1994 und 1995 erfolgte durch das damalige Innenministerium eine Abfrage der Kommunen zur selben Thematik, damals allerdings lediglich aus ordnungsrechtlicher Sicht. Allein der Wechsel der Zuständigkeit – denn der vorliegende Bericht wurde unter Federführung des Sozialministeriums erstellt – veranlasst mich zu der Erkenntnis, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern ein Umdenken erfolgte. Und ich denke, das hätten Sie zumindest würdigen sollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, Wohnungsnotfall ist in der Lesart der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfen jeder Fall, der von Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits betroffen ist. Wenn wir diese Fälle nicht mehr allein als Fälle verstehen, sondern beginnen, die damit eigentlich gemeinten Menschen zu sehen, mit all den Problemen, die dazu geführt haben, dass sie heute als so genannter „Fall“ registriert werden, dann verstehe ich als Sozialpolitiker das als den Anfang eines langen Weges. Aber wir haben mit dem Bericht begonnen, ihn zu beschreiten, und das ist wichtig.

Insofern gilt unser Dank all denen, die diesen Bericht erstellt haben: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, aber in ganz besonderer Weise denen in den Kommunen, die, wie auf Seite 4 der Drucksache zu lesen ist, alle wenigstens den Versuch einer Beantwortung der im Fragebogen enthaltenen Fragen unternommen haben.

Sie – eben die Kommunen – sind laut Kommunalverfassung verantwortlich für die Daseinsvorsorge, für alle, die sich in ihren Territorien aufhalten, also auch für die Personengruppen, die einer Hilfe durch die Gesellschaft bedürfen. Die Kommunen sind es, die tagtäglich für die Bewältigung des Alltags, für Geborgenheit, sozialen Ausgleich und Frieden, manchmal auch eben für das Dach über dem Kopf des Einzelnen sorgen müssen.

Nun frage ich in unsere Runde und insbesondere in Richtung der Opposition, die vor Monaten hier, wie gesagt, die Auffassung vertrat, dass dieses Thema in den Kommunen zu behandeln sei: Geht es uns nichts an, wenn in unserem Land mehr als 2.000 Menschen ohne mietvertraglich gesicherten Wohnraum leben und damit auf Obdachlosenunterkünfte angewiesen sind? Sollten wir es nicht wissen, wenn mehr als 6.000 weitere Personen von Wohnungslosigkeit bedroht und auf die Hilfe der Kommunen angewiesen sind, um ihre Wohnung erhalten zu können?

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich auf eine Kernaussage der Unterrichtung eingehen: Als Haupt-

ursache für belastete Mietverhältnisse werden Mietschulden benannt. Sie sind immerhin zu 72 Prozent Anlass des drohenden Wohnungsverlustes – Seite 6 der Drucksache. Die Mietschulden werden an dieser Stelle der Unterrichtung vor dem Hintergrund geringer Haushaltseinkommen und steigender Wohnkosten erklärt.

Dieser Hintergrund enthält aus unserer Sicht zwei Parameter:

Zum einen die geringen Haushaltseinkommen. Sie haben ihre Ursachen in fehlenden Arbeitsplätzen, also in Arbeitslosigkeit, geringfügiger oder Teilzeitbeschäftigung, unter- oder gar nicht bezahlter Arbeit, Wohngeld- beziehungsweise Sozialhilfebedürftigkeit. Dieses Problem durchzieht alle Bundesländer gleichermaßen. Unser Land unternimmt große Anstrengungen zur Schaffung beziehungsweise Erhaltung von Arbeitsplätzen, aber auch Fördergelder hierfür müssen regelmäßig auf ihren zielgenauen Einsatz hin überprüft werden.

Zum anderen die steigenden Wohnkosten. Im November 1999 kam das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie über die Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost und West unter anderem zu folgenden Aussagen: „... neue, nur von einem Teil der Haushalte bezahlbare Mietwohnungen gelangten überdurchschnittlich auf den Markt, preiswerte Standardangebote verschwanden demgegenüber häufiger vom Markt. ... Am nachteiligsten verlief diese Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, bei durchschnittlicher Einkommensentwicklung entwickelten sich die Mieten überdurchschnittlich“.

Während in der Unterrichtung auf Seite 27 davon ausgegangen wird, dass preiswerter Wohnraum ausreichend vorhanden sei, wird im Berichtsteil des Bauministeriums diese These durch die Feststellung relativiert, dass sich dank der Förderpolitik ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Zahl der Haushalte und der verfügbaren Wohnungen entwickelt habe, auch wenn regional noch Engpässe bei preiswerten Wohnungen bestünden. Wenn diese relativ ausgewogene Darstellung, die ich durchaus teile, eine Entspannung am Wohnungsmarkt beschreiben soll, dann lässt aber auch hier eine differenzierte Betrachtung nicht den Schluss zu – und dieser ist auch nicht gezogen worden –, dass die Wohnungsprobleme gelöst seien.

Den Wohnungsmarkt als solchen gibt es nicht. Wohnungsversorgung findet auf Teilmärkten statt, die räumlich, qualitativ beziehungsweise preislich und sozial differenziert sind. Und zwischen diesen Teilmärkten findet nur ein sehr begrenzter Ausgleich statt. Leerständen und Überversorgung auf der einen Seite stehen Knappheit und Versorgungsengpässe auf der anderen Seite gegenüber. Das erlebe ich in einer Stadt wie Neubrandenburg sehr bewusst. Wie sollte es da in einem ganzen Land anders sein?

Das Kapitel „Wohngeld – Mieten“ ist sehr kurz gefasst. Das Wohngeld soll einkommensschwache Haushalte entlasten. Zum 1. Januar 2001 tritt ein neues Wohngeldrecht in Kraft. Aber auch hier hält sich nach zehn Jahren das Prinzip: Was für den Westen gut ist, muss es für den Osten des Landes noch lange nicht sein. Für die neuen Bundesländer wird es bis zum Jahr 2002 keine Veränderungen der so genannten Höchstbetragstabelle geben. Während die förderfähigen Miethöchstbeträge für die westlichen Bundesländer im Durchschnitt um 20 Prozent angehoben worden sind, gilt für die neuen Bundesländer

weiterhin die in Paragraph 8 Wohngeldgesetz festgelegte Tabelle, in der lediglich Baujahr und Heizungsart, nicht aber weitere Kriterien einer Mietregion zu Unterschieden im Betrag führen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesarmutskonferenz hat sich im Jahr 1999 mit dem Thema Wohnungslosigkeit befasst. Die PDS-Fraktion hat sich mit einer Arbeitsgruppe der Landesarmutskonferenz, die den Namen „Runder Tisch gegen Wohnungslosigkeit“ trägt, über die Unterrichtung ausgetauscht. Seitens der Vertreterinnen und Vertreter der Landesarmutskonferenz gab es neben der Wertschätzung über die Tatsache, dass eine Unterrichtung angefertigt wurde, jedoch auch kritische Bemerkungen, die nicht vorenthalten werden dürfen: so die Kritik darüber, dass vor der Erstellung des Erfassungsbogens, der Grundlage für die Unterrichtung an den Landtag ist, mit den Kommunen beziehungsweise den Fachkräften der Landesarmutskonferenz keine Verständigung über dessen Inhalte, über einheitliche Definitionen und mögliche Erfassungsmodi erfolgte, so die berechnete Kritik, dass der Unterrichtung weder eine geschlechtsspezifische noch altersspezifische Erfassung des Phänomens Wohnungslosigkeit zugrunde liegt. Vorgetragen wurde seitens der Landesarmutskonferenz aber auch die Sorge, dass das bisherige pauschalierte Wohngeld für Sozialhilfeempfänger durch das neue Wohngeldgesetz reduziert wird, was dazu führt, dass ohne Möglichkeit der Einflussnahme seitens der Kommunen automatisch deren Sozialhilfeausgaben steigen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, die PDS-Fraktion ist der Auffassung, dass sich aus der Unterrichtung weiterer Handlungsbedarf ableitet.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Und darum geht es. Herr Glawe – Sie haben es im Gegensatz zu mir, denn ich höre Ihnen immer sehr aufmerksam zu, nicht für nötig gehalten, mir zuzuhören, wenn ich das richtig beobachtet habe –, uns geht es darum, dass wir erst auf Fakten basierend Handlungen zur Vermeidung und Verhinderung von Wohnungslosigkeit herbeiführen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und den Bericht – und da bin ich, denn ich habe Sie ja schätzen gelernt, wenn wir in Talkrunden aufeinandertreffen, zumindest an dieser Stelle hier enttäuscht – als „tränenrüsenedrückend“ zu diffamieren und das Berichtsersuchen von SPD/PDS-Koalition schlecht zu reden ist aus meiner Sicht gegenüber den Betroffenen schäbig und niederträchtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir werden zum Beispiel die Frage zu verfolgen haben – und da sind wir gewillt und das können wir nur auf Grundlage dieser Unterrichtung, die uns jetzt vorliegt –, ob sich nicht auch unser Land der Anregung des Deutschen Städtetages anschließen sollte, dass stationäre Einrichtungen für Wohnungslose bis auf ein notwendiges Mindestmaß zugunsten teilstationärer und ambulante Angebote umstrukturiert werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Seemann.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die zunehmende Differenzierung der Hilfesysteme erfordert in der sozialen Arbeit, der Wohnungslosenhilfe, der lebenslagenorientierten und gemeindenahen Versorgung mit sozialen Diensten und dem frühzeitigen Erkennen von sozialen Brennpunkten eine solide und regelmäßige Datengrundlage. Und wir haben es heute hier schon gehört, gerade im Sozialbereich, denke ich, kommen wir immer wieder auf das Problem zurück, dass uns häufig kompatible Daten fehlen. Und ich gebe auch Herrn Koplin Recht, dass gerade solide Daten die Grundlage für vernünftiges politisches Handeln bilden.

Mit der Machbarkeitsstudie zur statistischen Erfassung von Wohnungslosigkeit liegt seit 1999 erstmals eine umfassende Analyse zu den methodischen Möglichkeiten der amtlichen Statistik vor, die Zahl und die Struktur der von Wohnungsnot beziehungsweise Wohnungslosigkeit betroffenen Haushalte regelmäßig zu erheben. Das Papier, Herr Glawe, das bereits 1995 von der damaligen Bundesregierung zugesagt worden war, aber leider nicht gekommen ist, bietet damit für die Wohnungslosienpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden erstmals eine solide Planungsgrundlage. Dies gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Experten charakterisieren die Studie als Meilenstein auf dem Weg zur Erstellung einer Wohnungsnotfallstatistik. Das Wiesbadener Amt empfiehlt eine laufende statt der bisher praktizierten Stichtagserhebung. Damit würde es erstmals möglich sein, die Verweildauer der Wohnungsnotfälle in sozialen Problemlagen zu quantifizieren. Das Dokumentationssystem einer zukünftigen Wohnungsnotfallstatistik müsse neben der Zählung der Gesamtzahl der Wohnungsnotfälle eine Totalerfassung der gesamten Wohnungsnot auf gesetzlicher Basis sowie die globalen Bedarfs- und Planungsziffern für die Wohnungspolitik beinhalten. Mit den institutionell untergebrachten Wohnungslosen, den unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen und den in unzumutbaren Wohnverhältnissen Lebenden sowie den Asylbewerbern wären damit relevante Gruppen erfasst, die auf dem Wohnungsmarkt als Nachfrager agieren. Vielleicht wird das bald keine Zukunftsmusik mehr sein.

Dabei beginnt die Schwierigkeit der Erfassung von Wohnungslosigkeit mit der Frage, inwieweit man überhaupt gewillt ist, dieses Problem zur Kenntnis zu nehmen. Ein großer Teil der Wohnungslosen ist nicht dauerhaft untergebracht, sondern im Gegenteil, lebt dauerhaft auf der Straße. Dieser Teil ist durchaus erheblich, trotz Kontakt zu den Einrichtungen und Angeboten der Hilfe für Wohnungslose. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass es zwischen einer dauerhaften Unterbringung und dauerhaftem Leben auf der Straße zahlreiche Mischformen gibt und demzufolge ein großer Teil der Wohnungslosen zumindest zeitweise auf der Straße lebt. Damit wird aber noch überhaupt nicht der Anteil der Wohnungslosen ohne jeglichen Kontakt zu den staatlichen Behörden und den Einrichtungen und Angeboten der Wohnungslosenhilfe erfasst. Was ist mit der Dunkelziffer? Ist das nur ein marginales Phänomen ohne Aussagewert für die Mehrzahl der Wohnungslosen oder ist das eher die Regel bei Menschen, die auf der Straße leben? Während zum Beispiel in der uns vorliegenden Unterrichtung der Landesregierung zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit mit Stichtag 30.06.1999 von 2.182 Wohnungslosen,

darunter 168 ohne Unterkunft, ausgegangen wird, spricht die Landesarmutskonferenz von etwa 1.500 Obdachlosen und 10.000 Wohnungslosen.

Meine Damen und Herren, die Lösung des Problems der Wohnungslosigkeit stellt eine gesellschaftliche Aufgabe ersten Ranges dar. Neben den tatsächlich Betroffenen sind immer weitere Bevölkerungs- und Berufsgruppen direkt und indirekt, auf jeden Fall aber zwingend konfrontiert. Dies beginnt bei den unmittelbar von Wohnungsverlust bedrohten Menschen und geht über die in der praktischen Sozialarbeit für Wohnungslose Tätigen bis hin zur Politik, wie unsere heutige Debatte zeigt.

Als zutreffend erweist sich die in der Forschung vertretene Auffassung, dass das Wissen um die aktuelle Lebenslage Wohnungsloser, um den Prozess, der in diese Lebenslage führte, und das Wissen um die individuellen Formen der Bewältigung und Verarbeitung von Wohnungslosigkeit die Voraussetzung für eine soziale Arbeit ist. Das Problem liegt meines Erachtens in der Praxis der Wohnungslosenhilfe im Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse. Insgesamt muss dabei aufgepasst werden – und das meine ich für Gesamtdeutschland –, dass nicht vorrangig am Flickenteppich von Suppe, Turnhalle und Söckchenspende gestrickt wird. Sinnvolle Arbeit mit und für Wohnungslose zu machen ist unter solchen Bedingungen kaum noch möglich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Der sozialpolitische Kampf gegen Wohnungslosigkeit bleibt dabei auf der Strecke, kostenintensive Folgemaßnahmen statt kostengünstigere Präventionsmaßnahmen wären die Folge.

(Beifall Dr. Manfred Rißmann, SPD)

In einer von der Gesellschaft für interdisziplinäre Sozialforschung in diesem Jahr erstellten Studie wünschen sich 67 Prozent der befragten Wohnungslosen eine feste Arbeitsstelle, wollen sich beruflich orientieren oder streben eine Qualifizierung an. Die berufliche Qualifikation der befragten Wohnungslosen entspricht etwa dem gesellschaftlichen Durchschnitt. 35 Prozent der Befragten sind ältere, von langer Erwerbs- und Wohnungslosigkeit betroffene Personen, die trotz Motivation kaum noch in normale Arbeitsverhältnisse zu integrieren sind. 37 Prozent sind Langzeitarbeitslose mit kurzzeitiger Wohnungslosigkeit, die häufig aufgrund von Alkohol- und Drogenproblemen ihre Arbeit verloren haben, aber als hochmotiviert gelten und mit einer positiven Prognose versehen werden. 28 Prozent sind junge Erwachsene, die von kurzer Arbeits- und Wohnungslosigkeit betroffen sind.

Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass der Arbeitsplatzverlust wesentlicher Auslöser für die Wohnungslosigkeit ist. Mit zunehmender Dauer leiden darunter Gesundheit und Psyche. Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme haben daher für beide Personengruppen eine präventive Funktion – für die Gruppe der von Wohnungslosigkeit Bedrohten zur Verhinderung des Wohnungsverlustes und für die Gruppe der Wohnungslosen zur Vermeidung weiterer Deprivation während der Wohnungslosigkeit. Dieser Bereich wird in der vorliegenden Unterrichtung leider überhaupt nicht angesprochen, obwohl gerade Maßnahmen der Eingliederung von besonderer Bedeutung sind. Dies gilt meines Erachtens

auch für mehrschwellige Angebote, die sich an den Voraussetzungen der Betroffenen orientieren. So muss bei Drogenproblemen die Abhängigkeitsbewältigung im Vordergrund der Integrationsbestrebungen stehen, an die sich das Angebot von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten anschließt.

Meine Damen und Herren – zumindest diejenigen, die mir hier jetzt noch zuhören –, da es sich bei der vorliegenden Unterrichtung um eine erste Untersuchung zur Wohnungslosenproblematik handelt, stand im Mittelpunkt eindeutig die Wohnungspolitik.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was ist denn das da bei der CDU für ein Tratschverein?!)

Die Kürze der Zeit, aber auch die dargestellten Probleme bei der Datenerhebung, das wurde hier auch schon deutlich – quantitative und qualitative Daten zur Wohnungslosigkeit liegen flächendeckend nicht vor, mangels Daten mit Phantasie oder unvollständig ausgefüllte Fragebögen –, ließen offensichtlich eine stärkere Verknüpfung von Wohnungspolitik mit Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht zu. Fraglich ist allerdings, ob das Hinzufügen des sozialen Bereiches als Anlage ausreichend ist.

Auch unter der Überschrift „Prävention gegen Wohnungsverlust“ kommen nur zehn Zeilen, die zudem sehr allgemein gehalten sind. Dafür, dass wir uns alle immer einig sind, dass die Prävention bei der Vermeidung von Wohnungslosigkeit die größte Rolle spielt, kommt dieser Punkt mir persönlich etwas zu kurz. Ich schätze die Aktivitäten der Landesregierung, vor allem auch die finanziellen, damit niemand erfrieren muss, wie Herr Minister Holter es in einer Pressemitteilung erklärt hat, sehr hoch. Dennoch, denke ich, geben mir alle Recht, dass es das Ziel sein muss, dass niemand erst wohnungslos wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Sonst reagieren wir nämlich nur noch.

Einen guten Beitrag für Prävention in diesem Bereich leisten zum Beispiel der ASB und die Stadt Hagenow. Vor einigen Jahren wurde eine Arbeitsgruppe Obdachlosenhilfe gegründet, die sich mittlerweile auf die Region ausgeweitet hat. Hierin haben sich auch andere Vereine und Verbände integriert. Gemeinsam wird neben der konkreten Hilfe bei eingetretener Wohnungslosigkeit der Schwerpunkt auf die Prävention, also die Verhinderung von Wohnungslosigkeit gelegt.

Die Unterbringung wohnungsloser Menschen ist entscheidend für die Chancen der Reintegration in den Arbeitsprozess. Deshalb müssen die drei Bereiche Arbeits-, Sozial- und Wohnungspolitik gleichrangig nebeneinander stehen. Das Absinken während der Wohnungslosigkeit ist katastrophal. Zur Untätigkeit verurteilt verschlechtert sich der Zustand der Menschen dramatisch. Nur eine Vernetzung von Arbeits- und Wohnungs- und Sozialpolitik kann zum gewünschten Erfolg führen und ich denke, wir sind dabei auf dem richtigen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Ich schließe damit die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung verfahrensmäßig für erledigt erklären? – Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1539.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 3/1539 –

Das Wort zur Berichterstattung wurde nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache nicht vorzunehmen. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen hiermit zur Abstimmung.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Petitionsausschuss, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend seinen Empfehlungen abzuschließen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenstimmen bitte. – Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der Kollegen der CDU-Fraktion und eines Kollegen der PDS-Fraktion angenommen.

Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Kollegen der SPD- und PDS-Fraktion sowie eines Kollegen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der übrigen Abgeordneten der CDU-Fraktion und eines Kollegen der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Bestellung der Wahlausschüsse gemäß § 26 Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung und gemäß § 23 Absatz 2 der Finanzgerichtsordnung.

Bestellung der Wahlausschüsse gemäß § 26 Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und gemäß § 23 Absatz 2 der Finanzgerichtsordnung (FGO)

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Bestellung der Wahlausschüsse gemäß § 26 Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und gemäß § 23 Absatz 2 der Finanzgerichtsordnung (FGO) – Drucksache 3/1528(neu) –

Meine Damen und Herren, entsprechend einer Vereinbarung im Ältestenrat haben sich die Fraktionen darauf verständigt, gemäß Paragraph 50 Absatz 5 Satz 3 unserer Geschäftsordnung über den Wahlvorschlag offen abzustimmen. Ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind. – Das ist offensichtlich nicht der Fall, dann werden wir so verfahren.

Die erforderlichen Sitze für die Vertrauensleute und deren Vertreter wurden nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren auf die einzelnen Fraktionen verteilt. Danach entfallen auf die Fraktion der SPD jeweils drei Sitze für die Vertrauensleute beider Gremien sowie ebenfalls drei Vertreter für jedes Gremium. Auf die Fraktionen der CDU und PDS entfallen jeweils zwei Sitze in den Gremien und ebenfalls zwei Vertreter.

Entsprechend der Anzahl der zu besetzenden Positionen haben die Fraktionen ihre Vorschläge unterbreitet. Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 3/1528(neu) vor, die den interfraktionellen Wahlvorschlag beinhaltet. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer also diesem Vorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Ich stelle fest, dass damit alle auf dem interfraktionellen Wahlvorschlag vorgeschlagenen als Vertrauensleute und deren Vertreter gewählt wurden, und zwar mit den Stimmen aller Mitglieder des Hohen Hauses bis auf zwei Vertreter der CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 19. Oktober 2000, 9.00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Vielen Dank.

Schluss: 17.14 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Erhard Bräunig, Sylvia Bretschneider, Dr. Martina Bunge, Dr. Klaus-Michael Körner, Monty Schädel und Karla Staszak.